

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VII. JAHRGANG

11.

HEFT / NOVEMBER 1930

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

**LIN ROSS: Die Einschaltung des Irrationalen
in die Rationalisierung**

GROTKOPP: U. S. A. und Schutzzoll

MARCUS: Ivar Krüger und die Russen

FISCHER: Judentum und Antisemitismus in Rußland

OSSDORF: Die deutsche Vorkriegspolitik in Ostasien

REICHARD: Rechtsgeschichte und Geographie

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber für den indopazifischen Raum: Dr. K. Haushofer, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444; für Europa und Afrika: Dr. E. Obst, o. Professor an der Techn. Hochschule Hannover, Alleestraße 18, Tel. 38086; für die amerikanische Welt: Dr. O. Maull, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2855; für Weltwirtschaft: Dr. G. Herrmann, Leipzig, Ferd.-Rhode-Straße 3, pt., und für deutsche Außenpolitik: K. Fowinkel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2234.
unt. ständig. Mitarbeit von Dr. Kurt Wiedersfeld, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Untv., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80, u. Privatdoz. Dr. Herm. Lautensach, Gießen, Ostanlage 25. Schriftleitung: Dr. H. J. Rust, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2234.

VII. JAHRGANG / HEFT 11 / NOV. 1930

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

| | | |
|------------------------|--|-----|
| * Erich Obst | Berichterstattung aus Europa und Afrika.... | 225 |
| * Karl Haushofer | Bericht über den indopazifischen Raum..... | 233 |
| Otto Maull | Berichterstattung aus der amerikanischen Welt | 242 |
| Otto Maull | Erdumspannender Bericht II (Geopolitische Probleme in der Schule)..... | 250 |

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK:

| | | |
|------------------|---|-----|
| Colin Ross | Die Einschaltung des Irrationalen in die Rationalisierung | 255 |
|------------------|---|-----|

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

| | | |
|-------------------------|---|-----|
| Otto Mossdorf | Die deutsche Vorkriegspolitik in Ostasien | 260 |
| Max Fischer | Judentum und Antisemitismus in der Sowjet-Union | 269 |
| J. Schmidt-Wodder | Ahnors Handbuch zur schlesischen Frage und das deutsch-nordische Verhältnis | 274 |
| Hans Reichard | Geographie und Rechtsgeschichte | 280 |

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

| | | |
|------------------------|--|-----|
| Wilhelm Grotkopp | Der Hawley-Smoot Zolltarif | 287 |
| Alfred Marcus | Ivar Kreuger und die Russen | 294 |
| K. Saenger | Der Seeverkehr wichtiger Länder II | 299 |

LITERATURBERICHTE:

| | | |
|---|--|-----|
| E. Obst und H. J. Rust | Literaturbericht aus Europa und Afrika. | 301 |
| * Die Aufsätze enthalten Kartenbeigaben | | |

EINZELHEFT RM. 2.50

Vierteljahr RM. 6.—/Jahrgang mit Register RM. 25.—

Gebunden RM. 30.—/Register für den Jahrgang RM. 1.—/Inhaltsverzeichnis kostenlos/Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2.—

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG/BERLIN 18769/WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Max Fischer, Berlin SW 68, Ritterstr. 50 — Dr. W. Grotkopp, Berlin-Dahlem, Falkenried 12 — Dr. K. Haushofer, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Straße 18 — Dr. Alfred Marcus, Berlin-Dahlem, Falkenried 20 — Dr. O. Maull, o. Professor a. d. Universität, Graz, Hilmteichstr. 22 — Otto Mossdorf, Major a. D., Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstraße 83 — Dr. E. Obst, o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Alleestr. 18 — Dr. Hans Reichard, Berlin-Charlottenburg, Neue Kant-Straße 5 III — Dr. Colin Ross, Berlin-Grünwald, Warmbrunner Str. 4, Pension Bismarck — Dr. Hans-Joachim Rust, Berlin-Schmargendorf, Berkaer Str. 2 — Pastor I. Schmidt-Wodder, Tondern, Dänemark — Dr. K. Saenger, Präsident des Preussischen Staatlichen Landesamtes, Berlin-Dahlem, Falkenried 10

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83

Von Monat zu Monat wächst die innere Unruhe der Welt. Nachdem der Krieg und die Art seiner Beendigung ein Jahrzehnt hindurch Erstarrung und Lähmung verbreitet haben, beginnt jetzt der große Ausgleichsprozeß.

In diesem Rahmen fällt Deutschland als Schuldner der wichtigsten Länder der Welt eine wichtige Rolle zu. Es ist kein Zufall, daß sich jetzt überall im deutschen Volk Kräfte regen, die dies erkennen und zu einer wuchtigen außenpolitischen Betätigung drängen.

Ihnen setzt in diesem Heft Erich *Obst* im Rahmen seiner Berichterstattung Ziele in Form sehr konkret und sehr überzeugend gehaltener Forderungen; in ihrer Gesamtheit bilden sie ein außenpolitisches Aktionsprogramm, das richtunggebend für die nächsten Schritte unserer amtlichen Politik sein sollte.

Mit den Schwierigkeiten der Welt und ihrer Wirtschaft beschäftigen sich auch die einzelnen Untersuchungen dieses Heftes. An ihrer Spitze unternimmt Colin *Ross* einen Angriff auf den Irrglauben an die Wunder der Rationalisierung. In seinem temperamentvoll und sehr klar geschriebenen Aufsatz „Die Einschaltung der Irrationalen in die Rationalisierung“ gibt er dem Problem der Weltwirtschaftskrise eine neue, sehr überzeugende Deutung und Erklärung.

Als Gegenstück und Ergänzung zu den in Heft 10 behandelten Schutzzolltendenzen des Britischen Empire berichtet *Grotkopp* über die gleichen Bestrebungen bei dem großen Bruder jenseits des Ozeans. Das Studium des Hawley-Smoot-Zolltarifs könnte wieder eine Lehrstunde für das engräumige Mitteleuropa sein.

Marcus' Untersuchung „Ivar Kreuger und die Russen“ zeigt kapitalistische und bolschewistische Wirtschaftsordnung im Kampf um den Zündholzmarkt und entrollt ein Bild von weltpolitischer Bedeutung.

Über Rußland, von dessen sozialer und soziologischer Struktur *Fischers* Arbeit „Judentum und Antisemitismus“ einen Ausschnitt gibt, führt der Weg nach Ost-Asien, zu dessen Rolle in der deutschen Vorkriegspolitik *Mossdorf* sehr interessante, zur Auseinandersetzung und Durchdenken reizende Ausführungen macht.

Die Schriftleitung

Manuskripte und Besprechungsexemplare

erbitten wir direkt an die Schriftleitung. Manuskripte und Besprechungsexemplare, die an die Herausgeber unmittelbar gesandt werden, erleiden Verzögerung.

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

...the ... of the ...

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

DEUTSCHLAND: Not des Deutschtums in Böhmen. — Sieg des Memelländer Deutschtums. — Revisionsstimmung im Ausland. — Vorschlag eines außenpolitischen Aktionsprogrammes. — ENGLAND: Panbritische Reichskonferenz. — FRANKREICH: Verständigung? — ITALIEN: Zusammenarbeit mit Deutschland. — Scheitern der Flottenparität mit Frankreich. — Einkreisung Südslawiens. — Projekt einer Stilfser Joch-Bahn. — Deutsch-Südtirol! — SÜDSLAWIEN: Unterdrückung des Deutschtums. — Die kroatische Frage. — SOWJETRUSSLAND: „Hungern und Frieren.“ — VORDERASIEN: Balfour-Deklaration und Enttäuschung der zionistischen Heimstättenbewegung.

In nachfolgender Berichterstattung gelange ich zur Aufstellung von Grundsatzforderungen für eine aktive deutsche Außenpolitik. Ich betone, daß diese Forderungen nicht irgendwelchen parteipolitischen Einstellungen entspringen, sondern vom geopolitischen Standpunkt unter Berücksichtigung der allgemeinen weltpolitischen Lage aufgestellt wurden.

E. Obst.

Wie wir vorausgesetzt, ist es in Deutschland weder zu Pogromen noch gar zum allgemeinen Bürgerkrieg gekommen; vielmehr glückte es der Regierung Brüning dieses Mal noch, eine parlamentarische Mehrheit für ihre Notverordnungs- politik zu erlangen. Ruhe ist nach dem Jena vom 14. September die erste Bürgerpflicht! Aber man täusche sich im In- und Ausland nicht darüber hinweg, daß der deutsche Vulkan jederzeit ausbrechen kann. Wenn der deutsche Außenminister bei den Verhandlungen in Genf zu übersehen beliebte, daß inzwischen daheim eine doch zum mindesten recht bezeichnende Wahl stattgefunden hatte, wenn die preußischen Staatsmänner so wenig Ostempfinden aufbringen, daß sie ernstlich daran denken, um einiger Silberlinge willen dem tschechischen Schubkönig Bata Staatsgelände in Oberschlesien überlassen zu wollen, dann darf sich niemand darüber wundern, daß sich das Volksempfinden erneut von der bürgerlichen Regierungsmitte abwendet und jugendliche Hitzköpfe selbst gegen die elementarsten Gebote der Wehrmacht aufbegehren. Menschen, die weiß Gott jedem Hurrapatriotismus abhold sind, dafür aber um so tiefer deutsch sind und deutsch empfinden, fragen sich oft mit banger Sorge, ob es die gegenwärtigen deutschen Staatsführer durchaus darauf ankommen lassen wollen, der Republik das Grab zu graben und das Chaos heraufzubeschwören. Herr Severing als starker Mann in Preußen, das ist gewiß ein geschickter Schachzug. Aber niemand wird es besser wissen als gerade Herr Severing, daß eine mit elementarer Gewalt aufkeimende Volksstimmung für Freiheit und Gerechtigkeit auf die Dauer nicht mit irgendwie gearteten Machtmitteln niedergehalten werden kann, sondern daß man ihr nur durch geistige Haltung und Gesinnung und durch entsprechende Taten erfolgreich begegnen darf. Ob die deutsche bürgerliche Mitte einschließlich der zu ihr zu rechnenden Sozialdemokratie dazu fähig ist, werden die nächsten Monate erweisen.

Leider begreift das Ausland größtenteils noch immer nicht, wie stark die seelische Not in Deutschland durch Versailles und die gesamte Versailles-Politik gestiegen ist und wie unumgänglich notwendig eine schleunige Revision der „Friedensverträge“ auch in seinem eigenen Interesse geboten ist. Man durchschaut den Hintergrund der wüsten und schändlichen Deutschenhetze von Prag, wenn man Tatsachen wie die folgenden registriert:

1. der nationalsozialistische Abgeordnete Scheba, Parteigenosse des Außenministers Dr. Benesch, erklärt öffentlich, die bisherigen Tschechisierungen seien durchaus ungenügend; das Streben seiner Partei gehe dahin, daß sich im ganzen Lande der „tschechische Mensch“ als Herr fühle;

2. bei der Eröffnung der tschechischen Minderheitsschule in Deutsch-Gabel unweit Reichenberg verkündet der tschechisch-agrarische Abgeordnete Dubicky in aller Naivität, auch für die Lausitzer Wenden müsse und werde noch die „Stunde der Befreiung“ schlagen;

3. in Schweißing bei Staab in Westböhmen wurden die deutschen Bahnarbeiter, die jahrelang ihre Arbeit ehrlich und gewissenhaft verrichtet hatten, entlassen, um durch tschechische Arbeitskräfte ersetzt zu werden.

Nur zu deutlich leuchtet durch alles das die Vorbereitung der kommenden Volkszählung in der Tschechoslowakei hindurch, die Absicht, durch rigorose Maßnahmen die geschlossenen Deutschtumsgebiete zu zerstören. Und was geschieht seitens des Reichs, um dem entgegenzutreten? Warum hat man das in dieser Zeitschrift mit Nachdruck geforderte Deutschtums-Ministerium niemals ernsthaft erörtert, geschweige denn errichtet? Warum bekundet man amtlicherseits so wenig Fingerspitzengefühl für die Wichtigkeit des unsere Zeit nun einmal beherrschenden Volkstumsgedankens, daß man es Demagogen leicht macht, unter bewußter oder unbewußter Verwechslung der Begriffe „Volkstum“ und „Rasse“ die Massen für ihre Zwecke aufzupeitschen?

Mit freudiger Genugtuung stellen wir den Memel-Erfolg des deutschen Außenministers in Genf fest. Freilich, der Anlaß zu dieser volkstumpolitischen Notwehr entsprang nicht den Kabinetten der Wilhelmstraße, sondern dem unerschütterlichen Deutschtumswillen der Memelländer, die im Kampf für die ihnen vertraglich gewährleistete Autonomie die Wilhelmstraße mit sich fortrissen. In Ehrfurcht neigen wir das Haupt vor jenen Tapferen im Memelland, die trotz unerhörter Drangsalierung dem Deutschtum die Treue hielten. Nichts hat es dem Gouverneur des Memellandes, Merkys, genützt, daß er den Unterzeichnern der Memelbeschwerde an den Völkerbund die Ausreise nach Deutschland ohne jeden stichhaltigen Grund verweigerte. Im Wahlkampf (10. Oktober) haben die deutschen Mehrheitsparteien den Renegaten des Herrn Jahn und Genossen eine vernichtende Niederlage beigebracht, und unter dem Druck von Genf sind die Deutschen Schulz und Sziegaud als vollberechtigte Mitglieder in das Memeldirektorium eingezogen. Möge ihrer Tätigkeit reicher Erfolg beschieden sein; mögen sie durchsetzen, was an elementaren politischen Rechten im Memelgebiet noch immer fehlt: Rede- und Pressefreiheit.

Wir haben die tschechischen und memelländischen Dinge als Beispiele dafür herausgegriffen, unter welch entsetzlich erschwerten Bedingungen, unter welch tagtäglichen Nadelstichen durch die Kleinen wir Deutschen den Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit gegenüber den entscheidenden Großen zu führen haben. Die Wahl vom 14. September hat in der ganzen Welt eine Beachtung gefunden, die zu nutzen den deutschen Staatslenkern nicht schwer fallen sollte. Die holländische Presse betont in alter freundschaftlicher Gesinnung, die Welt müsse nun endlich einsehen, daß man den Bogen gegen Deutschland stark überspannt habe. Lord Rothermere spricht in der „Daily Mail“ von den deutschen Wahlen als der Einleitung zu einem neuen Kapitel in der Geschichte Europas und prägt das hochbedeutsame Wort: „Bisher haben wir Engländer uns Deutschland als eine Art Kriegsgefangenen vorgestellt.“ Im faschistischen Verordnungsblatt erschien ein von Mussolini mindestens genehmigter Aufsatz: „20. gegen 19. Jahrhundert“, in dem mit unverhohlener Ironie die Frage aufgeworfen wird: „Glaubt einer, daß der Young-Plan erst im Jahre 1988 verfallen wird und daß die Verträge ewig dauern?“ Frankreich läßt neuerdings durch Hervé den Boden in Deutschland sondieren, wobei allerdings nicht ersichtlich ist, ob und welche wirklich einflußreichen Kreise dahinterstehen. In Amerika haben die Vorträge von Schacht sehr heilsam gewirkt und die Auffassung gestärkt, daß die Frage „Reparationen und internationale Schulden“ bei aller grundsätzlichen Trennung der beiden Problemgruppen doch irgendwie und ehestens zusammen behandelt werden müssen. Großer Dank gebührt auch dem Herausgeber der in Europa erscheinenden „American News“, Eugene J. Deuth, der eine Reihe von Sondernummern über das Versailles-Europa erscheinen ließ und darin weitgehende Wiedergutmachung gegenüber Deutschland forderte.

Wenn die bürgerliche Mitte in Deutschland sich gegenüber dem Radikalismus auf beiden Flügeln halten und durchsetzen will, müßte sie unseres Erachtens unverzüglich ein außenpolitisches Aktionsprogramm ankündigen und durchführen:

1. gegen den Vorwurf der deutschen Ehrlosigkeit für offizielle Zurücknahme der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg;
2. gegen die deutsche Wehrlosigkeit für gleiche allgemeine Abrüstung oder, falls dieses Ziel nicht sofort zu erreichen sein sollte, für eine den geopolitischen Gegebenheiten Deutschlands entsprechende deutsche Rüstungsfreiheit;
3. gegen die wirtschaftliche Ausplünderung Deutschlands unter grundsätzlicher Beseitigung jedweder Reparationsverpflichtung, dafür Neufestsetzung der allseits an Amerika zu zahlenden reinen Kriegsschulden, Aufteilung dieser finanziellen Schuld unter alle am Weltkrieg beteiligten Staaten entsprechend Bevölkerungszahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit;
4. gegen die territoriale Verstümmelung Deutschlands, d. h. a) für Rückgabe des Weichselkorridors an Deutschland einschließlich Wiedervereinigung mit Danzig unter Gewährung eines Frei-

hafens an Polen und eines loyal durchzuführenden polnischen Minderheitsstatuts;

b) für Rückgabe des Memelgebietes an Deutschland unter Gewährung eines loyal durchzuführenden litauischen Minderheitsstatuts;

c) Festlegung der deutsch-polnischen Grenze von Westpreußen bis Oberschlesien durch eine unter den Auspizien des Völkerbundes abzuhaltende ehrliche Abstimmung;

d) entschädigungslose und bedingungslose Rückgabe sowohl des Saargebiets als von Eupen-Malmédy an Deutschland;

e) Rückgabe sämtlicher deutscher Schutzgebiete in Übersee, die uns ohne jeden stichhaltigen Grund geraubt wurden; nachdem durch Rückerstattung dieser Schutzgebiete die koloniale Ehre Deutschlands wiederhergestellt und unserem unantastbaren Recht auf diese Gebiete Genüge getan worden ist, wird Deutschland als souveräne Macht darüber befinden, ob es alle Teile seines Kolonialreiches als Mandate verwalten oder ob und welche Teile es auflösen will.

f) ehrliche und einheitliche Regelung des Minderheitenrechtes und Garantie des Völkerbundes für dessen loyale Durchführung in allen Staaten;

g) Freigabe einer ehrlichen Volksabstimmung über den im Grunde eigentlich selbstverständlichen Anschluß Österreichs an Deutschland.

Die Zeit ist reif, um diese Forderungen zu erheben und durchzusetzen und damit dem Frieden in Europa ehrlich zu dienen. Als Gleicher unter Gleichen und befreit von der Sklavenfessel der einseitigen und darum unmöglichen Reparationen wird das dritte deutsche Reich, wird Großdeutschland ein Hort wahrhaften Friedens sein und bemüht bleiben, im Bunde mit allen Beteiligten den Grund zu einem neuen, glücklicheren Europa zu legen. Unabhängig von dem gerade in Deutschland schwer vermeidbaren innerpolitischen Hin und Her wird sich eine beständige deutsche Außenpolitik entwickeln, die sicher zum Ziele führt, weil sie in gleicher Weise dem Wohle des deutschen Vaterlandes und dem Heil der gesamten europäischen Staatenwelt dient, weil sie die gerade für unsere Zeit politischer Großräumigkeit unabweisbar notwendige Synthese erstrebt zwischen nationalkultureller Freiheit und selbstwilliger Einfügung in eine überstaatliche Wirtschafts- und Machtunion.

Während Deutschland nach einer grundsätzlichen Neugestaltung seiner Politik ringt, spielen sich in London die Kämpfe der panbritischen Reichskonferenz ab, deren einzelne Phasen in Deutschland viel zu wenig beachtet werden. Der Ersterminister von Kanada, Mr. Bennett, hat als Lösung der wirtschaftlichen Krisis — und diese steht naturgemäß durchaus im Vordergrund — eine endgültige Preisgabe des Freihandels und einen für alle Teile des Reichs verbindlichen Preference-satz von 10% vorgeschlagen. Die Londoner Regierung hat sich demgegenüber nicht grundsätzlich ablehnend verhalten, fordert aber, daß

1. der Lebensstandard der britischen Bevölkerung durch eine irgendwie geartete Neuregelung nicht gesenkt werden dürfe, und

2. keine kurzfristige Änderung der bestehenden Handelsverträge eintreten solle.

Wie zwischen diesen gegenteiligen Meinungen ein Ausgleich geschaffen werden kann, ist zunächst kaum ersichtlich. Es kann sich für England nicht ohne weiteres um die Organisierung einer Empiretauschwirtschaft handeln, denn im letzten Berichtsjahr (1927) belief sich der Gesamthandel des Empire auf 3281 Mill. Pfund, wovon auf den Reichszwischenhandel nur 862 Mill. entfielen. Die britischen Reichsteile kauften mehr vom Ausland als vom Mutterland, das Mutterland kaufte fast dreimal soviel vom Ausland wie von seinen überseeischen Besitzungen! England kann also keineswegs den bisherigen Welthandel durch einen Empirehandel ersetzen, sondern sich nur bemühen, seinen in den letzten Jahrzehnten ständig fallenden Anteil am auswärtigen Handel des Überseereichs zu verstärken. Ob das möglich ist, ohne den englischen Getreide- und Rohstoffmarkt durch zollpolitische Maßnahmen in erster Linie den Dominions vorzubehalten und zur Erreichung dieses Zweckes selbst vor einer Verteuerung der Lebenshaltung der britischen Bevölkerung nicht zurückzuschrecken, ist die große Frage. Wir werden zu gegebener Zeit über den Ausgang der weltpolitisch höchst bedeutungsvollen panbritischen Reichskonferenz an dieser Stelle berichten.

Frankreich ist und bleibt zwiespältig. Die Art, wie Briand in seinen Ausführungen vor Vertreterinnen der Internationalen Frauenliga die „schwierige, ja tragische Situation Deutschlands“ zu begreifen versuchte, wie er gegen die tendenziöse Entstellung der bekannten Treviranus-Rede sehr deutlich und scharf Front machte, kann jeden ehrlichen Politiker nur sympathisch berühren und nötigt Achtung und Anerkennung ab. Auch sonst ertönen aus dem gallischen Reich gelegentlich Stimmen, die auf einen ehrlichen Willen zur Verständigung mit Deutschland schließen lassen. Aber es sind stets nur Einzelpersonen oder Grüppchen, und wer die französische Presse objektiv mustert, kann beim besten Willen das Gefühl nicht loswerden, daß — leider — die gegenteilig eingestellten Kreise größer und einflußreicher sind. Maginots Wort „Abrüsten — ein Wahnsinn“ richtet sich doch zuletzt wieder gegen Deutschland, für dessen nationale Wiederbesinnung man keinerlei Verständnis aufbringt. Bei der Beratung des Staatshaushaltes für 1931/32 wurden zwar die Gesamtausgaben um 300 Mill. Franken vermindert, die Ausgaben für militärische Zwecke („Sicherheit“) aber um 725 Mill. erhöht; Frankreichs Rüstungsetat wird demnach die schier unfassbar hohe Ziffer von 12,2 Milliarden Franken erreichen! Was haben wir von einem derartig militaristisch eingestellten Frankreich trotz Briand anders zu erwarten als Drohungen und Demütigungen?

Paris darf sich unter diesen Umständen wirklich nicht wundern, wenn bei uns nachgerade der Glaube an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung schwindet und weite Kreise des deutschen Volkes — keineswegs nur die Nationalsozialisten — statt dessen dem Gedanken einer deutsch-italienischen Zu-

sammenarbeit zuneigen. Gewiß, Mussolini tut nicht nur um unserer schönen Augen willen freundlich mit uns. Wir sehen klar, welche Gefahren in einem deutsch-italienischen Zusammengehen enthalten sein können. Die Besprechungen über eine italienisch-französische Flottenparität sind als hoffnungslos unfruchtbar endgültig abgebrochen worden. Italien sieht der dadurch geschaffenen Lage klar und fest ins Auge und erwägt im stillen sicherlich auch das Äußerste. Sein Bündnisring um das von Frankreich inspirierte Jugoslawien (s. Karte) hat durch die Vermählung des bulgarischen Königs mit Prinzessin Giovanna von Italien abermals an Umfang und Festigkeit gewonnen. Gesellten sich zu Albanien, Ungarn und Bulgarien vielleicht noch Griechenland und die Türkei auf der einen, Österreich und Deutschland auf der anderen Seite hinzu, so könnte man notfalls ohne allzu

Die italienische Einkreisung Südslawiens



großes Risiko den Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und seinen Balkanvasallen Jugoslawien wagen. Der von Prof. Tajani in amtlichem Auftrage ausgearbeitete kühne Plan einer Stilfser-Joch-Bahn (Bergamo, Valtellin, Stilfser Joch mit Anschluß an das österreichische und das deutsche Bahnnetz) muß vielleicht im Lichte einer solchen strategischen Kooperation gewertet werden. Wir betonen oben, daß wir die Gefahr, wider Willen in einen italienisch-französischen Krieg hineingezerrt zu werden,

den, keineswegs außer acht lassen. Aber zunächst ist es das Italien Mussolinis, das in Übereinstimmung mit uns am energischsten die Revision der Versailler Diktatfrieden fordert, das am meisten Verständnis dafür zeigt, wenn ein Volk sich weigert, durch Generationen hindurch elende Sklavenketten zu tragen. Und deswegen steigt die Sympathie Deutschlands für Italien in eben dem Maße, wie der Glaube an eine ehrliche Aussöhnung mit Frankreich schwindet.

Freilich die Südtiroler Frage steht noch immer zwischen uns und Italien, und Mussolini soll sich nicht dem Wahn hingeben, daß wir das Deutschtum in Südtirol jemals preisgeben würden. Gelegentliche wohlwollende Gesten täuschen uns nicht darüber hinweg, daß deutscher Unterricht in Deutsch-Tirol unter italienischer Flagge noch heute als Staatsverbrechen bestraft wird, daß die Kinder in Deutsch-Südtirol nach wie vor Volksschulen besuchen müssen, in denen jedes deutsche Wort verpönt ist. Das ist ein für jeden aufrechten Deutschen so schlechterdings unerträglicher Zustand, daß ohne seine Behebung von deutsch-italienischer Freundschaft nicht die Rede sein kann.

Bisweilen will es scheinen, als ob Paris diese schwache Stelle erkennt und entsprechenden Druck auf Jugoslawien ausübt. Der Kultusminister Boza Maxi-

mowitsch hat Ende September überraschende Erklärungen über eine grundsätzliche Umstellung der Belgrader Regierung gegenüber der deutschen Minderheit in Jugoslawien abgegeben und feierlich versprochen, daß den Deutschen nunmehr loyale und weitherzige Kulturautonomie gewährt werden solle. Nun beginnt bekanntlich der Orient auf dem Balkan, und man wird infolgedessen noch nicht ganz verzweifeln müssen angesichts der Tatsache, daß bisher alles beim alten geblieben ist und die Versprechungen des Herrn Kultusministers lediglich auf dem Papier stehen. Ist es Ihnen Ernst mit einer gerechteren und vernünftigeren Einstellung gegenüber dem Deutschtum in Jugoslawien, verehrter Herr Minister, so lassen Sie nun, bitte, endlich Ihren bedeutsamen Worten entsprechende Taten folgen. — Zur Entschuldigung darf man vielleicht darauf hinweisen, daß das kroatische Problem für Belgrad über Nacht überaus an Schärfe gewonnen hat. Die in Amerika lebenden Kroaten haben eine in Englisch, Französisch, Deutsch und Kroatisch erscheinende Monatsschrift „Croatia“ gegründet, in der mit ganzem Ernst die Propaganda für ein kroatisches Selbstbestimmungsrecht betrieben wird. Wir werten das Erscheinen der „Croatia“ als ein so ernstes Symptom für die geopolitische Zukunftsentwicklung auf dem Balkan, daß wir es uns nicht versagen können den grundlegenden Aufruf vom 1. Oktober 1930 hier wiederzugeben:

Die amerikanischen Kroaten an den Völkerbund.

(Telegramm) Chicago, 1808, Blue Island Ave.

Sir Eric Drummond, Generalsekretär des Völkerbundes, Genf (Schweiz).

Die amerikanischen Kroaten, die ein Viertel der kroatischen Nation ausmachen, erheben Protest beim Völkerbund gegen das absolute Regime des Königs von Serbien, das die größten Untaten begeht, um mit Gewaltmitteln die serbische Herrschaft in Kroatien aufrechtzuerhalten.

Die menschlichen, nationalen und bürgerlichen Rechte der kroatischen Nation sind unterdrückt. Die Sicherheit des menschlichen Lebens hängt von der Willkür der Polizeibeamten ab. Die Polizei ist für gesetzwidrige Handlungen unverantwortlich, selbst dann, wenn die fürchterlichsten Marterungen und Morde der politischen Gefangenen öffentlich bewiesen sind.

Die kroatischen kulturellen und humanitären Vereine, die die ganze kulturelle, wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der Kroaten, sowohl in der Heimat wie im Ausland, umfassen, sind heute verboten oder zur Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen.

Die kroatischen schulpflichtigen Kinder werden in einem in Widerspruch mit ihrem Vaterlandsgefühl und Glauben stehenden Geiste erzogen. Sowohl die katholischen wie auch die mohammedanischen Kinder sind gezwungen, in der Schule die serbisch-orthodoxen Heiligen anzubeten.

Der König, selbst der orthodoxen Kirche angehörend, hat die höchste Stelle in der mohammedanischen Religion usurpiert, die mohammedanischen Würdenträger willkürlich ernennend und absetzend.

Die staatlichen Behörden zwingen die kroatischen Gemeinden, auf eigene Kosten Denkmäler für den serbischen König Peter zu errichten. Gleichzeitig ist ihnen die Verehrung des im Belgrader Parlament ermordeten Nationalführers und kroatischen Märtyrers Stephan Raditsch untersagt. Die Staatsorgane haben sogar sein Grab geschändet und seine Bilder beschlagnahmt und verboten.

Keine Rücksicht auf das Volksempfinden nehmend, erklärt sich das absolutistische Regime als beständig und unveränderlich.

Im Interesse der menschlichen und nationalen Rechte der kroatischen Nation sowie der Wahrung des internationalen Friedens unterrichten hiermit die amerikanischen Kroaten alle Kulturvölker und ihre in Genf versammelten Delegierten über die schwere und gefährliche Lage in diesem Teil Europas.

Im Namen der internationalen Gerechtigkeit, insbesondere auf der Grundlage der feierlichen Erklärungen, die Amerika durch die Stimme des Präsidenten Wilson, des Gründers des Völkerbundes, an die kroatische Nation gerichtet hat, fordern die amerikanischen Kroaten:

1. daß man Kroatien das Selbstbestimmungsrecht einräumt,
2. daß alle Kulturvölker und ihre Regierungen zur Kenntnis nehmen, daß die kroatische Nation keine von der heutigen absolutistischen Regierung übernommene Verpflichtung (z. B. finanzielle) anerkennt und diese als null und nichtig erklärt.

Im Namen der amerikanischen Kroaten:

Der Hauptausschuß der Organisationen der Kroatischen Bauernpartei in Amerika:
Präsident: Nikola Maar. Sekretär: Prof. Ivan Horvat.

Wir übergehen hier sowohl die dauernd an Umfang gewinnenden republikanischen Demonstrationen in Spanien als die nachgerade schon ans Komödienhafte grenzenden parlamentarischen Vorgänge in Polen und wenden uns sogleich der Sowjetunion zu. In früheren Berichterstattungen hatten wir der Befürchtung Ausdruck gegeben, der von Stalin plötzlich wieder inszenierte radikale Linkskurs, namentlich die überstürzte Kollektivierung der bäuerlichen Betriebe, werde zu ersten Schwierigkeiten wirtschaftlicher und am Ende gar politischer Art führen. Der erste Teil unserer Prognose hat sich leider als nur zu richtig erwiesen; grenzenlose Not hat inzwischen wieder einmal das Volk im proletarischen Paradies erfaßt, Erinnerungen an die grausigen Jahre des Kriegskommunismus tauchen nur allzu deutlich auf. Daß man zur Rationalisierung des Brennholzes schreiten mußte, spricht für die Planwirtschaft der Sowjets geradezu Bände. Noch bedrohlicher ist die allgemeine Verknappung der Lebensmittel, die Not an Brot, Fleisch und Fett vor allem. An das stundenlange Schlangestehen, die Lebensmittelkarte in der Hand, hat man sich längst gewöhnt, auch daran, daß die letzten der Reihe gewöhnlich abziehen müssen, ohne das mindeste erhalten zu haben. Nun wird — zunächst in Moskau — am 1. November ein neues Lebensmittelkartensystem eingeführt, das eine Dosierung nach 7 sozialen Gruppen vorsieht. Ab 1. Januar soll eine entsprechende einheitliche Lebensmittelkarte für das Gesamtgebiet der Sowjetunion in Kraft treten. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, lautete schon einmal die Parole in Sowjetrußland. Es wird, wenn nicht alles täuscht, in diesem Winter wieder dahin kommen, daß nur eine „beschränkte Bevölkerungsschicht“, die klassenproletarische Aristokratie, einigermaßen ausreichend versorgt wird, für alle übrigen aber nur die grausige Parole „Hungern und Frieren“ übrigbleibt. Auch die noch so folgerichtig durchgeführte Dumping-Ausfuhr wird Sowjetrußland nicht davor bewahren, daß es einem entsetzlichen Winter entgegengeht, dessen Verzweiflungsstimmung unter Umständen nicht einmal mehr von der schon jetzt blindwütig waltenden G. P. U. gemeistert werden kann. Armes russisches Volk, du wunderbar geduldige Menschheit, deren Leidensweg immer und immer noch nicht zu Ende geht.

Für Vorderasien ist die Ende Oktober erfolgte Erklärung der britischen Regierung zur Palästinafrage ein Ereignis von höchster geopolitischer Bedeutung. Die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 wird zurückgezogen, die neuen Einwanderungsbestimmungen machen es den Juden praktisch unmöglich, in absehbarer Zeit Palästina in ein jüdisches Land zu verwandeln. Für viele jüdische Ideologen mag es einen sehr schweren Schlag bedeuten, daß nunmehr der Traum des Zionismus von einer nationaljüdischen Heimstätte endgültig ausgeträumt ist. Wir haben es nicht anders erwartet, denn England kann es bei der Struktur seines Weltreiches nicht wagen, eine geschlossene Islamfront gegen sich zu haben und dem erwachenden panarabischen Nationalismus um der Juden willen ständig neuen Nährstoff zuzuführen. Der Kriegstrick von 1917 hat seine Schuldigkeit getan; nun gewinnen die auf lange Sicht berechneten englischen Belange wieder die Oberhand. Mögen Weizmann, Lord Melchett (Alfred Mond), Bankier Warburg und andere hervorragende Persönlichkeiten der Jewish Agency und des Zionismus protestieren, mag die zionistische Jugend von Warschau vor der englischen Botschaft demonstrieren, die Wendung der englischen Palästinapolitik ist endgültig vollzogen, und keine Macht der Welt wird der trügerischen Balfour-Deklaration wieder zum Leben verhelfen. Der Zionismus ist an der Kraft der arabischen Nationalbewegung definitiv gescheitert. Man wird in zionistischen Kreisen eine Zeitlang über den „englischen Betrug“ schimpfen und schelten, aber Britannien geht unbeirrt den Weg, den ihm seine Weltreichspolitik eindeutig vorschreibt. Right or wrong, my country!

(Abgeschlossen am 26. 10. 30.)

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Die Lage Australiens und seiner näheren Umgebung vor der Reichskonferenz (Verstädterung, Wehrmöglichkeit, Bescheidung in den Antarktis-Ansprüchen, unitaristische und föderalistische Bewegungen in der Gemeinwelt, Wanderungs- und Wirtschaftsbeziehungen zum Mutterland). — Zwiegespräch Yosuke Matsuoka gegen Professor Hsu-Shu-hsi. — Strukturveränderungen hinter verschlossenen Türen in Japan: Erledigung der Londoner Flottenkonferenz, bevölkerungspolitische Sorgen, Kampf zwischen Alt und Neu. — Zur „round table“-Konferenz. — Die Chinesisch-Russische Konferenz über die chinesische Ostbahn. — China und der Völkerbund. — Die „Welt auf der Waage“.

Für den indopazifischen Gesamttraum ist es dem „Institute of Pacific relations“ in Honolulu gelungen, in seinen Zusammenkünften und seiner Zeitschrift: „Pacific affairs“ einen Blitzableiter für weltpolitische Spannungen zu schaffen, wie ihn kein anderer, nicht einheitlich zusammengefaßter, geopolitischer Großteilraum der Erde besitzt. Viele andere Träger und Vorkämpfer von Panideen würden gut daran tun, statt weiter monomane und monotone Echolalie zu pflegen, dieses praktische Ausgleichsinstrument panpazifischer Spannungen zu studieren und nachzuahmen.

Betrachtet man es aber als Druckmesser, so zeigt z. B. seine Septemberrnummer (S. 813—826; S. 881) sehr deutlich eine geopolitische Fallinie, die mit dem spitzen Ende auf Australien weist. Und da im gleichen Halbjahr so viele andere Zeiger dahin weisen: unter den Vorspielen zur britischen Reichskonferenz Sir Otto Niemeyers Bericht über den verschwenderischen Sozialluxus Australiens; des australischen Generalstaatsanwalts J. G. Latham: „Australia and the British Commonwealth“ mit seiner Einleitung durch den Ex-Premier S. M. Bruce; des „Economist“ (30. 8. 30) „Australia faces the facts“ und viele andere ähnliche Zeichen der Zeit, darum verdienen solche Studien, wie Warren S. Thompsons „Danger spots in world population“ (Gefahrstellen in der Weltbevölkerung) (New York, 1930), oder die Pazifikserie A Nr. 32 der „Studien und Berichte des Internationalen Arbeitsamtes zu Genf“, 1930, Bd. V, größere Beachtung, als wenn sie nur als vereinzelte Sturmvögel erschienen wären.

So tritt — nicht nur durch seine wichtige Symptomrolle bei der Reichskonferenz in London vom 1. 10. 30 — sondern auch als isoliertes Teilkraftfeld des indopazifischen Gesamtbereichs, Australien neben der zur Zeit mehr schwelenden als hell brennenden chinesischen und indischen Frage in unerwünschten Vordergrund. Es hat uns in Deutschland auch vieles unmittelbar zu lehren — wie bereits Dr. Gattineau*) nachwies; denn es hat sich — freilich auf einer ganz anders breiten Raum- und Rohstoffgrundlage, aber mit unzulänglichen Menschenzahlen — ähnliche Gefährdungen gediegener Wirtschaftsführung gestattet, wie Mitteleuropa, und besieht nun den Schaden.

Wir versuchen die Lage Australiens und seiner näheren Umwelt vor der Reichskonferenz mit kurzen Strichen nach geopolitischen Gesichtspunkten zu zeichnen. Sinkende Kurve der Bevölkerungsvermehrung in einem an sich schon zur Auswertung seines Raumes unfähigen Lande, sinkende Einwanderungskurve; Einbruch nicht nur des Preisniveaus der tropischen Monokulturgüter, sondern auch der ganz besonders auf Monokultur gestellten Ausfuhrstapelgüter Australiens im besonderen (Wolle- und Weizensturz) und eines künstlich aufgeblähten Sozialniveaus zugleich: Zurückhaltung des allzu lange bedenkenlos eingeführten Anleihezuflusses bei einem Verschuldungsstand von 2420 RM. auf den Kopf (Londonbericht d. Frkf. Ztg. v. 20. 8. 30). Dazu kommt Absinken der Kurven der eigenen Wehrmöglichkeit im letzten Jahre durch Einschränken der Seewehr (um 700 Offiziere und Mann) in Australien auf 360 Offiziere und 3040 Mann; durch Außerdienststellung von 2 Zerstörern und 2 U-Booten; durch Wegverlegung der Marineschule von Jervis Bay, dem geplanten Bundeskriegshafen, in das Marindepot von Westernport; durch Aufgeben des militärischen Erziehungssystems in Australien und Neuseeland (hier um die Hälfte bei der sog. „Cadet-Force“ von 1051 Offiziere, 16 500 Mann, auf 600 Offiziere, 2000 Unterführer in der „Territorial-Force“;) damit erhöhte Anlehnungsbedürftigkeit an die Reichsverteidigung und zunehmende

*) H. Gattineau: Verstädterung und Arbeiter-Herrschaft, Beiheft 4 zur Zeitschrift für Geopolitik, Kurt Vowinckel Verlag G. m. b. H., Berlin-Grunewald 1929.

Gleichgültigkeit gegenüber außenpolitischen Bewegungen. Ein Leitaufsatz des „New Zealand Herald“ bezeichnet die neue Wehrorganisation der wichtigen Inselgruppe als „eine Skelettstruktur, wie die Operettenkonzeption einer Armee in einer südamerikanischen Republik — mit der Ausnahme, daß Neuseeland die logische Mindestgrenze mit nur Offizieren und Unteroffizieren ohne Mannschaften erreicht habe.“

Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die großen Ansprüche bei der Rückkehr Sir Douglas Mawsons mit der „Discovery“ von seiner Antarktisreise (mit wirtschaftlichen Hoffnungen und Anspruch auf den ganzen antarktischen Kontinent zwischen 45. und 73. Grad östl. Greenwich für die Krone), vor grollenden Stimmen aus dem u.s.-amerikanischen Senat vom Premierminister Scullin für Australien durch die Erklärung eingeschränkt werden mußten: „Kein Teil der antarktischen Gebiete falle unter die Verwaltung des Generalgouverneurs der Commonwealth“, während nur die Reichskonferenz von 1926 das Bestehen begründeter britischer Ansprüche auf gewisse Landschaften im Süden Australiens anerkannt habe. „Das bedeutet, daß Australien bescheiden nichts für sich selbst, aber einen guten Teil für das Mutterland beansprucht“ (Australian Chronicle: Pacific Affairs 1930, S. 825!) — Das heißt: man überläßt es der Wehrstärke Großbritannien, sich mit den Ansprüchen des großen Geldgebers, der Vereinigten Staaten und des wehrhaften Argentinien nach Süden auseinanderzusetzen (S. 820 ff.). Dabei stecken die zwei wirklich brauchbaren Schnelldreher Australiens in den 15 der britischen Schnelldreher nach dem Londoner Protokoll, — zwischen den 18 amerikanischen und den 12 japanischen —, die aber freilich alle im Pazifik zusammengezogen sind, von denen 8 zur Zeit fertig oder nahezu fertig sind. Leistungsflucht auch hier!

Dazu kommt eine nicht zu übersehende Bewegung gegen die Stetigkeit des inneren Aufbaus der Gemeinwelt. Die Labour-Partei, die unter dem Schlagwort: „Keine Verringerung der Löhne und der Lebenshaltung“ in letzter Zeit in der Gemeinwelt selbst, in Victoria und Südaustralien Wahlsiege errang, ist unitaristisch. Sie erlitt Niederlagen in Queensland und Westaustralien. Westaustralien, Südaustralien und Tasmanien sind so föderalistisch, daß in ersterem eine Sezessionsbewegung, in allen dreien Anstalten zum Schutz ihrer föderalistischen Stellung im Gange sind. Ein Anlauf, dem Gemeinweltparlament Vollmacht zu einer Verfassungsänderung des Bundes zu geben, wurde indessen von der Kommission (4:3) und dem Senat abgelehnt; und australische Erfahrung mit Volksabstimmungen (denen Verfassungsänderungen auch nach Billigung durch das Parlament unterworfen werden müssen), beweist bisher, daß nur von allen Parteien unterstützte Verfassungsänderungen die Abneigung der Wähler gegen solche überhaupt zu überwinden vermögen. Außerdem ist durch die Reichskonferenzen das Austrittsrecht, (dessen Hauptvorkämpfer Südafrika ist und das theoretisch nicht einmal für Großbritannien und Nordirland bestritten, für Indien das große X ist), so ausgebildet, daß im Falle einer Vergewaltigung durch die Unitaristen mit dem

Austritt von Westaustralien und Tasmanien aus der australischen Gemeinwelt und dem Anstreben einer eigenen Dominiumsstellung wahrscheinlich zu rechnen wäre; vielleicht auch bei Queensland und Südaustralien, worauf es niemand ankommen lassen würde.

Auch in diesem Fall tritt — im Gegensatz zur Behandlung ähnlicher Fragen in Mitteleuropa — das größere evolutionäre Talent der Angelsachsen hervor, das statt der in kontinentalen Landschaften so beliebten Alternative: biegen oder brechen! — seit seiner u.s.-amerikanischen Erfahrung das Leitwort setzt: Natürliches wachsen lassen, Ausschlägen vorbeugen und dann das praktisch Gewordene registrieren, wie es dem fortwährenden Gestaltwandel des „Empire“, nun vom dritten zum vierten Reich, zur vorsichtigen Gewöhnung wurde. (Näheres darüber „Deutsche Rundschau“, Novemberheft 1930).

Auf diese Fähigkeit aber wirft das Verhalten Australiens in seinen Krisen von 1930 einen erklärenden Schein. Nur britisches Geld und britische Einwanderer hielten sich in dieser Zeit zurück, obwohl die Arbeitslosenkurven im Mutterland in sämtlichen Hauptzweigen: Baumwolle, Wolle, Eisen und Stahl, Kohle in der gleichen Zeit im stetigen Ansteigen geblieben waren, in der die Gesamtauswanderung von 76 600 auf 56 000, die ins Reich über See um 44%, die nach Australien und Neuseeland von 8577 auf 4288 und von 1785 auf 1505 sank. Danach empfing Australien in Sir Otto Niemeyer den bevollmächtigten Gesandten der Bank von England; es stoppte seine Beteiligung an der panpazifischen Arbeiterbewegung ab, an der es mit China und den Sowjets noch festgehalten hatte — (wenn es sich auch als einzige unter den Dominien bereit erklärte, einen Sowjetkonsul aufzunehmen), und machte seinen Frieden mit der Zentrale. Wir sehen also im australischen Mikrokosmos im zweiten Halbjahr 1930 eine Reihe von Fragen sich abwickeln, die auch Mitteleuropa stark bewegen und zu geopolitischen Vergleichen anregen.

Viel schwieriger war es, ähnliche evolutionäre Vorgänge in Japan während der Störungsgeräusche wahrzunehmen, die das kontinentale Gesicht des Inselreichs in der Mandschurei und seinem Verhältnis zu China und den Sowjets umgaben, die sich vor allem in dem lange fortgesponnenen, an Mißtönen reichen Zwiegespräch Yosuke Matsuoka (Japan) gegen Professor Hsu-Shu-hsi (Peking) Luft machten, das vom Dezemberheft 1929 bis zum Septemberheft 1930 die Spalten der „Pacific affairs“ erfüllt. Es zeigt die große Schwierigkeit, mit chinesischen Winkelzügen dialektisch fertig zu werden, der nur die noch kontinentaleren Sowjets durch überlegenes Hinhalten erfolgreich begegnen (vgl. beigefügte Spottzeichnung).

Aber während sich so peinliche Lagen, wie die des hingehaltenen chinesischen Friedensvermittlers Mo-Ti-hui mit den Sowjets in Moskau (China, Expr. & Tel. 25. 9. 30, S. 693) oder der Einmarsch der Mandschureiarmee in Tientsin und Peking, der Rückzug Yens und die Kaltstellung Fengs in breiter Öffentlichkeit abspielen, machen die Inselreiche, wie früher Venedig, oder jetzt eben die britische

Reichskonferenz oder Japan Strukturveränderungen, die andere nichts angehen, hinter verschlossenen Türen ab.

So behandelte Japan seinen Abschluß der Londoner Flottenkonferenz, seine bevölkerungspolitischen Sorgen, seinen inneren Kampf zwischen Alt und Neu, zwischen dem Minseito-Kabinet und dem als Erben der Genro auftretenden Geheimen Rat (Sumitsuin) (der die Rechte des Alters und der potestas patria und imperialis in Japan überhaupt verteidigte), und dem gleichfalls autoritären Marineklan (Kato).

In Wirklichkeit waren die alten Staatsmänner und der Marinestab wütend, als die japanische Delegation von London mit Einschränkungen der japanischen Seegeltung zurückkehrte, die man für untragbar hielt; und sie glaubten, die Delegation sei von britisch u. s.-amerikanischem Zusammenspiel eingewickelt worden. In einer Art von moralischem Harakiri erklärte denn auch der wichtigste Seewehrteilnehmer, Admiral Takarabe, er werde sofort nach der Ratifizierung zurücktreten, wie auch der Flottenstabschef Admiral Kato als Druck auf das Kabinet zurücktrat; Takarabe machte sein Wort wahr und ist jetzt durch Admiral Abo, einen der Konferenzteilnehmer, ersetzt. Gleichzeitig wurde hinter den Kulissen ein erbitterter Kampf zwischen dem Kabinet mit seinem starken Mann, dem Premier Hamaguchi, und seinem zähen Mann, dem Außenminister Shidehara einerseits und dem Geheimen Rat, Sumitsuin, anderseits, ausgefochten, in dem sich legal und verfassungsrechtlich die Macht der alten Staatsmänner, der einstigen großen Genro der Meiji-Ära, verkörpert hat. Er ist — im Gegensatz zum alten Genroin — ein verfassungsrechtlich anerkannter Beratungskörper des Kaisers, in dem sich die ganze Erfahrung früherer Ministerpräsidenten, Generalstabschefs usw. zusammenfindet: Greise von ähnlicher Erbarmungslosigkeit für kleine und große Fehler ihrer Nachfolger, wie sie sich in den Exkonsuln und Prätores des römischen Senats zusammenfanden; sehr unbequem für Ministerpräsidenten und Parteiklüngel.

Für jonglierende Kabinettsminister und Fraktionenkuhhandel ist dieser aus lauter geopolitisch und politisch erfahrenen, in Staatsangelegenheiten fast allwissenden, fast unangreifbaren Greisen zusammengesetzte Rat gefährlicher, als das ziemlich zahme japanische Oberhaus, dem viele davon als Cliquen- und Klanführer obendrein Leitlinien geben können. Hier saß also die wahre Stärke alt-japanischer Staatskultur gegenüber der eur.-amerikanischen Parlamentarisierung; und der Konflikt drohte zu Versuchen der Umformung und Abschaffung des Sumitsuin zu führen, als dieser Rat alter Staatslenker vom Kabinet das Geständnis verlangte, daß es bei der Annahme des Flottenabkommens im Gegensatz zum Marinestab falsch gehandelt habe und mit Verweigerung der Ratifizierung durch den Kaiser drohte, dessen Seewehrkommandogewalt man gefährdet zu sehen glaubte. 1892 und 1927 hatten sich, abgesehen von kleineren Anlässen, ähnliche Vorgänge abgespielt. Schließlich blieben aber noch immer die Männer auf der Strecke, die sich gegen die alterprobtte Staatskultur auflehnten. Premier Hamaguchi vermied denn auch allzu schroffe Festlegungen gegenüber der „smiling

stubborness“, der „lächelnden Bockbeinigkeit“ des in seiner Art reingezüchteten Vorfechtertyps der „Alten“ des Grafen Miyoji Ito und seiner Verschleppungstaktik, mit dem er sich Arm in Arm photographieren ließ. Der Vertrag ist schließlich ratifiziert worden; aber auf dem Kabinett lag der peinliche Flecken, daß es der zurückgetretene Marinegeneralstabschef Kanji Kato der Lüge geziehen hatte; und Freunde altjapanischer Staatskultur erlebten die Genugtuung, daß zwei Männer mit glänzender Laufbahn (Kato und Takarabe) sofort bereit waren, sich, wie einst der Römer Curtius, in den offenen Schlund zu stürzen, um eine Gefahr des Vaterlandes zu beschwören. Insofern hat also Alt-Japan, wenn schon nicht gesiegt, so doch seine zähe Lebensdauer gegenüber dem parlamentarischen Neu-Japan bewiesen. Eine fast gleichzeitig erschienene, bedeutende Schrift von Masaharu Anesaki: „History of Japanese religion“ warnt uns davor, die Stärke der Abwehrkraft in der Volksseele zu unterschätzen — trotz allem, was z. B. Dr. S. Washio (Transpacific, 11. 9. 30) über die Schattenseiten der japanischen Universitäten, ihre Überfüllung, ihre Züchtung eines gebildeten Proletariats zu sagen weiß. Ernster schon ist die bevölkerungspolitische Not, vor allem die Verstädterungsfrage, namentlich im Wachstum und der Arteriosklerose der sechs größten Städte, mit deren Sonderlasten Professor S. Shiomi in Bd. V der „Kyoto University Economic Review“, Nr. 1, S. 18, abrechnet.

Während die Reichsbevölkerung im ganzen — (etwas gegen die Hoffnungen für 1930 auf 65 Millionen des eigentlichen Inselbogens, 90 des Reichs) — zurückgeblieben war, mit etwa 63 730 000 Millionen des Reichskerns, bei einer Gesamtvermehrung von 7,7 Millionen in den letzten 10 Jahren, durchschnittlich 754 000 jährlich im ersten und 800 000 im zweiten Lustrum, bei nur 378 000 zugestandenen Arbeitslosen Mitte 1930, ist die Verstädterung, der Urbanismus in diesem Kernraum unaufhaltsam fortgeschritten. Zur Untersuchung der Verstädterung eignen sich besonders die sechs eigentlichen Großstädte: Osaka, Tokyo, Nagoya, Kyoto, Kobe, Yokohama. Die nächste, von Hiroshima und Nagasaki geführte Städtegruppe (zwischen 100 000 und 200 000 E.) zeigt so gut wie gar keine exogene Verstädterungsmerkmale. Deshalb faßt Professor Shiomi mit Recht nur die sechs erstgenannten heraus, und aus ihnen die größte mit konstanter Entwicklung (ohne Einwirkung des Kwanto-Erdbebens von 1923), Osaka. 1915 betrug nach Shiomi der Volksanteil der 6 Großstädte 10%, 1928 bereits 12% der Gesamtbevölkerung; jetzt wird er sich 13% nähern; Osaka allein 4%. Während der Schwerpunkt der kooperierenden Großstadtgruppe des Ahnenlandes: Osaka—Kyoto—Kobe, Osaka, 1915 nur 2,7% der 6 Städte erreichte, hat es 1928 ein volles Drittel umschlossen. So wurde die Stadt ein ausgezeichneter Beobachtungsstand zur Veranschaulichung der Lastenverschiebung vom Land auf die Städte während der Frühindustrialisierung — ohne die das lange so überschwer besteuerte Land einfach zusammengebrochen wäre. Gewiß ist eine 37fache Staatssteuersteigerung von 1899—1928, das 16fache Aufkommen an Landessteuern, das 21fache an Stadtsteuern bei zuletzt reduzierten Viertelsteuern der an Millionären so reichen größten Handelstadt

eine stattliche Leistung, aber nicht außer Verhältnis zur Stärke der tragenden Schultern; und wenn die sechs größten Städte jetzt 45% der Gesamtsteuerlast des Stammlandes, Osaka allein 11,1%, und innerhalb der Gruppe der 6 Städte 24,3% zu tragen haben, so entspricht das geopolitisch ihrer Tragkraft in der erneuerten Staatsstruktur und den ungeheuren Opfern, die ihnen in der Übergangszeit an Menschen und Werten aus dem zu ihren Gunsten ausgesogenen Lande zufließen. Aber ihre Saugkraft ist in Wirklichkeit — ganz abgesehen von der Drainage unwägbarer Werte — auch in den greifbaren Einflüssen noch weit stärker.

Doch wir haben hier das Recht geopolitischer Betrachtungsweise gegenüber dem seine Großstadt rein kratopolitisch und soziopolitisch abgrenzenden Staatswissenschaftler Shiomi zu wahren. Die neuesten amtlichen Veröffentlichungen Japans geben uns für 1929 die Zahlen für die sog. „metropolitan area“, das größere Tokio allein mit 84 Nachbarstädten und Dörfern innerhalb der gleichen Lebensbedingungen mit 5 193 839 Millionen; einem Männerüberschuß von 53% gegen 47% Frauen, und bei einer durchschnittlichen Familienkopffzahl von nur 4,2, bei 1 245 827 Familien: ausgesprochene Verstädterungszeichen auch für diesen größeren Raum! Ähnliches gilt für die nächsten vergrößerten Großstadtbereiche von Osaka mit 2 477 544 bei der größten Stadtvолksdichte und Wohndichte Japans (390 Menschen auf 10 000 Tsubo, während Großtokyo nur 300, Nagoya 210, Yokohama 140 und Kyoto 114 hat); Nagoya mit 1 031 520 Mill.; Kyoto mit 961 116, Yokohama mit 677 565 E. Groß-Tokyo liegt in der Nähe der Wohndichte von Groß-Paris (322) und Moskau (308); Osaka wird nur vom eigentlichen London (483) unter den großen Bevölkerungszusammenballungen der Erde an Raumausbeutung übertroffen. Es gibt also, selbst wenn wir Kobe mit der alten Zahl hinzunehmen, rund 11 Mill. Menschen in Japan — mehr als ein Sechstel — als geopolitisch großstädtische Bevölkerungsgruppe, und im ganzen, (wie schon früher in der Geopolitik betont), seit 1927 ein Vorwiegen der städtischen Bevölkerung überhaupt mit mehr als 51% über die ländliche, trotzdem sich noch etwa 60% landwirtschaftliche Beschäftigung zuschrieben, — eine Tatsache, über die Soziologie und Volkswirtschaft durch zu enge Umgrenzung ihres Materials und Zurückbleiben hinter der staatsbiologischen Dynamik zuweilen das politische Urteil täuschen. Das mußte einmal klaggestellt werden; denn natürlich sind bei der noch viel größeren Schwierigkeit, für China und Indien zu verlässigen Zahlen dieser Gruppen zu gelangen, dort noch viel größere Irrtümer über die wahre Stabilität der Bevölkerung möglich, und die meisten beruhigenden Zahlen über 80 und 75% und mehr bodenständiger, landverbundener, festverankerter Bevölkerung im schnellen Veralten. Angesichts so rascher Umwälzung können wir den bescheidenen Betrachtungen des „Economist“ vom 4. 10. 30, S. 613, daß „keine Nachricht aus Indien schon gute Nachricht sei“, mit etwas Ironie zustimmen und aufrichtiger der Rede des Vizekönigs über den „Bankrott der Staatsmannschaft“ des indischen Kongresses. Es wird eben in Indien nicht mehr wirtschaftlich gerechnet; in Großbritannien wie Westeuropa überhaupt zu wirtschaftlich.

Gewiß wird die merkwürdige Opportunistensammlung, die man nun doch — aber ohne die wirklichen Führer Indiens — zu einer „round table“-Konferenz in London zusammengebracht hat, nach der Meinung des Vizekönigs etwas produzieren wollen, „das ebenso groß ist wie irgend etwas, das in Indiens ganzer Geschichte herausgekommen ist“ — nach ihrer und seiner Hoffnung. Das glaubte auch Simon von seinem Bericht, während es schon MacDonald und Lord Irwin Ende Juli 1930 nicht mehr von ihm glaubten. Aber „Indien“ wird es nicht ratifizieren, trotzdem „der Monsun gut war“. Und das ist geopolitisch für uns das Entscheidende: hier denken Seelen und reden Zungen großer Völker in ihrer Schicksalsfrage aneinander vorbei!

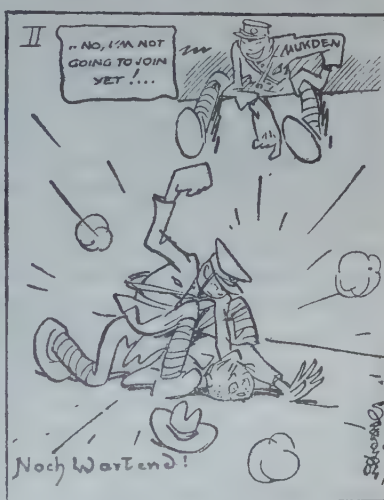
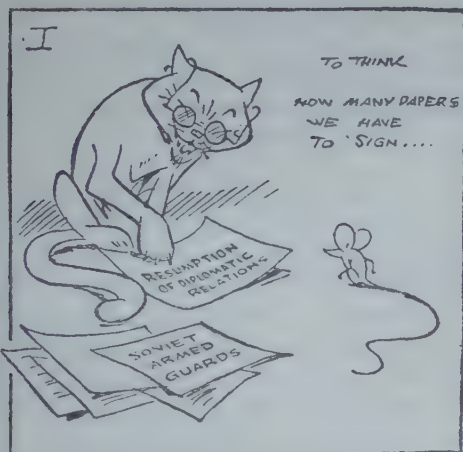
„Wir Inder spüren diesen Mangel an internationalem ethischen Gefühl seitens Englands besonders stark...“ schreibt Rabindranath Tagore unter den vergleichenden Schilderungen seiner zwei Europareisen von 1921 und 1930, bei der Erwähnung der bewußten Abkehr Jung-Europas vom Materialismus, den Hauptverantwortlichen ins Stammbuch. (Wortlaut u. a.: „Deutsche Wacht“, Batavia, 9. 9. 30, S. 6). „Hier trennt sich Europa bewußt von Amerika“, meint der indische Weise, „hier gewinnt es wieder Fühlung und Freundschaft mit dem uralten Asien.“

Würde das auch für die Politiker stimmen, dann müßte es in den Ergebnissen der indischen Verfassungskonferenz unbedingt zum Ausdruck kommen, und darauf können ja die Leser im November 1930 die Probe machen.

Eine gleiche Probe über die wirkliche Stärke der streitenden Teile, um nicht schon bald zu sagen „Reiche“ in China wird sich gleichfalls im November bieten. Wir konnten im letzten Bericht den „jungen Marschall“ in Mukden, dem sich auch die japanische und Rand-Kolonial-Presse mit freundlicher Beflissenheit widmet, noch als Friedensengel zwischen dem Norden Yens und Fengs und zwischen Nanking in der Schwebe zeigen; noch am 2. 9. 30 zeichnete ihn der „North China Herald“, wie im beigegeführten Spottbild (II). Inzwischen ist er entschieden von der Mauer herabgesprungen — mit einem Tigersprung, der in bezug auf seine Schlagsicherheit an die schönsten aus den guten Tagen seines Vaters, des „alten Tigers“ Chang-Tso-Lin erinnert. Nur die Evangelien Sun-Yat-Sens und der Kuo-Min-Tang sind dabei zu Schaden gekommen. — Jedenfalls ist der Eröffnungszeitpunkt der Chinesisch-Russischen Konferenz über die chinesische Ostbahn am 11. 10. 30 für Moskau besser gewählt als für China (vgl. Spottbild I): denn sehr stark ist seine augenblickliche, obendrein vom Pestaussbruch in Nordshensi bedrohte Verhandlungsstellung nicht. Dazu kam die Genfer Schlappe, weiterhin störend. Der Fehlschlag blieb auch nicht aus!

Allzu breiten Ansprüchen Chinas im Völkerbund wirken auch Ereignisse entgegen, wie die Erschießung von Lenox Simpson (Putnam Weale) bei der Wiedereinsetzung von Oberst Hailey Bell im Zollamt von Tientsin, obwohl der 53jährige kühne Abenteurer, nach dreißig bewegten Jahren in chinesischen Diensten, selbst zuerst gewaltsam die Zölle für die Shansi-Partei erhoben hatte; oder die Ohnmacht bei der Bekämpfung des Pestvorstoßes aus Mongolei und Westmandschurei in

Nordshensi und der Hungersnot in Nordchina (vgl.: „Hungertod und Völkerbund“, W. v. D.; Frkf. Ztg. v. 7. 9. 30), des immer noch schauderhaften Gefängniswesens (Ching-Yueh-Yen: Prison Life in China; Agnes Smedley: Gefängnisse in China): die Blüte des Opiumlasters (Frkf. Ztg. 14. 9.); das Unwesen der bewaffneten Geheimbünde und Gesellschaften (Nippon Dempo, 18. 8.): (Tongs, Gelbe, Rote, Grüne Speere, Himmels-Tor, zusammen auf 5 Mill. Mitglieder mit eigenen Truppen geschätzt), endlich der Kommunisten im Süden. Dazu wollen große Forderungen auf Teilnahme an der Neuordnung der übrigen Welt nicht passen, kaum solche begreiflichere Forderungen, wie die auf Aufhebung der allerdings ungerechten Lasten auf den ca. 13 000 Chinesen mit nur 300 Frauen in Australien, nach-



dem man dort etwa 37 000 hinausgegrault hat. Allerdings wird ja, im Zusammenhang mit der Entwicklung der indischen Frage und unter dem Einfluß der zunehmenden Verwestlichung Japans, dann der internationalen Überwachung der Arbeiterfragen — (vgl. H. Levy „Arbeiterprobleme des Fernen Ostens“; Arbeitgeber, Nr. 18/30, S. 519; Harold S. Quigley: „The Japan of to-day“; Current History; Transpacific v. 28. 8. und 4. 9. 30) — die ganze Frage der Kolonisationsberechtigung erneut unter die Lupe genommen; so etwa „durch katholische Augen“ (The Week, 11. 9. 30., S. 309), oder durch Frauen, wie bei der II. Frauentagung der panpazifischen Union, wo immerhin Japan für die Kinderhygiene westlicher und östlicher Kinder im Osten, mit seiner hohen Kindersterblichkeit, führende Veröffentlichungen geleistet hat. Aber Japan selbst schwankt ja, wie wir wissen, zwischen Ost und West; es läßt auf der einen Seite Dr. A. Tanakadate im Flugzeug nach Angora reisen, um die Abschaffung der arabischen durch lateinische Schrift zu studieren und den Völkerbund für die Romajibewegung mit

ihren Gesellschaften von 1886 und 1905 anzurufen, und auf der andern Seite Kato für Shinto und M. Anesaki für Japans alte Religionen schreiben; es baut sein neues Reichstagsgebäude teils in neuer Sachlichkeit, teils mit ägyptischen und römischen, jedenfalls mehr nahöstlichen, als fernöstlichen Motiven, verfolgt „Indiens Beispiel“ für die andern Asiaten und „den Vorderen Orient“ (Hans Kohn, Jerusalem, Ende August) mit gespanntem Anteil, und sieht mit Sorge die Unsicherheit des andern Inselreichs gegenüber der „Welt auf der Waage“, wie Colin Ross mit großer Vision das Wort der Weltstunde prägte.

(Abgeschlossen am 25. Oktober 1930.)

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Revolution in Brasilien. — Augenblickliche Einwanderung in Brasilien. — Argentinien. — Chile. Innenpolitische Lage Ecuadors. — Kolumbiens Wirtschaftslage. — Zustände auf Kuba. — Mexikos Wirtschaftslage. — Vereinigte Staaten (Wirtschaftskrise. — Soziale Frage. — Kampf gegen das Alkoholverbot). — Kanada und England.

In seinem ersten Teil ist dieser Bericht die organische Fortsetzung des vorigen. Am 27. September schlossen wir mit den letzten Nachrichten die dort gegebene Übersicht ab, die wir gewillt waren, „aus der Welt der Revolutionen“ zu überschreiben, weil sich die schon lange vorher (Märzheft) erkannte Gärung Lateinamerikas in revolutionären Ausbrüchen während der damaligen Berichtsperiode Luft machte. In den ersten Oktobertagen kamen die Meldungen, die keinen Zweifel daran ließen, daß nun auch Brasilien von einer ernsten Bewegung erfaßt war. Jeder Leser wird mit Hilfe der im Oktoberheft versuchten Analyse des allgemeineren Zustandes mit dem Ugrund dieser Revolution in Brasilien vertraut sein. Wir schrieben dort: „Der eigentliche Grund der augenblicklichen Häufung ist z. T. außerhalb Lateinamerikas in der Weltkrise zu suchen, die sich auch hier wie anderwärts vornehmlich wirtschaftlich auswirkt, und in der dadurch entstandenen Unzufriedenheit breiter Kreise. . . Aus einem solchen Gegeneinander entsteht in einer Zeit allgemeiner Krise die Suche nach dem Schuldigen, der in naturgemäßer Kurzsichtigkeit jeweils in der derzeitigen Regierung gesehen wird“. Für die Erklärung des speziellen Falles — Revolution in Brasilien — kommt außerdem unser ständiger Hinweis auf „Brasiliens verfehlte Wirtschaftspolitik“ in Betracht, der sich durch die Serie der vorausgegangenen Hefte hindurchzieht, und den wir auch im letzten Bericht wiederholten. Aber auch der Anlaß zu dieser Revolution ist von uns vor langer Zeit schon vermerkt worden, ohne daß man ihm damals freilich eine solche Tragweite beimessen konnte. Denn wenn es möglich wäre, aus Konstellationen die kommenden Geschehnisse mit Bestimmtheit zu erkennen, dann wäre das Ideal geopolitischer Prognose erreicht, und die Geopolitik hätte sich mit einem Schlage an die Spitze aller wissenschaftlichen

Disziplinen gestellt, die sich mit Prognosen beschäftigen. Prognose liegt auch im allgemeinen viel weniger im Bereich ihrer Aufgaben als eine getreuliche Diagnose, die die Kräfte und Motive des politischen Lebens aufdeckt, die unter bestimmten Umständen tatsächlich wirksam werden können. Das haben wir versucht, als wir uns im Novemberheft des vorigen Jahres mit den brasilianischen Präsidentschaftskandidaturen beschäftigten. Wir haben dort S. 963 erwähnt: „allmählich hat sich die Übung herausgebildet, daß das Präsidentenamt zwischen dem Vertreter von Minas Geraes, als dem an Bevölkerung bedeutendsten Staat, und dem von São Paulo, als dem wirtschaftswichtigsten Staat, wechselt. Washington Luiz, der gegenwärtige Präsident, war vor Übernahme der Würde des Bundespräsidenten Staatspräsident von São Paulo. Es ist begreiflich, daß Washington Luiz wünscht, daß seine Politik der politischen und finanziellen Stabilisierung, der Kaffeeverteidigung (diesen Teil der Politik hatten wir auch damals als verfehlt angesehen, indem wir ein paar Zeilen vorher bemerkten: „Brasilien müht sich sicherlich vergeblich um die Beseitigung der Wirtschaftskrise, so lange das Kaffeeverteidigungsinstitut seine Preispolitik beibehält“) und der Beamtenreform von einem seiner Anhänger fortgeführt werde. Es wird daher angenommen, daß er den jetzigen Staatspräsidenten von São Paulo, Julio Prestes, vorschlagen werde. Das widerspräche aber dem Brauch, die Präsidentenwürde an Minas Geraes für die kommende Periode übergehen zu lassen, das seinerseits seinen Staatspräsidenten Dr. Antonio Carlos präsentiert. Daneben wird aber als Kompromißvorschlag der Staatspräsident von Rio Grande do Sul, Dr. Getulio Vargas, genannt“. Damit war schon damals die mögliche Konfliktlage skizziert, die in dem Widerspiel von São Paulo, Minas Geraes und Rio Grande do Sul zu sehen war, von denen die beiden letzteren die beiden wichtigsten jetzigen Revolutionsherde geworden sind. Für die Schau aus der Ferne schien dieser Konflikt vermieden zu sein durch die verhältnismäßig ruhige Wahl von Julio Prestes, des paulistaner Staatspräsidenten, zum Bundespräsidenten, von dem zu erwarten war, daß er die in vieler Hinsicht glückliche Politik seines Vorgängers fortsetzte, daß er aber auch in Brasiliens Kaffeepolitik den Interessen São Paulos nahe stünde. Immerhin konnte die Bemerkung des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Getulio Vargas, für den sich die Staaten Rio Grande do Sul, Parahyba, Piahy und Ceara erklärt hatten (man vergleiche diese Zusammenordnung von Süden und Nordosten mit den jetzigen Revolutionsgebieten), er werde sich trotz seiner Wahlniederlage selbst zum Präsidenten machen, stutzig machen. Die Unruhen, von denen der brasilianische Nordosten in der Zwischenzeit nicht verschont geblieben war, schienen zwar nicht recht auf eine allgemeinere Bewegung zu deuten; sie dürften aber jetzt als Vorläufer derselben anzusehen sein.

Das Motiv der jetzigen Bewegung war sofort klar zu erkennen beim Ausbruch der Revolution in den ersten Oktobertagen in Rio Grande do Sul, die sich eindeutig gegen den neugewählten Präsidenten wandte, um ihn an der Übernahme der Bundespräsidentschaft am 15. November zu verhindern. So eindeutig sich das Motiv der Bewegung von vornherein offenbarte, und so auffällig der Eruptions-

herd mit dem Gebiet vermutlichen politischen Unwillens übereinstimmt, das die Diagnose vom vorigen November aufgezeigt hat, und das aber, wie wir schon vor Jahren ausgeführt haben, z. T. überhaupt zu den wichtigsten Bebenzonen Brasiliens gehört, so wenig kann man sich auf Grund der nach Europa gelangten Nachrichten ein sicheres Bild über den bisherigen Verlauf der Revolution machen. Das liegt z. T. an der mehr oder minder scharf gehandhabten Zensur. Zum noch wesentlicheren Teil liegt es aber an den eigenartig falschen Vorstellungen, die die meisten Nachrichtenvermittler von Brasilien haben, die weder die Größe des Landes noch die Verkehrsverhältnisse berücksichtigen. Sie lassen die revolutionären Einzelbewegungen sich gefahrdrohend auf die Bundeshauptstadt zusammenziehen und mißachten dabei riesige Zonen, wo es gar keine Kommunikationen gibt. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als sich aus ungleichwertigen Bruchstücken, richtigen und falschen Nachrichten, das Bild zu rekonstruieren und dabei Wert zu legen auf den Charakter des Ganzen und nicht auf oft sehr anfechtbare Einzelheiten.

Im Vergleich mit unserer Diagnose der Zonen des vermutlichen politischen Unwillens gegenüber der Wahl des Paulistaners zum Bundespräsidenten ist es typisch, daß sich zu dem ersten Revolutionsherd in Rio Grande do Sul sofort ein zweiter in Minas Geraes, in Santa Anna und Rio Preto, gesellt hat. Kurze erregte Mitteilungen wollen dann schon eine Ausdehnung auf den ganzen Süden, Minas Geraes und Rio de Janeiro, sehen. Nur São Paulo sei ruhig. Eins ist dabei richtig: ganz am Anfang hat sich das Widerspiel São Paulo einerseits, Rio Grande do Sul als der Repräsentant des Südens, und Minas Geraes andererseits eingestellt, von dem wir oben gesprochen haben. Allein für die Beurteilung der Einzelheiten muß man die Dinge mit brasilianischen Augen sehen, die sich an die riesige Weite des Raums gewöhnt haben. Am Ende meiner Reisen in Mittelbrasilien im Jahre 1923 faßte ich den Plan, auch dem brasilianischen Süden einen kursorischen Besuch abzustatten. Ich erinnere mich genau, von welchem Erstaunen ich damals erfaßt wurde, als mir ein Ratgeber von Rio de Janeiro nach São Paulo schrieb, ich werde vielleicht im Süden in meiner Reise behindert werden; denn dort sei ja Revolution. Ich hatte die sehr ernste Aufstandsbewegung im Süden vollständig vergessen, weil man in Mittelbrasilien von ihr außer den Truppenverschiebungen auf der Hauptstrecke von Rio über São Paulo nach dem Süden, die ich bis dahin nicht befahren hatte, nichts merkte. Revolution in Brasilien muß man sich unter keinen Umständen so vorstellen, als ob auch nur die Riesenweite des besiedelten Landes in hellem Aufruhr wäre. Es sind einzelne Punkte, einzelne Strecken, auf die sich alles konzentriert, was fern davon liegt, ist relativ oder absolut ruhig. Allerdings überall, wohin die Zeitung dringt und auf Menschen trifft, die des Lesens kundig sind, wo auch nur öfters mündlich übermittelte Nachrichten hinkommen, wird diese Bewegung ein starkes Für und Wider auslösen; denn der Brasilianer ist wie jeder Südländer ein politisch hochempfindlicher Mensch. Nur auf Punkte und Linien, in den besiedelteren Gebieten freilich wohl allmählich

auf eine Vielzahl von solchen, ist die Revolution beschränkt. Die Gesamtflächen der Staaten darf man sich dagegen nicht als von ihr ergriffen denken.

Verfolgt man die weiteren Nachrichten hinsichtlich der Ausbreitung der Bewegung, so treten in den nächsten Tagen als weitere Revolutionsherde der Nordosten und der Norden auf. Das sind zwei gegeneinander isolierte Gebiete. Von Para oder Belem nach Pernambuco — um die Orte zu nennen, von denen Unruhen berichtet werden — kann man nur in tagelanger Fahrt über das Meer kommen. Aber auch eine unmittelbare Einwirkung des Nordens und Nordostens auf die Mitte Brasiliens, die die Bundeshauptstadt trägt, ist bis heute noch ganz ausgeschlossen, da noch keine Bahn von Pernambuco nach Rio de Janeiro führt. Diese in der noch hochgradig unausgeglichene Kulturlandschaftsstruktur Brasiliens wurzelnden Tatsachen lassen die Vorstellungen als vollkommen abwegig erscheinen, daß das revolutionäre Gewitter sich fast allseitig, von Süden, dem Innern, dem Norden und dem Nordosten, auf Rio de Janeiro-São Paulo zusammenzöge, und daß die regierungstreuen Staaten vollkommen eingekreist seien. Räumlich eingekreist schon! Aber die Kreise sind stabile Zonen, die sich nicht zusammenzuschnüren vermögen. Es sind aber zugleich in der ganzen jüngeren Geschichte immer wieder von politischen Erschütterungen heimgesuchte Bebenzonen. Der Nordosten, das einstige Herzland der Kolonialzeit, ist der alte, in sich jedoch gar nicht einheitliche Widersacher der jüngeren Mitte. Bald erscheint hier Bahia, bald Pernambuco in einer gewissen, aber nicht allgemein anerkannten Führerstellung. Der Norden, Amazonien, fühlt sich dagegen als der von der Mitte Brasiliens nicht verstandene Raum, der dem Mittelbrasilianer in seiner Art und seiner faktischen Lage so fern liegt wie Skandinavien dem Italiener. Schließlich liegen auch Nachrichten vor aus Matto Grosso, dem wiederum ein eigenartiges Eigenleben führenden fernen Westen Mittelbrasiliens. Die richtige Vorstellung von der Gesamtbewegung ist die: in einzelnen isolierten Räumen, von denen nur Süden und Mitte in unmittelbare Verbindung treten können, — Matto Grosso spielt wegen seiner Menschenarmut daneben keinerlei Bedeutung — stehen Teile der brasilianischen Menschheit im Streite, der in dem Für und Wider die Bundesregierung seine Ursache hat. Die Kräfte dabei im einzelnen abschätzen zu wollen ist ganz unmöglich. Bei dieser Lage der einzelnen isolierten Kampfgebiete kann die Entscheidung des Kampfes nur in Mittel- und Südbrasilien fallen, die in engem Verkehrszusammenhang stehen. Immerhin muß man sich auch da klar machen, daß die Südstaaten durch einen einzigen Bahnstrang mit Mittelbrasilien, am unmittelbarsten mit São Paulo, verbunden sind, während allerdings die Staaten São Paulo, Minas Geraes und Rio de Janeiro schon durch ein relativ engmaschiges Bahnnetz miteinander verknüpft sind.

Die für den raschen Ablauf einer Bewegung doch nicht allzu große Verkehrsgunst, die sich mit einer nicht zu übersehenden Weiträumigkeit auch der Mitte und des Südens paart, hat diese Entscheidung bisher hinausgeschoben, trotzdem manche Zeitungen in ihrem engräumigen Denken immer wieder davon berichtet

haben. Darum ist eigentlich weiterhin nur über Einzelbewegungen zu berichten, aus denen man keine übergroßen Folgerungen ziehen darf. Natürlich hat man, das bundestreue São Paulo im Rücken, versucht, den Revolutionären aus dem Süden an der Grenze von Parana den Weg zu verlegen, das heißt, die einzige Bahnlinie von dort zu sperren. Wie sich darum z. B. eine Meldung die Aufspaltung der Aufständischen der Südstaaten in zwei Armeen vorstellt, von denen die eine São Paulo, die andere Rio de Janeiro angreifen soll, ohne São Paulo vorher zu erobern, ist geographisch unverständlich. Nur durch Minastruppen könnte ein Angriff auf Rio de Janeiro erfolgen. Allein mit einem Frontalangriff war zunächst gar nicht zu rechnen, da die einzelnen Mitteilungen deutlich zeigten, daß sich in der ersten Oktoberwoche die revolutionäre Bewegung in den einzelnen Staaten, die die Hauptrevolutionsherde bilden, selbst erst konsolidieren mußte, eine Tatsache, die völlig der oben geäußerten allgemeinen Meinung entspricht. So sind Porto Alegre, die Hauptstadt von Rio Grande do Sul, und Bello Horizonte, die Hauptstadt von Minas Geraes, ebenso Natal und Pernambuco erst damals in das Kraftfeld der Revolutionäre einbezogen worden. Die Bundesgarnisonen sind anscheinend da und dort unterlegen oder haben sich selbst der Bewegung angeschlossen, wie das aus Alegrete in Rio Grande do Sul berichtet wird. Auch ein Teil der Marine soll nicht bundestreu geblieben sein, was aber von anderer Seite wieder dementiert wird. Am Ende der ersten Oktoberwoche wird die Lage einigermaßen durch die Erklärung des Führers der Revolution, des Senators da Cunha, gekennzeichnet: „Unsere Bewegung in Rio Grande do Sul hat rasche Fortschritte gemacht. Sämtliche Städte und Garnisonen unterstützen uns. Die Staaten Piauhy, Ceara, Rio Grande do Norte, Parahyba, Pernambuco und Minas Geraes haben sich der Revolution, die überall erfolgreich gewesen ist, angeschlossen.“ Die Zahl der Aufständischen in Rio Grande do Sul soll sich auf 40 000 belaufen. Die der mobilisierten Bundestruppen wird aber auf 420 000 Mann (?) beziffert, von denen 120 000 gegen die Revolutionäre im Süden angesetzt sein sollen (?). In jenem Zeitpunkt schienen die revolutionären Vorposten des Sudens in Parana zu stehen, während gegen Minas Geraes Palmyra in den Händen der Bundestruppen war und ein Luftangriff auf Bello Horizonte erfolgte. Die Gerüchte der Besetzung von Campos und von Lorena im Parahybagraben sind unkontrollierbar, aber unglaublich. In der Mitte der zweiten Oktoberwoche werden die Nachrichten bedenklicher für die Sache der Bundesregierung: sämtliche Staaten, außer Rio de Janeiro, São Paulo und Bahia, würden von den Aufständischen kontrolliert. Allein über Erfolge und Mißerfolge der Aufständischen und der Bundestruppen widersprechen sich die Mitteilungen, je nach der Quelle, aus der sie stammen, so vielfältig, daß der weitere Verlauf der Bewegung abzuwarten ist, um auch über die zurückliegenden Tage einiges mit Sicherheit sagen zu können. Die Rekonstruktion des Zustandsbildes hat sich durch Nachrichten über geschlossene Kampfhandlungen gegen Mitte Oktober an der Grenze von São Paulo und Parana bestätigt. Auf welcher Seite der Sieg ist, ist nicht zu sagen.

Unstreitig handelt es sich im ganzen um sehr ernste und verhältnismäßig langwierige Vorgänge. Besonders im Vergleich mit den im letzten Heft betrachteten Revolutionen in Peru und Argentinien ist der brasilianischen ein ganz anderes Tempo eigen. Dort war es der Umsturz im Zentrum, der die Peripherie ganz von selbst nach sich zog. Hier dagegen handelt es sich um einen Kampf einer zudem in einzelne Sektoren aufgelösten Peripherie gegen das Zentrum. Die Entscheidung wird vermutlich davon abhängen, ob die bis jetzt bundesregierungstreuen Staaten auch weiterhin fest zur Zentralregierung halten oder selbst von der revolutionären Bewegung ergriffen werden. Das heißt, auch die Frage, die die Revolution in Brasilien aufgeworfen hat, wird in den größten Städten des Landes und ihrem Einflußkreis gelöst werden. Währungssturz bis zu einem Rekordtiefstand, eine Baisse aller brasilianischen Anleihen, Kaffeepreissturz waren bisher die wesentlichsten wirtschaftlichen Wirkungen.

Die Entscheidung ist inzwischen gefallen, und der Bericht mag an dieser Stelle, etwa zehn Tage nach seiner Niederschrift, ergänzt werden. Natürlich haben die Aufständischen im weiten Umkreis um die zunächst bundestreue Mitte keine Verbindungen untereinander zu knüpfen vermocht, um in fortschreitender Einkreisung das Zentrum zu erdrosseln. An der Peripherie haben auch weiterhin zwischen Aufständischen und Bundestruppen Gefechte stattgefunden, die aber für die schließliche Entwicklung von keiner weittragenden Bedeutung gewesen sind. Ein Bild über diese Kampfhandlungen zu gewinnen, ist infolge der widerspruchsvollen Berichte nach wie vor unmöglich. Wie wenig in der ganzen Zwischenzeit die Südfront vorgeschoben worden ist, lehrt eine Meldung aus dem Hauptquartier der Revolutionäre vom 22. Oktober, die besagt, daß der Einmarsch in den Staat São Paulo begonnen habe. Darum hat nicht die Eroberung von São Paulo und Rio de Janeiro, nicht der Sieg über die Bundestruppen, sondern der Ausbruch der Revolution in der Bundeshauptstadt am 24. Oktober (Meuterei der Garnison und Marine — Ultimatum, das Washington Luiz zum Rücktritt auffordert — Verhaftung und Internierung des Präsidenten? — Ausschreitungen in der Stadt — provisorische Regierung der Generale Baretto, Borba und Tulles) die Entscheidung gebracht.

Daß ein Land, das von einer solchen revolutionären Krise befallen ist, nicht gerade zu der Zeit als Ziel der Einwanderung empfohlen werden sollte, ist eigentlich selbstverständlich. Trotzdem erscheint in den gleichen ersten Oktobertagen in einer österreichischen Zeitung die Notiz, daß sich der Staat Rio de Janeiro bereit erklärt habe, sechzehn Landwirtefamilien auf Staatsländereien in klimatisch gesundem Gebiet in etwa 900—1000 m Meereshöhe anzusiedeln. Weitere Bedingungen für Auswanderung und Ansiedlung werden mitgeteilt, und Auswanderungslustige werden an das Wanderungsamt des Bundeskanzleramtes in Wien verwiesen. Der Zeitpunkt zu solcher Aufmunterung Auswanderungslustiger ist bestimmt verfehlt. Die Einwanderungsbehörden Brasiliens, das unstreitig im allgemeinen zahllose Zuwanderer brauchen kann, wären wohl selbst im Augen-

blick nicht übergücklich, wenn sie sich mit der Ansiedlungsfrage befassen müßten. Referent glaubt aber noch einen Einwand machen und darauf hinweisen zu müssen, daß sich im allgemeinen ein 900—1000 m hohes Gebiet im Küstenwaldgebirge Rio de Janeiros trotz der klimatischen Gunst erfahrungsgemäß nicht als Wanderziel für deutsche Bauern eignet. Er muß natürlich annehmen, daß das Wanderungsamt des Bundeskanzleramts sachkundig beraten ist, und daß darum das Kolonisationsgebiet keine Parallele abzugeben vermag zu den von ihm in dem jüngst erschienenen mittelbrasilianischen Reisewerk „Vom Itatiaya zum Paraguay“ (Leipzig, Karl W. Hiersemann, 1930) untersuchten Beispielen deutscher Siedlungen aus dem Staate Rio de Janeiro.

In Argentinien ist nach dem rasch vollzogenen Umsturz im allgemeinen Ruhe eingetreten. Eine Streikbewegung besagt nicht viel. In den ersten Oktobertagen sei Irigoyen noch in Haft gewesen; sein Gesuch, das Land verlassen zu dürfen, sei nicht genehmigt worden, da er sich der Bedingung nicht unterwerfen wollte, nicht eher wieder zurückzukehren, bis die Lage vollkommen geklärt und die Regierung gefestigt sei. Manche Beobachtungen lassen vermuten, daß sich das künftige Argentinien unionsfreundlicher zeigen wird als das Argentinien Irigoyens. Über die wirtschaftliche Seite der *Compañía de Salitre de Chile* orientiert ein Aufsatz im „Wirtschaftsdienst“ (H. 40). Der Außenhandel im ersten Halbjahr 1930 weist Unterbilanz auf. Salpeterausfuhr und Kupferexporte waren sehr schwach. Auch in Ekuador hat sich die innenpolitische Lage stark zugespitzt. Meldungen von einem Rücktritt Ayoras sind von anderen Nachrichten dementiert worden. Der Grund zur Regierungskrise wird in der Kakaomißernte gesehen, die durch Auftreten eines Parasiten bedingt worden sein soll. Präsident Enrique Olaya Herrera hat in seiner Botschaft über Kolumbiens Wirtschaftslage gesprochen. Der Aufschwungsperiode von 1923 bis 1928, die durch den Zustrom ausländischen Kapitals und die durch Brasiliens Kaffeepolitik gestützten Kaffeepreise bedingt war, hat einer Depression Platz gemacht. Budgetbereinigung und Anpassung des Bauprogramms an die Steuereinnahmen und die erhältlichen Anleihen, für die Kolumbien Bedürfnis hat, werden als Mittel zur Begegnung der Schwierigkeiten in Aussicht genommen. Dem Problem wirtschaftlicher Umstellung vom Kaffee auf die Erzeugung und den Export anderer Produkte, ferner dem der Industrialisierung weicht der Präsident aus. Hinsichtlich der Petroleumkonzession ist zu beobachten, daß der Kampf um Nationalisierung der Petroleumvorkommen, ganz wie in Mexiko, allmählich aufgegeben wird („Wirtschaftsdienst“ H. 40; über den Einfluß des Fremdkapitals und über öffentliche Bauten, besonders Verkehrswege, vgl. man H. 41). In Kuba, von wo wir im letzten Heft über Unruhen berichteten, ist eine Verschwörung gegen die Regierung und dieser nahestehende Personen aufgedeckt worden. Schon vorher hat Präsident Machado in einer Botschaft die teilweise Aufhebung der Verfassung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Friedens im Lande verlangt. Die Forderung ist vom Kongreß bewilligt worden. Auch Mexikos Wirtschaftslage wird nicht

übermäßig günstig beurteilt. Sie drückt sich sehr deutlich in einer Tendenz zur Ausfuhrminderung und zur Steigerung der Einfuhr aus. Der Ausfuhrrückgang wird vornehmlich durch den sinkenden Petroleumexport bestimmt. Gestiegen sind Kupfer-, Stahl-, Eisen- und Baumwollwareneinfuhr. Namentlich erfährt die Agrarpolitik Mexikos scharfe Kritik, die darauf zielt, in der Hauptsache auf Kosten des Großgrundbesitzes, aber auch durch organisatorische Maßnahmen den Kleinbauernstand zu heben. Von 1921 bis Mitte 1929 sollen 5,4 Mill. ha Großgrundbesitz (nach anderen Angaben 6,4 Mill. ha), also mehr als ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche, zerschlagen worden sein. Diese Agrarpolitik wird geradezu als der Ruin der mexikanischen Landwirtschaft bezeichnet. Es wird darum begrüßt, daß anscheinend schon eine Schwankung in der bisher verfolgten radikalen Leitlinie eingetreten und daß der neue Präsident, Ortiz Rubio, der Landaufteilung nicht mehr so freundlich gesinnt ist wie seine Vorgänger. Denn die Produktionssteigerung, die man von dem Kleinbesitz erwartete, ist nicht eingetreten, weil dieser sich mit der Erzeugung begnügt, die für die Deckung der eigenen Bedürfnisse ausreicht. Darum hofft man auf ein weiteres Abflauen der radikalen Maßnahmen. Denn sie haben in ihre Rechnung nicht die Mentalität des mexikanischen Kleinbauern eingesetzt, die sich zum Nachteil der Volkswirtschaft in einem äußerst geringen Wirtschaftswollen ausdrückt. In einem neuen, aufschlußreichen Buch über Mexiko: Adolf Reichwein, Mexiko erwacht. (Leipzig, Bibliographisches Institut, 1930) steht folgender die künftige Entwicklung streifender Satz: „Der Weg nach Panamerika führt über Washington. Es sind Zeichen da, daß der Weg endlich aus Vernunft beschritten wird. Mexiko hat eine Ära der Revolutionen vorläufig abgeschlossen und ist in eine Periode der Stabilisierung, des sozialliberalen Aufbaus eingetreten. Der Lehrer Calles hat den Weg dahin gebahnt, der Ingenieur Ortiz Rubio, seit kurzem sein Nachfolger und Präsident — nachdem Obregon bei seinem Amtsantritt erschossen wurde —, hat das Programm des Aufbaus vor sich und ein im wesentlichen beruhigtes Land hinter sich . . . Es scheint die Ingenieure haben das Wort: Hoover in USA., Rubio in Mexiko. Ob sie den Weg zur Zusammenarbeit finden werden?“

Auf dem Kongreß der amerikanischen Bankiers in Chikago hat Hoover über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und das Verhältnis der letzteren zu den Vereinigten Staaten gesprochen. Als den Hauptgrund hat er dabei die Überproduktion von Gummi, Kaffee, Weizen, Zucker, Baumwolle, Silber und Zink bezeichnet, die die ganze Welt beherrsche. Der spezielle Anlaß zur Krise in den Vereinigten Staaten sei die übermäßige Börsenspekulation des Jahres 1929 gewesen. Es sei aber falsch zu meinen, daß sich die Vereinigten Staaten nicht zu erholen vermöchten, bevor der allgemeine Krisenzustand geschwunden sei. An anderer Stelle, vor dem Jahreskonvent der amerikanischen Federation of Labour in Boston, spendete der Präsident der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern in der jetzigen Wirtschaftsdepression Lob. Auf der Tagung des Verbandes der amerikanischen Kriegsteilnehmer bezeichnete er endlich die

Anschauung als ganz unzutreffend, daß die Zunahme von Wohlstand, Handel und Kapital in den Vereinigten Staaten einen imperialistischen Geltungsdrang ausgelöst habe, der auf die Beherrschung fremder Völker abziele. Man könne der amerikanischen Gerechtigkeit vertrauen. Die Demokratie sei das echt amerikanische Prinzip. Wohl jede dieser Behauptungen fordert ein gewisses Maß von Kritik heraus. Am abwegigsten scheint aber immerhin Hoovers Auffassung von der Möglichkeit der Behebung der Wirtschaftsdepression zu sein, die gut in H. 39 des „Wirtschaftsdienstes“ analysiert ist. Der innige Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise ist viel bestimmender, als Hoover zugeben will. Dazu verhindern noch die vereinstaatlichen Hochschutzzölle einen internationalen Ausgleich. Im heutigen Weltwirtschaftsgeflecht fehlt entschieden seit langer Zeit ein Austausch zwischen Amerika und Europa im notwendigen Umfang, der den Absatz der amerikanischen Überschüsse in Europa erlaubte, anderweitig den Europäern durch Verkäufe nach Amerika die Mittel verschaffte, in jenem Maße von Amerika zu kaufen.

Der erwähnte amerikanische Bankierkongreß hat die soziale Frage in Amerika in charakteristischer Beleuchtung erscheinen lassen. Der Kongreß verurteilte eine staatliche Arbeitslosenunterstützung; dagegen wurde die Arbeitslosenfürsorge durch private Versicherungsunternehmungen befürwortet. Aus Chicago hört man von einem neuen Bankerott der Stadt. Der Kampf gegen das Alkoholverbot hat sich eine wichtige Position errungen: die Herstellung von Wein und Bier in Privathäusern zum Selbstgebrauch wird nicht als Verstoß gegen das Gesetz angesehen.

Kanada wird außer von den Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise (vgl. „Wirtschaftsdienst“ H. 38) von zwei außenpolitischen Fragen beschäftigt, die gleichfalls weltwirtschaftlich orientiert sind. Das in Vorbereitung befindliche Zollgesetz wird eine Antwort auf die vereinstaatlichen Hochschutzzölle sein und kann leicht den Zollkrieg mit der Union auslösen. Daneben hat aber vor allen Dingen die Stellung Kanadas zum Mutterland auf der Empire-Konferenz ihre Klärung erfahren. Sie hat sich von selbst ergeben aus der Erklärung des kanadischen Premier, der den Reichsfreihandel weder für wünschenswert noch für praktisch durchführbar erklärt hat. Nur Vorzugszölle sollen England gewährt werden. Diese Stellungnahme ist ein klares Bekenntnis zum Britischen Staatenbund, nicht aber zu einer britischen Reichseinheit.

(Abgeschlossen am 25. Oktober 1930.)

OTTO MAULL:

Erdumspannender Bericht II

Geopolitische Probleme in der Schule

2. Beispiel: Zur Geopolitik Ostasiens. In großartiger Synthese hat v. Richt-hofen die Geschichte Chinas gemustert, hat dabei den dauernden Wechsel im Chinesischen Reich zwischen riesigen Expansionen, Rückzug und Auflösung und

schließlich abermaliger Sammlung herausgearbeitet (der Lehrer der Geographie muß mit den großen Zügen der chinesischen Geschichte vertraut sein!) und mit den gesamtgeographischen Bedingungen verglichen. Er ist zu dem folgenden politischgeographischen Schluß gekommen: nach aller Expansion und ebenso nach aller Auflösung im Innern hat der chinesische Staat immer wieder im Bereich der 18 Provinzen ein einheitliches Reich gebildet. Daraus ergibt sich auch gegenüber dem heutigen Zustand folgende geopolitische Prognose: auch aus dem gegenwärtigen Wirrsal wird wieder ein China als geschlossener Staat hervorgehen, der, hineingestellt in die neue Zeit (aus dieser Aufgabe der Anpassung ist im Grunde die schwere Krise entstanden), seine Riesengrundlagen (Land und Volk; diese Grundlagen sind politischgeographisch zu analysieren) auswerten und in der Weltpolitik mitraten und taten wird.

Wenn man diesen Schluß immer gezogen hätte, so wären keine falschen geopolitischen Prognosen für Japan aufgestellt worden: man hätte dann nicht Japan als die Vormacht Ostasiens hingestellt. Das ist geschehen unter dem Eindruck der Augenblickserfolge des schwächtigen, den Einflüssen von außen leichter zugänglichen, darum früher im modernen Sinne entwickelten Inselreiches, dessen Vorsprung die Betrachter um so mehr getäuscht hat, weil sie sich nicht die Mühe gegeben haben, Japans geographische Grundlagen gegenüber China genau abzuwägen. Japan ist nur in beschränktem Sinne eine ostasiatische, in viel höherem Sinne eine pazifische Macht. Sein ihm adäquates Wirkungsfeld liegt im Pazifik und in dessen unmittelbaren Randgebieten. Seine Gravitationslinien leiten vornehmlich nach Insulinde.

3. Beispiel: Zur Geopolitik der europäischen Kolonialreiche. Eine Karte der europäischen Kolonien zeigt ein so großes Wirrwarr, daß dessen Genesis den meisten Kandidaten der Geographie — Referent vermutet auf Lebenszeit — ein unlösbares Rätsel bleibt. Und welche Regel von hoher Allgemeingültigkeit läßt sich daraus erkennen! Die Kolonien sind entstanden im Gefolge der Ausbreitung der atlantischen Mächte über die Erde, Spaniens und Portugals, Frankreichs und Hollands, Schwedens und Dänemarks — auch der frühen Ansätze deutscher Staaten ist zu gedenken —, Englands und endlich Deutschlands, das entsprechend seiner Rücklage verspätet auf dem Plan erschienen ist. Soweit beugt sich die Entwicklung der aufzustellenden Regel, von der lediglich Italien und Belgien eine Ausnahme machen. Italien ist die wirklich zu spät gekommene Macht, die zur Zeit der letzten großen kolonialen Expansion noch nicht über die Kraft zum Kolonienenerwerb verfügte und sich dann nur im engeren Raum Kolonialbesitz schaffen konnte. Der belgische Kongostaat ist als königlicher Privatbesitz erworben worden.

Das heutige Bild der Verteilung der Kolonien ist nicht durch friedliche Ausbreitung entstanden, sondern es ist das Resultat des Kampfes der Kolonialmächte miteinander. Das Motiv dieses Kampfes war nicht etwa die allmählich, tatsächlich aber doch erst sehr spät eintretende Raumenge, sondern es war die Forderung

der Alleinherrschaft über den Ozean, über das eine Weltmeer, eine Forderung, die jede Kolonialmacht stellte und stellen mußte, wenn sie ihren Streubesitz wirklich sichern wollte. In diesen Kämpfen sind die frühen großartigen Kolonialreiche bis auf Relikte (spanische, portugiesische, holländische, altfranzösische) zugrunde gegangen. (Aus diesen Zeugen wird der politischgeographische Unterricht mit Vorteil das historisch-geographische Bild einzelner Perioden rekonstruieren!) Als Überwinder aller früheren Phasen erscheint der gewaltige Bau des Britischen Weltreichs auf der Karte. Daneben hat sich in gewisser Parallelschaltung, die der Position des Mutterstaates neben England in Europa entspricht, ein neufranzösisches Kolonialreich gebildet. Die kleineren Kolonialgebiete lagern dagegen gleichsam in Pufferstellung; sie werden von den größeren Mächten geduldet und sind aus den heutigen Machtverhältnissen ihrer Mutterländer nicht zu verstehen. Weder Spanien, noch Portugal, noch Holland vermögen ihre Kolonien mit Erfolg zu verteidigen; und auch Frankreich steht in dieser Hinsicht vor einer unlösbaren Aufgabe. Selbst im Widerstreit mit Japan vermöchte es seinen asiatischen Besitz nicht zu erhalten. England allein war bis zum Weltkrieg der Beherrscher des Ozeans, und es hat auf Grund solcher Machtfülle schließlich über das vorläufige Schicksal der deutschen Kolonien entschieden. So weit reicht die politischgeographische Betrachtung. Die geopolitische Anwendung möge eine dreifache sein: 1. Weltmachtstellung, die sich auf Kolonialbesitz stützt, kann nur von einer Seemacht erlangt werden, die das Weltmeer beherrscht. Aus dieser Erkenntnis erwuchsen den Seemächtekonferenzen von Washington und Genf die fundamentalen Schwierigkeiten, die im Grunde natürlich auch durch die in London vereinbarte Angleichung von England und Amerika nicht überwunden worden sind. Immerhin bedeutet diese Vereinbarung einen Schritt vorwärts, von dem es nur fraglich ist, ob er durch die Entwicklung nicht wieder zurückgenommen wird. Denn die erkannte Regel wirkt weiter; sie beherrscht das Leben der großen Seemächte. 2. Für die kleineren Mächte ist Kolonialbesitz alter Art immer etwas Unsicheres, Geduldetes, nur durch die sich widerstreitenden Machtansprüche der größeren Gefestigtes. Die kleineren Mächte kommen nicht an der Frage vorbei, neue Formen der Bindungen für ihren Kolonialbesitz zu suchen. 3. Die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika hat einen Lösungsversuch des Kolonialproblems von Weltmachtausmaß gezeitigt und einen neuartigen Reichs- und Kolonialmachtstypus (Beschränkung der territorialen Ausbreitung; durch die Geldmacht versteiftes Handelsmachtgebäude) geschaffen, auf den in der Berichterstattung über Amerika oft genug hingewiesen worden ist.

4. Beispiel: Zur Geopolitik der großen Landmächte. Im Gegensatz zur weiten Streu der Besitzungen der Seemächte beschränken sich die Areale der reinen Landmächte auf geschlossene Flächen, und ihre Einflußsphäre umfaßt im allgemeinen nur die Länder des weiteren Umkreises. Die großen Landmächte haben darum im Vergleich zu ihrer Machtfülle immer nur in bescheidenem Maße Weltpolitik getrieben. Beispiele sind China, das Mongolenreich, Rußland, die in ihrer

Expansion, ihrer Machtfülle und ihrem Niedergang politischgeographisch zu betrachten sind. Ihr Leben erschöpfte sich im allgemeinen in dem Kampf um die Peripherie, um die Sicherung der Grenze. Das ist die politischgeographische Feststellung. Geopolitische Anwendung auf das Russische Reich: Die Sowjetunion wird sich nicht auf die Dauer als territorialpolitisch saturiert erweisen. Sie wird wieder den Kampf um die Grenzen aufnehmen (asiatische Grenzprobleme, Meerengenfrage, Polen, Baltikum), aber dem Bolschewismus als Staatsidee einer osteuropäisch-asiatischen Landmacht ist unbedingt eine Grenze gesetzt. Soweit ihm allerdings Menschheitsgedanken innewohnen, reicht sein Einfluß über die ganze Erde.

5. Beispiel: Zur Geopolitik des Zusammenbruchs Rußlands, Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reichs. Drei große Staaten sind in dem gewaltigen politischen Beben des Weltkriegs zusammengebrochen: das zaristische Rußland, die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie und das Osmanische Reich. Denn es waren der Staatsidee nach überalterte Staaten. Diese war als Fremdgedanken vom Orient über Europa verbreitet worden. Während aber im atlantischen Europa, ebenso in Mitteleuropa und Italien die politische Kultursynthese gefunden worden war und homogene Staaten entstanden waren, hatten sich im europäischen Osten (von der mitteleuropäisch-osteuropäischen Übergangszone an) Staaten reiner oder weitgehender Herrschaftssynthese erhalten. Völker und Landschaften, die einander innerlich fremd waren, waren zu Reichen zusammengefaßt. (Genaue geographische Analyse ist zu geben!) Der politischgeographische Schluß ist der: infolge der Heterogenität ihrer Teile, infolge des schlechten Zements (Herrschaftssynthese) der politischen Konglomerate sind jene Reiche untergegangen. Nur für den ehemaligen österreichisch-ungarischen Staatsraum möge die geopolitische Anwendung gegeben werden: 1. Jede Wiederkehr des Ganzen oder eines ähnlich konstruierten Teilraums leidet unter den gleichen, von keinem Staat auf die Dauer zu überwindenden Schwierigkeiten. 2. Auch eine in mancher Hinsicht empfehlenswerte Donaukonföderation, die freilich ein anderes Band des Zusammenhalts darstellte, müßte von den unüberbrückbaren Gegensätzen innerhalb ihres Verbandes aufs empfindlichste in Mitleidenchaft gezogen werden. 3. Vor allem zeigen aber die Nachfolgestaaten — Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien — Konstruktionsfehler von der Art, wie sie dem Bau der Doppelmonarchie eigen waren.

6. Beispiel: Zur Geopolitik des österreichischen Problems. Deutsche Großmachtbildung im Sinne des Einheitsstaats (im Gegensatz zum Staatenkonglomerat des alten Reiches) war erst möglich dank des Hinauswachsens deutscher Staaten, Brandenburg-Preußens und Österreichs, aus der westdeutschen Enge in die Weite des deutschen Ostens. Große Fremdgebiete wurden hier wie dort angegliedert. Sie haben den Dualismus der beiden Staaten verstärkt. Seitdem die Fremdgebiete verloren sind, besonders Österreich zurückgeschnitten ist, stellt sich dieses als ein Sonderstaat dar, der die südöstliche Grenzmark Mitteleuropas

umfaßt. Die geographische Analyse dieses Raumes im Verhältnis zu dem des Deutschen Reiches ergibt folgendes: Übereinstimmung im physischgeographischen Milieu (Alpen und Alpenvorland samt böjischen Randgebieten), Übereinstimmung im Volkstum, Verkehrseinheit mit dem südostwärts orientierten großen Verkehrstor Wien, das als binnenländischer Vermittler etwa mit dem ozeanischen Hamburg verglichen werden kann, weitgehende Ergänzung des Deutschen Reiches durch die Wirtschaftsartung Österreichs (durch Wasserkräfte und Bodenschätze, Alm- und Forstwirtschaft, auch Ackerbau; seit Jahrzehnten sind die Ostalpen die Erholungsgebiete für die Städter des Deutschen Reiches), Einheit der Nation (auch wenn gewisse Interessengruppen nichts von einer solchen wissen wollen), aber — mangelnde Staatseinheit. Österreich allein betrachtet, zeigt demgegenüber bedenkliche Schwäche: seine Bevölkerung sitzt an den Rändern des Staates (dort lediglich liegen die paar großen Städte). Im Inneren liegt ein volksarmer Raum. Die Bevölkerungsmasse seiner Hauptstadt steht im Mißverhältnis zu der des übrigen Österreichs. Seine Wirtschaftsstruktur gewährleistet ihm nicht die Selbstständigkeit, die der Schweiz eigen ist, weil sie von ganz anderer Art ist als die der Schweiz. Der innere Verkehrszusammenschluß ist unzulänglich. Die westlichen Staatenteile gravitieren verkehrsgeographisch nicht nach Wien. Österreichs Nachbarn sind mit Ausnahme der Schweiz und Liechtensteins alle volkreicher als Österreich selbst. Der politische Gesamtdruck ist daher übergroß. Das heutige Österreich ist ein von der Umwelt zwangsmäßig abhängiger Staat, ohne seinen Willen auf eigene Machtmittel stützen zu können. Aus dieser politisch-geographischen Analyse ergibt sich naturgemäß nur eine geopolitische Anwendung: Anschluß in der Richtung der vielfältigen Klammerwirkung an das Deutsche Reich bei selbstverständlich völliger Wahrung der österreichischen Eigenart, die im Laufe einer jahrhundertelangen Sonderentwicklung geworden ist (vgl. dazu des Referenten Aufsatz über „Die österreichische Frage. Eine Studie über Österreichs politisch-geographische Struktur und geopolitische Lage“. WSC-Nachrichten 1930. S. 193—203.)

Referent übergibt diesen Bericht, der das Kernproblem systematischer Geopolitik streift, der Öffentlichkeit. Über die Empfehlung der Geopolitik an die Schule steht selbstverständlich der Schule selbst das Recht zu, diese freundlich aufzunehmen oder abzulehnen. Ebenso muß es Referent hinsichtlich der Beispiele und ihrer Durchführung der Schule überlassen zu entscheiden, wieweit er, weil er sich nicht zu den Schulmännern zählen darf, „wie der Blinde von den Farben“ geredet hat.

COLIN ROSS:

Die Einschaltung des Irrationalen in die Rationalisierung

Dieser Aufsatz eines Deutschen, der ein Jahrzehnt hindurch wie kein zweiter die Welt in all ihren Teilen durchforschte, um sie zu erkennen, will nicht mit wissenschaftlichem Rüstzeug den großen Krisenerscheinungen der Menschheit zu Leibe gehen, will nicht Lösung und Ausweg weisen. Nein — wir stehen erst am Anfang der Erkenntnis. Und Colin Ross gibt in einem groß gesehenen und leidenschaftlichen Aufriß nur den Nenner, auf den die Gesamtheit der Zuckungen zurückzuführen ist, unter denen die Welt erbebt. Es ist eine harte und klare Erkenntnis, es sind harte und schmerzliche Folgerungen, die wir ziehen müssen. Zu ihnen rufen die folgenden Ausführungen auf; gerade die Geopolitik ist berufen, die Linien auszuzeichnen, die Flächen des Bildes zu füllen, dem wir die Seiten gern zur Verfügung stellen.

Der Herausgeber.

Die Überschrift scheint eine *contradictio in adiecto*, scheint nicht nur, sondern ist es auch. Aber dieser Widerspruch oder was uns ein solcher dünkt, ist nun einmal ein grundlegender, nicht ausschaltbarer Faktor des Lebensablaufes und Naturgeschehens. Noch unter der Tradition einer Epoche stehend, die alles für gut und vollkommen hielt, was natürlich war, scheuen wir uns bisher noch, die Natur ohne Maske zu sehen, und gehen über all ihre Widersprüche, Greuel und Grausamkeiten hinweg, nehmen sie als Leben und „natürlich“ hin, ohne uns groß darüber Gedanken zu machen.

Das Verhältnis des Menschen zur Natur, die Möglichkeit der bewußten willensmäßigen Beeinflussung dessen, was wir Natur des Menschen und Naturgesetze nennen, soll hier nicht zur Diskussion gestellt werden. Aber ich mußte diesen Punkt streifen, um das Thema zu umreißen, und das Thema ist, daß irgend etwas in der klaren Rechnung der Technisierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses nicht stimmt.

Die Rechnung schien so klar: man rationalisiert, man schafft die modernsten Anlagen, stellt die arbeitsparendsten Maschinen auf, man steigert und verbilligt die Produktion, und die Wirtschaft blüht.

Aber die Wirtschaft blüht ganz und gar nicht. Sie denkt gar nicht daran, weder bei uns noch sonstwo. Die Wirtschaftskrise ist der glatte Beweis, daß es sich doch um eine Gleichung mit mehr Unbekannten handelt, als man zuerst glaubte, und daß man imaginäre Faktoren in Rechnung stellen muß, die man zuerst ignorieren zu können glaubte.

Nimmt man die reinen Fakten: die ungeheuren Naturkräfte, die uns zur Verfügung stehen, die Menge billig produzierbarer Rohstoffe und Lebensmittel, den hohen Grad der Mechanisierung und Technisierung, die Überfülle an Waren, so ist es ein Unsinn, ein Widersinn, ein Rätsel, daß es heute der Menschheit, ganz generell gesprochen, so schlecht geht und vor allem, daß ihre seelische Verfassung

eine derartig gleichzeitig gedrückte und gereizte ist, daß es teils bereits zu schwersten Erschütterungen und Explosionen kam, teils solche allerorten zu befürchten sind.

Ich weiß natürlich all die Antworten, die mir der gelernte Wirtschaftler geben wird: daß es eben die Überfülle an Waren, die zu reichlichen und zu billigen Rohstoffe sind, die zu großen Vorräte und die überstarke Produktion, die den Markt verstopfen und die Krise schaffen. Ebenso weiß ich natürlich, welche Folgen die Ausschaltung Rußlands, die Revolution in China und der Boykott in Indien für die Weltwirtschaft haben.

Aber all dies ist keine befriedigende Erklärung. Daß dem so ist, erklärt noch nicht, warum auf der einen Seite Weizen und Kaffee verderben müssen, Seide und Wolle vernichtet werden, Schuh- und Kleiderfabriken feiern, während auf der anderen Seite Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen hungern und frieren.

Man mag der Ansicht sein, daß dieser Widersinn daher rührt, weil eben die Rationalisierung noch nicht genügend durchgeführt ist, weil vor allem in der Entwicklung von Technik und Wirtschaft eine allzu große Diskrepanz klappt. Die Technik ist durchgegangen wie ein wild gewordenes Pferd, und die Wirtschaft hinkt mit veralteten Methoden und Kalkulationen hinterher. Aber das alles ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist die falsche geistige Einstellung der Wirtschaftsführer, ihre Weigerung, die grundlegende Änderung des Weltmarktes zu erkennen und ihr Rechnung zu tragen. Und das ist auch der Grund, der den Geopolitiker berechtigt, heute in reinen Wirtschaftsfragen mitzureden.

Weder in Asien noch in Amerika ist eine entscheidende Wandlung des Marktes zu erwarten, sondern im Gegenteil eine sichere weitere Einschränkung der Absatzmöglichkeiten. Wann Afrika uns ähnliche Überraschungen bringen wird wie Asien, steht dahin. Sie werden noch eine Weile auf sich warten lassen, aber rechnen müssen wir mit ihnen.

Aus dieser Weltlage folgt die Notwendigkeit eines Bruchs mit den Produktions- und Absatzideen der Vorkriegszeit, ein Bruch vor allem mit dem Produktionswahnsinn, mit dem Ideal der großen Zahl.

Die Fabrikation hat sich umgestellt, aber sie hat sich vielfach in der verkehrten Weise umgestellt. Wir haben die großen Anlagen, wir haben den rationalisierten Fabrikations-Vorgang, aber wir haben keine Verwendung für die Überfülle der Erzeugnisse.

Das heißt meiner Ansicht nach nicht, daß die Rationalisierung falsch ist, sondern lediglich, daß man sich über ihre Konsequenzen nicht restlos klar war. Wenn man schon rationalisiert, so darf man nicht nur die Fabrikation rationalisieren und allenfalls die Verteilung, sondern man muß es mit dem gesamten Lebensprozeß tun. Und man muß sich erinnern, daß es schließlich noch das Irrationale gibt, das einem im ungelegensten Augenblick in die Quere kommt, wenn man glaubte, es völlig ignorieren zu können. Betrachten wir die heutige Wirtschaftslage, so muß man zu dem Schluß kommen, daß sich auf die Dauer nicht einmal Zündhölzer oder Email-Geschirr fabrizieren lassen, ohne den lieben Gott darum zu bemühen.

Das soll weder eine Gotteslästerung sein noch ein frivoler Witz, sondern lediglich eine prägnante Fassung der alten Erfahrungstatsache, daß es ohne das Metaphysische nicht geht, oder wenigstens nur eine Zeitlang. Die Göttin der Vernunft als Alleinherrscherin wurde bisher noch jedesmal in kürzester Zeit wieder vom Altar gestoßen. Ginge es mit der reinen Ratio, so müßte unsre Zeit die glücklichste sein, die es je gegeben. Allein die Menschen sind selbst da nicht restlos glücklich und zufrieden, wo sie unter Bedingungen leben, die zu früheren Zeiten unvorstellbar luxuriös waren. So sehr ich Herrn Ford bewundere, so kann ich mich doch nicht völlig seiner Ansicht anschließen, daß das vollkommene Glück auf Erden erreicht ist, sobald erst alle Menschen ihr eignes Auto haben. Damit soll beileibe nichts gegen das Auto gesagt werden. Gerade das Auto schließt von allen technischen Errungenschaften vielleicht die meisten und größten Glücksmöglichkeiten in sich. Aber es gilt nun einmal auch heute noch das Wort, „daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt“, auch wenn er dieses sein Brot auf dem Führersitz seines eignen Kabrioletts verzehrt.

Grade weil die Gefahr besteht, daß es zu einer geistigen Einstellung gegen das Technische kommt, daß man die Technik für die geistige Not der Zeit verantwortlich macht, ist es wichtig, sich rechtzeitig über ihre Rolle in unserm Leben klar zu werden, über ihre Funktion, ihre Möglichkeit und ihre Grenzen. Und vor allem muß man sich darüber klar sein — um es noch einmal zu sagen —, daß die Rationalisierung nicht bei der Technik stehenbleiben darf, bzw. daß man den Begriff der Technik weiter fassen muß. Es geht nicht, daß wir lediglich die Bedarfsdeckung aus den Händen der Natur in eigne Regie übernehmen und auf andern, viel wichtigeren Gebieten sie beliebig stümpern lassen, oder, was viel schlimmer ist, daß wir ihr hineinstümpern. Das heißt also: entweder sich vor der Natur beugen, ihr den Ablauf des Lebens des einzelnen mit der Gesamtheit überlassen oder aber den Gesamtkomplex entschlossen in die Hand nehmen. Wenn wir also die natürliche Zuchtwahl und Auslese stören, vor allem wenn wir die Natur verhindern, durch ihre brutalen, jedoch wirksamen Mittel der Seuchen und Hungersnöte das Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Nahrungsspielraum immer wieder von neuem herzustellen, so dürfen wir nicht nur den Absterbungsprozeß hinausschieben, sondern wir müssen auch Zeugung und Geburt kontrollieren. Das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten, aber erstaunlicherweise muß man sie immer wieder sagen. Und wir müssen evtl. noch weiter gehen, wir müssen den Mut haben, Leben, das nicht lebenswert oder nicht mehr lebenswert erscheint, zum Erlöschen zu bringen.

Das ist übrigens nicht einmal etwas Neues. Primitive Südseevölker haben bereits vor Jahrhunderten, vielleicht schon vor Jahrtausenden die Praxis befolgt, nicht nur die Geburtenzahl in Gleichklang mit dem Nahrungsspielraum zu halten, sondern sogar überfülliges Leben in den Tod zu schicken. Noch heute gilt es beispielsweise in Papua als höchst unfein und anstößig, bereits in den ersten Ehejahren Kinder in die Welt zu setzen.

Bei solchen viel tiefer gehenden Eingriffen in die Natur kommt man mit der reinen Ratio noch viel weniger aus, als wenn man lediglich Automobile auf die

billigste Art und Weise herstellt. Selbstverständlich ist jeder einschneidende Eingriff in die Natur ein Zauberlehrlings-Experiment, das nur gut gehen kann, wenn man über das Kabel zum Metaphysischen verfügt.

Dieses Kabel darf aber auch bei den scheinbar rein rationalen Funktionen der Technik und Wirtschaft nicht reißen. Letzten Endes funktioniert der Mensch auf die Dauer nur, wenn er von einer Idee belebt, genährt und angefeuert wird. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob er am laufenden Band steht oder auf dem Werkstattchemel hockt, ebenso wie es gleichgültig ist, ob diese Idee eine religiöse, eine rationale oder soziale ist.

Schließlich weiß jeder Betriebsleiter und jeder Wirtschaftler, daß ein zufriedener Arbeiter mehr leistet als ein unzufriedener. Es gibt ja auch eine ganze Wissenschaft, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Aber das ist es nicht eigentlich, was ich meine. Es handelt sich um die metaphysischen Bedürfnisse des europäisch-amerikanischen Menschen von heute.

Ich glaube, daß sich die materiellen Bedürfnisse der europäisch-amerikanischen Menschheit verhältnismäßig leicht befriedigen ließen, sobald erst einmal die Möglichkeiten der modernen Fabrikation und das Wesen der Bedarfsdeckung erkannt sind, sobald man sich klar ist, daß die Arbeitslosigkeit kein erschreckendes Naturereignis ist, sondern eine streng logische Folge eben dieses Produktionsprozesses. Dann wird man vom Bedarf ausgehen und auf ihn die Produktion abstellen, unter Berücksichtigung der vorhandenen Kräfte, wobei es sich allerdings als notwendig erweisen kann, die Arbeitszeit des einzelnen auf sechs, vier oder gar nur zwei Stunden täglich zu verringern.

Diese Arbeitsstreckung — in Verbindung mit der bereits durchgeführten Arbeitsteilung — bedingt jedoch eine berufliche Spaltung des heutigen Menschen, d. h. der einseitige Berufsmensch von heute muß gleichzeitig in mehreren Berufen stehen, schon um der Monotonie der rationalisierten Arbeit zu entrinnen. Außerdem kann man nicht zwei Stunden arbeiten und vierzehn Stunden spazierengehen, d. h. man kann es schon, aber man muß es erst lernen. Wenn die Menschen von heute es bereits könnten, wäre die Arbeitslosigkeit kein so gefährliches Problem. Doch die Mehrzahl der Menschen muß beschäftigt werden, da sie es selber nicht kann. Der alte militärische Grundsatz, den Soldaten keinen Augenblick unbeschäftigt zu lassen, hatte schon seine Berechtigung.

Bei einer solchen radikalen Kürzung der Arbeitszeit, wie sie sich als logische Konsequenz der rationalisierten Fabrikation in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise in Kürze als zwingend notwendig herausstellen wird, werden Spiel, Liebhabereien und Sport die durch den Beruf freigegebene Zeit nicht völlig ausfüllen können, ganz abgesehen davon, daß sich neben der streng rationalisierten Arbeit eine weitere als Arbeit anzuspreekende Tätigkeit nicht entbehren lassen wird, die dem Irrationalen Rechnung trägt. Durch die Abstellung der modernen Maschinenarbeit auf Rhythmus, Tempo, Rekord läßt sich ja den Bedürfnissen nach dem Irrationalen bis zu einem gewissen Grad Rechnung tragen, und in manchen Betrieben

ist das ja bereits mit Erfolg versucht. Aber auf die Dauer wird das kaum ausreichen. Die Schwierigkeit und der heutige Widersinn liegt darin, daß die Rationalisierung auf die Züchtung eines automatisch arbeitenden Maschinensklaven abzielt, während gleichzeitig Erziehung und Fortbildung der Masse, weitgehende politische Rechte und überhaupt der ganze Geist unsrer Zeit metaphysische Bedürfnisse in denen weckt, die durch den Produktionsprozeß zu einer mechanischen Tätigkeit verurteilt sind. Dadurch und durch die gleichzeitige Absetzung der Religion von ihrer früher maßgebenden Rolle wird ein metaphysisches Vakuum erzeugt.

Es soll nicht verkannt werden, welche gewaltige Rolle der Sport als metaphysischer Ersatz heute spielt. Ich sehe seine Bedeutung in der Gesellschaftsordnung von heute viel weniger in der durch ihn bedingten körperlichen Ertüchtigung als darin, daß er Millionen und aber Millionen Lebensinhalte gibt, die solche weder in der Berufsarbeit noch sonst in ihrem Leben finden würden. Aber es ist die Frage, ob der Sport allein auf die Dauer diese Funktion ausfüllen kann, und es ergibt sich die Frage, was an seine Stelle oder vielmehr neben ihn treten soll? Es wird immer wieder das Problem der Siedlung als die Lösung aus allen Schwierigkeiten angeführt. Man darf dabei aber nicht verkennen, daß der Mensch von heute ausgesprochen Großstädter ist und daß der Prozeß der Verstädterung sich über die ganze Erde, über alle Kontinente erstreckt. Der Mensch von heute will in der Stadt leben, was man ihm im übrigen nicht verdenken kann, und es wäre zum mindesten eine ganz interessante Statistik, wie viele von den begeisterten Lobrednern des Landlebens in Wirklichkeit auch auf dem Lande leben.

Mit der Anerkennung der Großstadt als der den heutigen Menschen gemäßen Lebensform will ich jedoch keineswegs den „Kontakt mit der Natur“ als irrationalen Faktor in seinem vollen Wert verkennen. Und wahrscheinlich wird eine spätere Zeit die Lösung in einer Kombination von Land- und Stadtleben finden, in der Einbeziehung des Landes in die Stadt. Die Schrebergärten und die Kleinsiedlungen in der Nähe der Großstädte sind ein Anfang, auf dem sich weiterbauen läßt. Bei dieser Siedlungstätigkeit darf man nicht verkennen, daß sie gleichzeitig einen nicht unwesentlichen Faktor für die Bedarfsdeckung darstellt. Es ist dabei gleichgültig, daß das selbst erzeugte Gemüse und Obst vom Standpunkt der Rationalisierung aus betrachtet so unwirtschaftlich wie möglich produziert wird. Wollte man es mit dem vollen Wert der dafür geleisteten Arbeit belasten, so wäre es unverkäuflich. Aber diese Arbeit stellt ja einen irrationalen Gegenwert gegenüber der reinen rationalisierten Berufsarbeit dar. Ich glaube, daß hierin — in dem Eingeschaltetsein des Irrationalen in den Arbeitsprozeß — der Schlüssel dafür liegt, daß auf der ganzen Erde noch überall mit Lust und Liebe Landwirtschaft getrieben wird, oder sagen wir lieber, daß es noch Bauern und Landwirte gibt, die ihre Arbeit mit keiner andern tauschen möchten, obgleich sie, gemessen an jeder industriellen Tätigkeit, mit einem ungewöhnlich niedrigen Nutzeffekt arbeiten.

Damit kommen wir an den eigentlichen Kern des Problems heran. Dies Problem ist, einmal die angefangene Rationalisierung und Technisierung, von der wir nicht

mehr zurück können, auch restlos durchzuführen, d. h. also nicht nur die Fabrikation, die Verteilung, die Wirtschaft zu rationalisieren, sondern unser gesamtes Leben. Dies auf die einfachste klarste Formel zu bringen, bedeutet allerdings eine radikale Umstellung unseres Verhältnisses zur Natur, bedeutet prinzipiell einen Generalangriff auf das, was wir Naturgesetze nennen. Das zweite ist die Erkenntnis, daß es mit dem reinen Rationalismus nicht geht, daß der Mensch wie der Kosmos, in dem er steht, eine irrationale Erscheinungsform ist und daß man diesen an sich unerklärten und vielleicht für uns überhaupt unerklärlichen und nie erklärbaren Widersprüchen Rechnung tragen muß, daß man mit andern Worten die irrationale Natur des Menschen und seine metaphysischen Bedürfnisse voll in Rechnung stellen muß.

Am besten wäre dafür das Auftauchen einer neuen Religion oder vielmehr: diese Umstellung des Menschen, dieser Sturmangriff auf das Paradies müßte zu einer solchen führen. Es ist ja etwas Ähnliches, was die Sowjets mit ihrem Fünf-Jahres-Plan versuchen. Hier geht ja auch einer der grandiosesten Rationalisierungsversuche der Weltgeschichte Hand in Hand mit einem fast religiösen Fanatismus, mit dem die Sowjetregierung ihre Arbeiter anfeuert, unter ungeheuren Anstrengungen, Entbehrungen und Schwierigkeiten ein grandioses wirtschaftliches Werk durchzuführen.

Im übrigen braucht es gar keine neue Religion. Die bisherigen täten es auch, vorausgesetzt, daß sie den Geist der Zeit, den man ja durchaus als gottgegebene Forderung erklären kann, erfassen und die Menschheit gläubig erfüllen. Es scheint ja auch, als ob die katholische Kirche, die immer eine starke Witterung für das Reale und Aktuelle hatte, hier auf dem richtigen Weg ist, zumindest sich nach ihm hintastet.

Jedenfalls: das Religionsbedürfnis ist da und manifestiert sich bereits, wenn auch in den verschiedensten, scheinbar widerspruchsvollsten Formen. Die nationale faschistische Bewegung ist zu einem großen Teil Religionsersatz, und so paradox es klingen mag: selbst in dem bolschewistischen Fanatismus gegen die bisherige Kirche steckt im Grunde ein Religionsbedürfnis.

All dies klingt heute im Zusammenhang mit reinen Wirtschaftsfragen noch ein wenig seltsam, vielleicht sogar ein wenig phantastisch und „unwissenschaftlich“. Aber man wird ja auch sehen, wie die Entwicklung weiterläuft, und zumindest kann man heute schon ausrufen: Achtung auf das Irrationale; es wird in unsrer Zeit der Sachlichkeit und Rationalisierung noch eine erhebliche Rolle spielen.

O. MOSSDORF:

Die deutsche Vorkriegspolitik in Ostasien

Wir bringen die für das Bedürfnis der Gegenwart stark rückschauende Entlastungsarbeit des bekannten Ostasienforschers, ohne uns in allem mit ihr einverstanden erklären zu können. Denn in großen weltgeschichtlichen Entscheidungen genügt für den leitenden Mann nicht die aufblitzende Erkenntnis des geopolitisch Richtigen in Randbemerkungen, sondern nur die Durchführung gegen sabotierende, doch immerhin nachgeordnete Ämter (A. A.; Holstein; Kiderlen) und rechtzeitige

Ausschaltung törichter Ausführungsorgane (Gutschmidt 1895). Auch scheint für die Entfremdung zu viel Schuld für das Zeigen der kalten Schulter in Berlin gegen würdige Annäherungsversuche von Osten her („Ist es nicht genug, wenn wir bis an die Türe des Westens kommen?“ I . . . , K . . . , K . . . , Y . . . !); („Es ist nicht Sache des Gen.-Kons. in Y, aktive auswärtige Politik zu treiben“ auf ein sehr ernsthaftes Rückversicherungsangebot!) vor die falsche Türe in Tokio gelegt. Wenn man dort 1912 die stark unterstrichene Option vollzog, hatte man doch von 1888 bis 1911 in Berlin die andere Möglichkeit offen gelassen, und noch bis in den Weltkrieg hörte eine weniger deutschfreundliche, als eben Japans Ostasienberuf und kontinentale Rückversicherung im Auge behaltende starke Partei mit ihren deutschfreundlichen Bestrebungen nicht auf. Auch Japans Politik war zwiespältig, wenn auch nicht bis zum Handeln unfähig zwiespältig wie die deutsche. Beweise dafür gibt es. Gerade die „Geopolitik“ hat die Vorstellung zu bekämpfen, als ob nun durch Öffnung einiger Aktenbündel die Wahrheit des Kräftespiels ermittelt sei, das die „heiligsten Güter Europas“ sowenig „gewahrt“ hat. Weder Angelsachsen noch Japaner schreiben, wie wir, alle arcana imperii in Akten; aber bekannt sind manche darum doch. Die vielbändige Aktenveröffentlichung in Mitteleuropa wirkt auf das heutige Kräftespiel weniger überzeugend oder gar „schiedsrichtend“, als viele glauben. Fest steht, daß wir viele Gelegenheiten des Zusammenspiels mit dem Fernen Osten gehabt und nicht genutzt haben, daß „Shimonoseki“ unglücklich durchgeführt wurde, und daß die unglückliche Knackfuß-Zeichnung — unzweifelhaft ein kulturpolitischer, kein rein religiöser Akt — schwer zu unseren Lasten ging — ohne bei den uneinigen christlichen Walküren den erhofften Nutzen zu bringen.

*Der Herausgeber für den indopazifischen Raum,
K. Haushofer.*

Shimonoseki. — Die „Gelbe Gefahr“. — Eine deutsch-chinesisch-amerikanische Entente? — Das Root-Takahira-Abkommen. — Kaiserliche Vertragspläne mit dem japanischen Reich. — Deutscheindliche Politik Japans. — Zusammenfassung.

Es erscheint an der Zeit, sich mit einem Gebiet der Vorkriegspolitik zu beschäftigen, über das in der deutschen Öffentlichkeit noch weitverbreitete Unklarheiten und falsche Auffassungen bestehen, das zudem in den Komplex der Kriegsschuldfrage übergreift und daher aus Gründen der deutschen Ehre eine Richtigstellung erfordert. Es handelt sich um Vorwürfe, die der kaiserlichen Politik in Ostasien gemacht werden; und zwar haben die Ankläger zwei Vorgänge im Auge: 1. den deutschen Einspruch an der Seite Rußlands und Frankreichs nach dem Frieden von Schimonoseki, der den chinesisch-japanischen Krieg von 1894/95 beendete, und 2. die sogenannte „Gelbe Gefahr“, symbolisiert durch das im Jahre 1895 im Auftrag des Deutschen Kaisers erschienene Bild des Malers Knackfuß mit der Unterschrift und der bekannten Schlagzeile Wilhelms II.: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!“

Zunächst Schimonoseki. Es kann davon abgesehen werden, den Verlauf der Ereignisse hier aufzuzeichnen, da in der „Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes“ („Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871

bis 1914“; 9. Band: „Der nahe und der ferne Osten“ in Kapitel LVII: „Der ‚Ostasiatische Dreibund‘ — Das Zusammenwirken von Deutschland, Rußland und Frankreich in Ostasien 1894—1895“) das gesamte Material vereinigt ist. Das kann um so eher geschehen, als wir schon vor Erscheinen der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes eine sehr eingehende Untersuchung des deutschen Schrittes in dem Standardwerk des Berliner Sinologen und Historikers Professor Dr. Otto Franke besaßen. Frankes Darstellung in seinem Buche: „Die Großmächte in Ostasien 1894—1914“ ist auf genauestem Studium der Akten des Auswärtigen Amtes aufgebaut, wobei dem Verfasser noch weit mehr Material zur Verfügung stand, als später in der Sammlung der Diplomatischen Akten zur Veröffentlichung gelangt ist.

Professor Franke urteilt auf Seite 86: „Sein (Deutschlands) mäßigender Einfluß vor und nach dem Einspruch ist auf japanischer Seite anerkannt worden. Wenn dies aber nicht in dem Maße geschehen ist, wie es hätte erwartet werden können, so lag die Ursache eben in der unglücklichen Art, wie der Einspruch technisch durchgeführt wurde. Die wohldurchdachte Weise, wie namentlich der Staatssekretär von Marschall und der Botschafter Graf Hatzfeld die ganze Aktion auffaßten, ist leider durch zwei der handelnden Personen, den Geheimrat von Holstein in Berlin und den Gesandten von Gutschmidt in Tokio, um einen großen Teil ihrer Wirkung gebracht worden . . .“ „Diese technische Durchführung ist es gewesen, die vielen Japanern die wahre Haltung Deutschlands verdeckt und die Erkenntnis gehindert hat, daß, wenn der Einspruch schon einmal stattfand, die Beteiligung Deutschlands daran für Japan von wesentlichem Vorteil war . . .“ „Trotz alledem kann von einem ‚bitteren Haß‘ Japans vor allem gegen Deutschland und einer ‚dauernden Feindschaft‘, die sich seit dem Einspruch von Schimonoseki erhalten habe, keinesfalls die Rede sein . . .“ „Man stößt immer wieder nur auf die völlige Unkenntnis von den deutschen Beweggründen und von der Bedeutung der deutschen Mitwirkung . . .“

Frankes Schlußurteil lautet: „Es kann mithin keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn der Einspruch einmal stattfand, Deutschland keine andere Wahl mehr blieb, als daran teilzunehmen.“

Zum zweiten die „Gelbe Gefahr“. Man muß sich zunächst vor Augen halten, daß die sogenannte „Gelbe Gefahr“, vor deren Herannahen die Völker Europas zur Abwehr aufgerufen werden, in dem Bilde des Malers Knackfuß als ein in den Wolken schwebender Buddha dargestellt ist. Es handelt sich daher um eine religiöse Darstellung, die nichts mit politischen, sondern mit kulturellen

Fragen etwas zu tun hat. Daß sich die Auffassung des Deutschen Kaisers in unseren Tagen mehr und mehr durchsetzt, dafür sollen zwei Beispiele aus dem englischen und französischen Lager als Beweise dienen. So erschien am 5. Oktober 1928 im englischen „Manchester Guardian“ ein Leitartikel mit der Überschrift: „China und die Mächte“, der mit den Worten schloß: „Von der Haltung der Mächte untereinander und ebenso sehr dieser Haltung gegenüber China in den kommenden schwierigen Tagen wird der Verlauf der chinesischen Geschichte in den allernächsten Jahren abhängen — ob der Weg des Friedens ein solcher fortdauernder, sich anpassender und entgegenkommender Zugeständnisse mit einem harmonischen Ende sein wird oder mit Intrigen und Krieg in einem Zustand endigen wird, wo die Gelbe Gefahr aufhören wird, ein Schreckgespenst zu sein und zur Tatsache werden wird.“

Andererseits veröffentlichte am 6. August 1928 Albert Sarraut, damals französischer Innenminister und früher mehrjähriger Generalgouverneur von Französisch-Indochina, im „Journal de Genève“ einen Aufsatz mit der Überschrift: „Der große Kampf der Rassen“, in dessen Eingangssatz ausgeführt war: „Man wird unser Jahrhundert möglicherweise das pazifische nennen, weil es die Auseinandersetzung zwischen der weißen Rasse und den farbigen Rassen an den Gestaden des Pazifischen Ozeans bringen wird.“ Die drohende Gefahr sieht Sarraut besonders in der starken Bevölkerungszunahme der farbigen Rassen. Daraufhin prägt er den Satz: „Hierin liegt der Kernpunkt der Gelben Gefahr, einer Gefahr, die zu schaffen die weiße Rasse selbst geholfen hat.“

Das sind zwei ernst zu nehmende Stimmen aus dem englischen und französischen Lager, die von der „Gelben Gefahr“ als von etwas unzweifelhaft Bestehendem sprechen und ihre Zukunftsgedanken darauf aufbauen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich in den beiden angezogenen Beispielen um rein politische Betrachtungsweisen handelt. Der einzige „Vorwurf“, der dem Deutschen Kaiser dann noch heute gemacht werden kann, ist der, daß er vor über dreißig Jahren schon eine Entwicklung hat heranreifen sehen, die unseren Zeitgenossen erst jetzt zum Bewußtsein kommt.

Wichtiger noch als diese Feststellungen erscheint eine Untersuchung der Politik des Deutschen Kaisers vor dem Kriege an Hand der vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Akten. In diesem Falle ist es angezeigt, die diplomatische Arbeit gegenüber China mit derjenigen gegenüber Japan zu verbinden. Daraus ergibt sich dann auch, daß das Bild von Knackfuß, wenn überhaupt, dann in allerletzter Linie politisch aufzufassen ist.

Wir nehmen zunächst den XXV. Band der Aktenpublikation und in diesem das CLXXXIV. Kapitel zur Hand, das die Überschrift trägt: „Eine Quadrupel-entente zwischen England, Rußland, Frankreich und Japan?“ Nach der Fußnote auf Seite 8546 hat der deutsche Botschafter in Japan am 16. Juni 1907 zum erstenmal die Frage aufgeworfen, ob es wünschenswert wäre, wenn Deutschland ein ähnliches Abkommen mit Japan eingehen würde wie Frankreich (und nach ihm Rußland). Als Anhang folgt zu diesem Kapitel der Teil „Eine deutsch-chinesisch-amerikanische Entente?“ Hier ist es der deutsche Gesandte in Peking, Graf Rex, der am 17. Oktober 1907 telegraphiert, daß der chinesische Staatsrat Anweisung erteilt hat, wegen eines Bündnisses mit Amerika und Deutschland zu sondieren. Eine Randbemerkung des Deutschen Kaisers lautet: „Ich bin sehr dafür.“ In einem Bericht vom 7. Dezember 1907 bezeichnet Graf Rex „als erstes erstrebenswertes Ziel“: „Der Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland, Amerika und China, der die Integrität des eigentlichen China sicherstellt.“ Die Randbemerkung des Kaisers lautet dazu: „Richtig! habe ich schon vor einem Jahr vorgeschlagen“, während der Kaiser an den Schluß des Berichtes setzt: „Ausgezeichnet! Ganz meine Anschauungen, die ich auch Yin-cheng gegenüber geäußert! Nicht nur Juan-chi-kai, sondern auch Yin-cheng hat diese Anfrage an uns veranlaßt. auf Grund der von mir direkt bei I. M. angeregten Entente mit uns! Das ist ein Jahr her, und wir haben bisher nichts darin getan! Jetzt aber wird gearbeitet werden! Sofort, subito!“

Ein eigenhändiger Brief des Kaisers an den Reichskanzler Fürsten von Bülow vom 30. Dezember 1907 schließt in derselben Frage mit den Worten: „Also ist hier ein großes Werk zu tun, vorwärts, überlegt ist lange genug! Der Worte sind genug gewechselt, jetzt lasset uns Taten sehen!“

Die Pläne des Kaisers wurden zerschlagen, weil infolge des zögernden Verhaltens der ausführenden deutschen Stellen der Vertrag nicht zustande kam. Amerika schloß vielmehr zur Überraschung Deutschlands ein Abkommen mit Japan vom 1. Januar 1908, das sogenannte Root-Takahira-Abkommen, das den Schlußakt der sogenannten Unverletzlichkeitsverträge darstellte.

Die kaiserliche Initiative, in ein besonderes Vertragsverhältnis mit dem japanischen Kaiserreich zu kommen, setzte im Sommer 1911 ein. Die Unterlagen dazu liefert der XXXII. Band der Dokumente des Auswärtigen Amtes. Hier kommt Kapitel CCLVI in Frage: „Die Abänderung des englisch-amerikanischen Bündnisvertrages, April bis Juni 1911.“ Der Kaiser schreibt unter dem

Eindruck des abgeschlossenen englisch-amerikanischen Schiedsvertrages unter dem 23. Juli 1911 an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: „... ob es sich nicht empfehlen würde, einen ähnlichen Schiedsvertrag mit Japan abzuschließen, der England im Falle eines Krieges mit uns der japanischen Hilfe berauben würde. — So sehr es mir sonst fern liegt, etwa ein Bündnis mit Japan abzuschließen, und so fest ich bei meiner Überzeugung bleibe, daß der Abschluß eines solchen für jede europäische Nation ein schwerer, sich früher oder später rächender Fehler sein müßte —, so würde ich zu dieser Konzession eines Schiedsvertrages im Interesse einer Korrektur der allgemeinen internationalen Beziehungen zu unseren Gunsten doch eventuell bereit sein.“

Das Wichtigste findet sich in Kapitel CCLX: „Das deutsch-japanische Verhältnis 1911—1914.“ Am 23. August 1912 schließt Graf Rex, nunmehr Botschafter in Tokio, einen Bericht an den Reichskanzler mit den Worten: „Deutschland kann mit der Wendung der Dinge hier zufrieden sein. Fürst Katsura wird, wenn irgend möglich, Anschluß an Deutschland suchen. Es ist an uns, die Situation in entsprechender Weise auszunutzen.“ Dazu bemerkt der Kaiser am Rand: „Richtig, wir haben schon angefangen.“ Am 14. September 1912 richtet der Kaiser ein Telegramm an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen, in dem es heißt: „Angesichts der anglo-gallischen Flottenumtriebe und der russisch-englischen Verbrüderung der beiden Flotten in Kopenhagen halte ich meine Absicht, die ich schon vor einem Jahr andeutete, für erwägenswert, mit Japan in eine Militärentente zu gelangen. Ich habe heute mit Seiner Exz. d. Reichskanzler über den Punkt gesprochen und ihm angedeutet, daß nach den Telegrammen von dort jetzt für uns eine günstige Gelegenheit ist, dort etwas zu machen. Sie werden morgen mittag mir darüber Vortrag halten...“

Aus diesem Schreiben ist ersichtlich, daß der Kaiser den Gedanken eines Schiedsabkommens bereits weiterentwickelt hatte und nunmehr eine Militärentente mit Japan verlangte.

Dazu macht der Herausgeber der Aktenstücke nachstehende Schlußbemerkung als Fußnote:

„Über den Vortrag, den Kiderlen am 15. September dem Kaiser über die Frage einer Militärentente mit Japan hielt, findet sich nichts bei den Akten. Man wird anzunehmen haben, daß der Staatssekretär von einem solchen Ententeangebot abriet, das angesichts des Bündnisses Japans mit England und seines nahen Vertragsverhältnisses mit Rußland, angesichts auch der nicht eben deutsch-freundlichen Haltung Japans schwerlich auf Annahme seitens

des letzteren rechnen konnte. In der Frage ist der Kaiser noch wiederholt auf den Gedanken eines Militärabkommens mit Japan zurückgekommen. So schrieb der Monarch unter eine Aufzeichnung Kiderlens vom 11. Oktober 1912 anläßlich seiner Unterredung mit dem russischen Außenminister Sasonow: „Die Russen haben ein schlechtes Gewissen und eine schlechte Partei, verkehrt engagiert. Jetzt Fühlungnahme (politisch) in London, (militärisch) in Tokio. Die Zeit ist günstig und nach Heinrichs wiederholten Meldungen der Boden dort sehr günstig.“ Ebenso hieß es in einer Aufzeichnung Wilhelms II. für Kiderlen vom Dezember 1912: „Wir müssen auch mit Japan ein solches Militärabkommen schließen.“

An den Schluß dieser Aneinanderreihung von Anweisungen des Kaisers setzt der Herausgeber der Akten den resignierten Satz: „Seitens des Staatssekretärs wurden solche Direktiven des Kaisers, nach dem völligen Schweigen der Akten zu schließen, völlig ignoriert.“

Diese, wenn auch negativ ausgehenden Auskünfte geben die Akten des Auswärtigen Amtes über die Politik des Deutschen Kaisers gegenüber Japan. Nach dem, was wir heute wissen, blickte sie weit in die Zukunft und hatte das sehr nützliche Ziel im Auge, mit Japan in sehr nahe Beziehungen zu treten, wie sie aus der Natur eines Militärbündnisses hervorgehen konnten. Daß es nicht dazu gekommen ist, trifft nicht den Kaiser, sondern die leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes, die es nicht einmal für angezeigt hielten, einleitende Schritte zu unternehmen. Sie waren ohne schlüssige Beweise von vornherein davon überzeugt, daß eine solche Politik keinen Erfolg haben würde. Der Versuch hätte trotzdem gemacht werden müssen, wenn wir heute auch aus den Aktenveröffentlichungen der Vereinigten Staaten wissen, daß im Jahre 1912 „durch die Vermittlung von Großbritannien vereinbart war, daß im Falle eines europäischen Krieges Japan mit Großbritannien und Rußland an den Feindseligkeiten gegen Deutschland im Pazifik teilnehmen sollte, wofür es die deutschen Rechte in Kiautschou erhalten sollte“. (Vgl. „Die Kriegsschuldfrage“, 6. Jahrgang, Nr. 9, September 1928: Otto Moßdorf: „Der Krieg im Fernen Osten“, Seite 864 ff.)

So sah also im Gegensatz zu den Absichten des Deutschen Kaisers die japanische Politik vor dem Kriege gegenüber Deutschland aus. Als weiterer Beweis für die deutschfeindliche Politik Japans vor dem Kriege können Raymond Poincarés Memoiren: „Der Ausbruch der Weltkatastrophe 1913/14“ herangezogen werden. Bei dem Besuch des Verfassers am Zarenhof am 21. Juli 1914

wurde auch Japans Rolle im künftigen Konflikt festgelegt. Poincaré sagt zwar nur, Baron Motono, „einer unserer zuverlässigsten Freunde“, hätte ihm nur den Wunsch ausgedrückt, „daß es (natürlich immer nur im Interesse des Friedens) zu einem öffentlich besiegelten Vierbunde zwischen Frankreich, Rußland, England und Japan kommen möge“. Aber Paléologue stellt in seinen Memoiren: „Am Zarenhof während des Weltkrieges“ über die Unterredung zwischen Poincaré und Motono ausdrücklich fest: „Die Unterredung ist kurz, aber nicht belanglos. In wenigen Worten ist das Prinzip des Beitritts Japans zur Tripelentente ausgesprochen und wirkungsvoll besiegelt worden.“

Das deutsche Volk hat bei Ausbruch des Weltkrieges nicht im entferntesten daran geglaubt, daß Japan auf die Seite der Gegner der Mittelmächte treten könnte. Man trug in Berlin die Japaner, wo sie sich sehen ließen, auf den Schultern und feierte sie, nichts ahnend, als künftige Bundesgenossen. Und doch mußten zum mindesten die beamteten Vertreter des japanischen Kaiserreichs wissen, auf welcher Seite sie in nicht zu ferner Zeit stehen würden. Wie soll man aber dem deutschen Volke einen Vorwurf machen, wenn selbst die politische Leitung im Auswärtigen Amt nicht über Japans Pläne unterrichtet war! Das ging ganz offensichtlich daraus hervor, daß man in der Wilhelmstraße die verschleierte Sturmtelogramme des Freiherrn v. Maltzan, der bei Kriegsausbruch an der Gesandtschaft in Peking tätig war, nicht verstand.

Wie anfangs ausgeführt wurde, greifen die angestellten Untersuchungen auch auf das Gebiet der Kriegsursachen und der Kriegsschuld über. Das Ergebnis kann nur sein, daß auch im Fernen Osten zunächst England dafür verantwortlich zu machen ist, wenn der Krieg in jene Gebiete übergriff, weil es für den russisch-japanischen Vertrag vom Jahre 1912 als Inspirator allein in Frage kommt. In zweiter Linie ist Japan, niemals aber Deutschland die Schuld zuzuweisen, daß es um das deutsche Pachtgebiet Kiautschou zum Zusammenstoß zwischen Deutschland und Japan kam, weil Japan seine Stellung im Falle eines europäischen Krieges durch den Vertrag von 1912 längst festgelegt hatte.

Wie sehr die falsche Auffassung über den deutschen Schritt bei Schimonoseki in politischen Kreisen Japans noch fest verwurzelt ist, dafür ist ein Aufsatz des jetzigen Außenministers Baron Shidehara ein Beispiel. Der Aufsatz erschien zunächst in der japanischen Zeitschrift „Nippon“ und wurde in englischer Sprache im „Peking Leader“ vom 12. Juli 1929 abgedruckt. Shidehara schrieb darin u. a.: „Als Ergebnis des Chinesisch-Japanischen Krieges von

1894/95 und infolge des Vertrages von Schimonoseki wurde die Halbinsel Liaotung von China an Japan abgetreten. China, das einerseits seine Unterschrift unter den Vertrag setzte, wandte sich andererseits zur Wiedergewinnung des verlorenen Gebietes an gewisse europäische Regierungen. Die Drei-Mächte-Intervention, wie der Vorfall allgemein genannt wird, zwang Japan, die Halbinsel Liaotung an China zurückzugeben. Das war ohne Zweifel eine diplomatische Intrige, ein schweres internationales Verbrechen. Deutschland und Rußland spielten die führende Rolle in diesem Komplott, aber es war China, das von ihrer Intervention Gebrauch machte. Letzten Endes jedoch — und zwar nicht lange danach — erntete China, was es gesät hatte. Auf Grund der russisch-chinesischen Geheimallianz gegen Japan vom Jahre 1896, von der man im Jahre 1922 zur Zeit der Konferenz von Washington erfuhr, sicherte China Rußland das Recht zu, durch die Provinzen Kirin und Heilungkiang eine Eisenbahn bis nach Wladiwostok zu bauen. In der Folge mußte China gleichfalls an Rußland die Pachtung von Dairen und Port Arthur zedieren und ebenso das Recht, eine Seitenlinie von Harbin nach Port Arthur zu bauen. Deutschland überließ China Kiaochow. Zehn Jahre später warfen wir die Russen aus der Südmandschurei heraus und zwanzig Jahre später verjagten wir die Deutschen aus Kiaochow. Machiavellismus ist nicht die beste Politik für eine Nation . . . Andererseits hat die Politik aggressiven Vorgehens und der „gepanzten Faust“, die in der Vergangenheit weitgehend angewendet wurde, ihre Wirksamkeit verloren infolge der Kraft einer fortschrittlichen öffentlichen Meinung“ . . .

Diese Äußerung des amtierenden Außenministers des japanischen Kaiserreiches zeigt zur Genüge, wie sehr weite japanische Kreise und Persönlichkeiten an einflußreicher Stelle an den alten, längst widerlegten Maximen festhalten. Es wäre zu hoffen, daß diese Kreise, durch unsere Untersuchungen und Feststellungen angeregt, sich der Mühe unterziehen würden, die Akten des Auswärtigen Amtes und Professor Frankes Richtigstellungen zur Berichtigung ihrer falschen Orientierung zu studieren. Damit würden die vielfachen Mißverständnisse, die den deutsch-japanischen Beziehungen aus jenen vergangenen Zeiten immer noch hindernd im Wege stehen, endlich beseitigt werden.

Man sollte sich in Japan an einen Ausspruch des verstorbenen Grafen Goto halten, den dieser als Oberbürgermeister von Tokio im Jahre 1920 über das Versailler Diktat getan hat. Er sagte: Unser klar erkanntes, auf moralischen Grundsätzen einer in das tiefste Volksbewußtsein gedungenen Religion be-

ruhendes Gefühl ließ uns immer am Schluß eines Krieges dem Feind entgegenkommen, um ihm vergessen zu machen, daß bitterste Feindschaft geherrscht hat, und ihm zu verdeutlichen, daß nun die Zeit der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Wiederaufbaues gekommen ist.

MAX FISCHER:

Judentum und Antisemitismus in der Sowjet-Union

In dem weißrussischen Dorfe Alexejewska hatten die Bauern auf Grund einer systematischen Progromhetze die von Juden bewohnten Häuser demoliert. Die Juden wandten sich hilfesuchend an den Vorsitzenden des Dorfsowjet. Er verweigerte ihnen seinen Beistand. Die Juden suchten darauf bei der Gendarmerie Schutz. Auch diese entschloß sich gleichfalls nicht, dem Leben und Eigentum der jüdischen Dorfbewohner ihre Hilfe angedeihen zu lassen. Dieser Vorfall wirft ein Schlaglicht auf das Anschwellen des russischen Antisemitismus und die mit der Selbstzersetzung des gegenwärtigen Regimes für die Juden im Sowjetstaat entstehenden Gefahren.

Die soziale Lage der Juden

Bekanntlich hat sich durch die russische Revolution die Lage der Juden weitgehender verändert, als die irgend einer anderen Bevölkerungsschicht. Die jüdischen Massen, die fast ausschließlich von Handwerk und Handel lebten, sind im Sowjetstaat durch die Verstaatlichung des Handels und die Schaffung staatlicher Industrietruste in ihrer wirtschaftlichen Existenz besonders schwer getroffen worden. Nur wenigen gelang es durch die „Neue ökonomische Politik“, den „N. E. P.“, zu ertragreichen händlerischen Transaktionen größeren Formates zu gelangen. Nur ein paar fanden als Sowjetbeamte und Fabrikarbeiter gewinnbringende Tätigkeit. Es werden zwar Mißgriffe des gegenwärtigen Systems von seinen Feinden hauptsächlich den verhaßten Juden zugeschoben; unter den Juden selber aber nehmen die Nutznießer des Bolschewismus nur einen bescheidenen Prozentsatz ein; der größere Teil ist durch die Herrschaft des bolschewistischen Systems materiell verelendet.

Andererseits hat die Revolution den Juden die ersehnte staatsbürgerliche Gleichberechtigung gebracht. Während früher die Juden, von einigen bevorzugten Ausnahmen abgesehen, lediglich in bestimmten Rayons leben durften, schenkte die Revolution ihnen die volle Freizügigkeit. Moskau, das vor dem

Kriege nur ein paar Hundert Juden beherbergte, zählt heute fast zweihunderttausend, Leningrad etwa achtzehntausend. In manchen Gegenden der Sowjet-Union, in denen Juden vor dem Kriege fast unbekannt waren, wie in Sibirien und in der Krim, sind nun zum erstenmal Juden in größerer Zahl erschienen. Ferner sind die Juden in Berufe eingerückt, in denen man sie bis dahin nur selten oder gar nicht gesehen hatte. Vor dem Kriege gab es jüdische Industriearbeiter nur in der Tabakindustrie; heute sind zahlreiche Juden in der Zuckerindustrie und in der Metallindustrie tätig; ebenso gibt es erst seit der Revolution jüdische Transportarbeiter. Das Eindringen der Juden in die Fabriken macht viel böses Blut und vielfach haben sich in den einzelnen Betrieben illegale Organisationen gebildet, die versuchen, die dort tätigen Juden durch Schikanen herauszuekeln und die Einstellung von weiteren Juden zu verhindern. Sehr viel Unwillen erregte ferner das Eindringen der Juden in die Beamtenschaft, die bis zur Revolution bekanntlich absolut judenfrei gewesen war. In den Sowjetbehörden sind heute hundertachtzigtausend Juden tätig.

Eine Quelle des Mißvergnügens für die bodenständige Bevölkerung ist ferner die von der Regierung mit großer Energie betriebene Ansiedlung der Juden auf dem flachen Lande, die Schaffung jüdischer Bauernkolonien, deren Ziel es ist, den arbeitslosen ehemaligen Händlern und Handwerkern in den jüdischen Stadtzentren einen Anstoß zu neuen Betätigungsmöglichkeiten zu geben. Die Zahl der jüdischen Dorfbewohner, die vor dem Kriege etwa fünfzehntausend betrug, ist heute auf über zweihunderttausend angewachsen. Wieviele von diesen Juden freilich wirklich von landwirtschaftlicher Arbeit leben und nicht im wesentlichen als Dorfhändler oder Dorfhandwerker tätig sind, ist nicht zu ermitteln. Jährlich werden etwa fünftausend weitere jüdische Familien teils mit staatlicher, teils mit privater Hilfe amerikanischer und deutscher Organisationen auf dem flachen Lande angesiedelt. Diese Judenkolonisation in der Sowjet-Union ist ein zweifelhafter Segen für die von ihnen Beglückten. Denn diese Kolonisation widerspricht der Grundauffassung der russischen Revolution, das Land solle denjenigen zur Bearbeitung zustehen, die bisher in der Landarbeit tätig waren. Nur durch ein besonderes Gesetz wurde es möglich, den heutigen jüdischen Dorfsiedlungen, die dem Grundgedanken der russischen Agrarverwaltung widersprechen, eine rechtliche Unterlage zu geben. Die neuen jüdischen Siedlungen haben daher nicht nur mit den Schwierigkeiten jeden landwirtschaftlichen Anfangs, nicht nur mit der langsamen psychologischen Umstellung der Landarbeit ungewohnter Menschen zu kämpfen, sondern auch mit der Feindseligkeit ihrer

Umwelt. Die Schaffung neuer jüdischer Siedlungen stößt in der Krim und in der Ukraine auf einen solchen Widerstand der Bevölkerung, daß man von einer weiteren Besiedlung dieser Gebiete absehen will und beschlossen hat, im schwach bevölkerten östlichen Sibirien, in Biro-Bidschan, den jüdischen Siedlern eine Zufluchtstätte zu gewähren, die sie vor politischen Kämpfen mit andersartigen Bevölkerungsschichten bewahrt. Jährlich sollen dort etwa sechstausend Familien ansässig gemacht werden. Nach Erreichung einer gewissen Bevölkerungsdichte soll dies neue jüdische Siedlungsgebiet als „Jüdische autonome sozialistische Sowjet-Republik“ ein förderativer Bestandteil Sowjetrußlands werden. Diese Siedlungen am fruchtbaren Amurstrom sind zugleich als ein Gegenschlag gegen die Palästinasiedlungen der Zionisten gedacht. Es wird freilich unendlich schwer für die aus den engen Ghattogassen ukrainischer und weißrussischer Städte kommenden jüdischen Siedler werden, in der weiten geschichtslosen Ebene des fernöstlichen Sibiriens so etwas wie ein neues Heimatsgefühl zu empfinden, während gerade die zionistische Siedlung im gelobten Lande aus den nationalen Erinnerungen einer jedem Juden seit Kindheitstagen vertrauten glorreichen Geschichte ihre stärksten ideellen Kräfte schöpft.

Das jüdische Volkstum

Der Sowjetstaat stellt sich nicht auf den Standpunkt der liberalen Demokratien Mittel- und Westeuropas, das Judentum sei lediglich eine Konfession; es betrachtet also seine jüdischen Staatsbürger keinesfalls als Russen jüdischen Glaubens, sondern, ebenso wie der polnische Staat, als „nationale Minderheit“. Die russische Auffassung kann sich dabei auf die Tatsache stützen, daß bei der letzten Volkszählung 73% der jüdischen Bevölkerung nicht Russisch, Ukrainisch oder Weißrussisch, sondern Jiddisch als ihre Muttersprache angegeben haben. Der Staat legt damit an die Juden dasselbe Kriterium der Nationalität an, das er auch den anderen Bevölkerungsgruppen gegenüber verwendet: die besondere Sprache gilt ihm als Erweis eines besonderen Volkstums und seines Rechts auf kulturelle Pflege. Der Sowjetstaat stellt sich von diesem Grundsatz aus, der das Jiddische als Sprache der jüdischen Massen und als Trägerin der jüdischen traditionellen Kultur betrachtet, in bewußt scharfen Gegensatz zu der angeblich „bourgeoisen“ Auffassung der Zionisten, die das Hebräische als Kultursprache eines nationalen freien Judentums pflegen, während Jiddisch nach ihrer Meinung nur ein im Ghetto angenommener deutscher Dialekt sei. Der Sowjetstaat geht jedenfalls über den Rahmen seiner sonstigen Nationalitäten-

politik hinaus, indem er einen aktiven Kampf gegen den hebräischen Unterricht und gegen die zionistische Ideenwelt führt, die nach seiner Behauptung zu nichts diene als zur Stärkung des britischen Imperialismus. Sogar die Organisation „Paole Zion“, die zionistischen Nationalismus mit kommunistischen Wirtschaftsidealen zu vereinen sucht, ist aufgelöst worden.

Eine Pflege der jüdischen Kultur ist hingegen dann in weitestem Maße möglich, wenn sie keine außerhalb der Sowjet-Union weisenden politischen Ziele verfolgt und sich des Jiddischen als Nationalsprache bedient. Überall in Gegenden mit starker jüdischer Bevölkerung hat der Staat jüdische Schulen errichtet; den Universitäten in Minsk, Moskau, Odessa und der Arbeiterfakultät in Leningrad hat er besondere jüdische Abteilungen angegliedert. Gegenden mit jüdischer Majorität haben auch eine Verwaltung in jiddischer Sprache. Es gibt in der Ukraine etwa einhundertvierzig, in Weißrussland etwa zwanzig jüdische Sowjets. Der Rayon Cherson in der Ukraine hat einen jüdischen Bezirkssovjet; die Schaffung zweier weiterer Rayons mit jüdischer Verwaltung ist geplant.

Die Juden des Sowjetstaates werden aber nicht nur in der Zivilverwaltung bei der Schaffung kultureller Institutionen berücksichtigt, sondern empfinden sich selbst in ihrer überwältigenden Mehrheit als Nationalität. Sie haben neben den Deutschen unter allen Völkern der Sowjet-Union die geringste Zahl der Analphabeten und stürzen sich mit unerhörtem Eifer auf alle ihnen gebotenen Bildungsmöglichkeiten. Sie haben in Moskau, Charkow und Minsk eigene jüdische Tageszeitungen, zahlreiche jüdische Zeitschriften und eine unübersehbare Buchliteratur; in Minsk sollen täglich dreitausend Bogen in jiddischer Sprache gedruckt werden. So schwankt die Einstellung der Juden zu den gegenwärtigen Machthabern der Sowjet-Union zwischen der Dankbarkeit für die empfangenen Rechte und Freiheiten und der Erbitterung weiter Kreise über die durch die Maßnahmen dieser Regierung veranlaßte Verarmung und Not. Was weite jüdische Kreise an die Sowjet-Union bindet, ist nicht so sehr Liebe zu dem heutigen System, als vielmehr das instinktive Gefühl, daß der Sturz der heutigen Regierung sich zunächst in Progromen gegen die Juden entfesseln würde, Progromen, vielleicht furchtbarer noch als jene der Vergangenheit.

Zwischen den Rädern der Politik

Der Jude ist tatsächlich im Sowjetstaat derjenige, der von beiden Seiten her leiden muß und gleichsam zwischen die Räder der Politik kommt. Denn obwohl, wie wir ausführten, gerade die Juden durch das neue Regierungssystem wirtschaftlich am

stärksten gelitten haben, so gelten sie infolge ihres großen zahlenmäßigen Anteils an der neuen Beamtenschaft als Exponenten des bolschewistischen Systems gerade bei denjenigen Schichten, die sich nur unwillig der Herrschaft der Sowjetregierung beugen. In der Ukraine hatte ich mehrfach Gelegenheit mit Bauern zu sprechen, denen die Begriffe „Bolschewik“ und „Jude“, „Atheist“ und „Jude“ absolut gleichbedeutend waren. Bolschewik und Atheist sind Begriffe, deren Kompliziertheit der einfältige Bauer kaum zu verstehen vermag; aber Jude ist für ihn eine anschauliche Vorstellung, und daß es dieselben Menschen seien, die vor zweitausend Jahren den Heiland ans Kreuz geschlagen haben und heute gegen Regierung und Kirche ankämpfen, erscheint ihm als sehr einleuchtend. Dabei kann sein Ressentiment anknüpfen an die alten Praktiken der Zarenzeit, in der jede innerpolitische Gefahr prompt mit Judenprogromen beantwortet worden ist. Sicher hat nicht jede antisemitische Ausschreitung, wie die Rechtsprechung des Sowjetgerichts es unterstellen möchte, antibolschewistische Antriebe; aber es ist dennoch richtig, daß antisemitische und antibolschewistische Strömungen vielfach miteinander verquickt sind, auch gerade deshalb, weil der typische Russe die durch den Bolschewismus ins Land hineingetragene Aktivität und Zielstrebigkeit als seiner fatalistischen Natur widerstrebend, als unrußisch und jüdisch empfindet.

Jedenfalls ist das Anwachsen der antisemischen Welle, die nicht nur in die Kreise der städtischen Industrie und der Beamtenschaft, sondern bis zu den Studenten der kommunistischen Hochschulen und den Organisationen der Arbeiterschaft vordringt, ein Zeichen für die zunehmende Schwäche der heutigen Machthaber und für das Anschwellen der Gegenströmungen. Denn für alle Bestrebungen gegen das heutige System ist die judenfeindliche Stimmung weitester Bevölkerungsschichten der Hebel, an dem an wichtigen Punkten angesetzt werden kann. Ein großer Teil der in der Ukraine und in Weißrußland illegal verbreiteten antisemitischen Flugblätter stammt ohne Zweifel aus Warschau und erstrebt die Ausschreitungen gegen die Juden offenbar nur als ersten Schritt zum Sturz des gegenwärtigen Systems und zur Neuorientierung der Ukraine und Weißrußlands nach dem Westen.

In kommunistischen Kreisen sucht man der anwachsenden antisemitischen Stellung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Doch sind im Auswärtigen Dienst und in den Wirtschaftsbehörden die vielfach im Ausland ausgebildeten Juden durch ihre an Westeuropa anlehrende Denkweise und ihre Fachkenntnisse dem Sowjetstaat schlechthin unentbehrlich. Indes ist man bestrebt, die

besonders repräsentativen Ämter nach Möglichkeit nicht durch Juden zu besetzen. Während es in den einzelnen föderativen Staaten noch eine Reihe jüdischer Volkskommissäre gibt, ist mit Leo Trotzki der letzte jüdische Volkskommissär der Unionregierung ausgeschieden. Ein politischer Sieg Trotzkis, dessen Anhängerschaft größtenteils aus jüdischer Intelligenz besteht, würde Wasser auf die Mühle der Antisemiten bedeutet haben. Nur eine zunehmende Entjudung und Konsolidierung der Regierung kann dem antisemitischen Gegner die Waffen aus der Hand schlagen. Ebenso könnte es ein Abebben der antisemitischen Welle erleichtern, wenn die Regierung deutlicher von der antireligiösen Bewegung abrückte, unter deren Wortführern auch Juden sind; gerade der unberufene Kampf jüdischer Agitatoren gegen die christliche Religion erleichtert den Feldzug der antisemitischen Provokateure.

I. SCHMIDT-WODDER:

Alnors Handbuch zur schleswigschen Frage) und das deutsch-nordische Verhältnis*

Vor mir liegt Dr. Karl Alnors „Handbuch zur schleswigschen Frage“, Bd. II, die schleswigsche Frage von 1914–1920 in 6 Lieferungen. Es ist das Mittelstück aus einem geplanten Gesamtwerk, das nach rückwärts und vorwärts noch seine Abrundung erhalten soll. Es ist ein resoluter Griff mitten hinein in die gewaltigen Ereignisse, welche die schleswigsche Frage in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Weltgeschehen zeigen.

Die beiden Brennpunkte des deutsch-nordischen Verhältnisses

Will ich die Bedeutung des Buches klarlegen, so muß ich von dem behandelten Stoff aus die Hauptfaktoren darstellen, die das deutsch-nordische Verhältnis bestimmen. Sie sind alle irgendwie mit Schleswig verknüpft, greifen aber vielfach darüber hinaus.

Man kann nicht sagen, daß die Epoche 1914–20 so abgeschlossen für den Geschichtsschreiber daliegt, daß seine Aufgabe, sine ira et studio an den Stoff heranzutreten, leicht zu erfüllen wäre. Alnor weiß das, will deshalb vor allem Material zur eigenen Urteilsbildung geben und erhebt nicht den Anspruch, den ungeheuren Stoff mit synthetischer Kraft gemeistert zu haben.

Was er aber bescheidenerweise nicht sagt, liegt doch zweifellos vor und gibt dem Buch seinen besonderen Wert: daß hier ein Mann schreibt, der an den Dingen stark beteiligt war und sich darum müht, die Fülle der Ereignisse, deren Zeuge er mit unserer Zeit war, zusammen zu sehen, die Linien zu erkennen, in denen sie

*) Verlag Wachholtz, Neumünster.

abliefern und die sich in die Zukunft hinein fortsetzen. Er hat ein Recht dazu wie die vielen anderen, die auch nicht abwarteten, bis die Dinge in größeren Abstand von uns rückten, sondern schon jetzt ihr Bild zu gestalten suchten. Er hat es mehr als die vielen, deren Beiträge zur neuesten Geschichte allzusehr das Bedürfnis ver-raten, ihren eigenen Anteil am Geschehen vor der Geschichte zu rechtfertigen.

In uns allen wecken die Ereignisse der letzten Jahrzehnte das Bewußtsein, daß ein Neues werden will. Wer das schon vor dem Weltkriege sah, der hat wohl die beste Eignung, etwas von diesen Linien aufzuzeigen, in denen sich das Neue vorbereitet. Alnor gehört zu diesen Männern. Das gibt dem Buche, nicht zum Schaden der Sache, ein gut Teil seines Gepräges auch neben der Fülle des Stoffs, die es bietet. Es ist eine selbstverständliche Folge dieses Umstandes, daß es ein vielfach umstrittenes Buch sein wird, aber ich meine nicht, daß das seinen Wert mindert.

Hat es aber Interesse für geopolitisch eingestellte Leser? Insofern doch wohl ohne weiteres, als Alnor sehr ausführlich auf das deutsch-nordische Verhältnis eingeht. Die erste Lieferung rollt sofort dies Thema auf, und die beiden nächsten sind von ihm beherrscht. — In diesem Rahmen sieht er Schleswig, vor allem Nord-schleswig; aber allerdings sieht er das Schicksalhafte Nordschleswigs nicht allein in den Raumverhältnissen, sondern noch stärker in den seelischen Beziehungen der Völker, die in diesem Raum sich berühren.

Welche Rolle spielen denn die räumlichen Verhältnisse? Nicht eigentlich, daß die Räume sich deutlich scheiden, die zum Interessengebiet des einen und des anderen Volkes gehören. Das macht die Frage Schleswig gerade so verwickelt, daß sich in denselben Raum zwei Völker hineingeschoben haben, und erklärt, warum vom Raum aus eine eindeutige Lösung nicht geschaffen werden kann, daß vielmehr hier seelische und geschichtliche Beziehungen entscheidende Bedeutung haben. Die Geopolitik wird sich ja aber nicht der Einsicht verschließen können, daß diese Faktoren bald mehr, bald weniger das Schicksal eines Landes bestimmen. Hier tun sie es in entscheidender Weise.

Räumlich gesehen, muß wohl gesagt werden, daß die entscheidende Stelle eben nicht in Schleswig liegt, sondern in den Meeresstraßen, die nicht etwa Deutschland und den skandinavischen Norden sondern Dänemark und die anderen skandina-vischen Reiche gegen einander abgrenzen und doch das Schicksal Deutschlands unmittelbar mitberühren. Dadurch entsteht das Doppelproblem, daß das deutsch-nordische Verhältnis zwei kritische Punkte hat, in Nordschleswig und in den Meeresstraßen, die an Dänemark vorbeiführen, und daß am ersten Punkt wesentlich volkpsychologische, am anderen außen-politische Fragen vorherrschen. Diese Gesichtspunkte drängen sich mir bei Alnors Darstellung auf.

Dänemark — „Fähre oder Landbrücke“

Der berühmte schwedische Historiker Kjellén hat 1915 in „Nya dagligt Alle-handa“ einen Aufsatz über „Danmarks politiske Problema“ geschrieben — aus-

föhrlich zitiert im Handbuch S. 229 —, wo er auf die Eigenart der Lage Dänemarks aufmerksam macht, die in der Linie Nord—Süd ihm die Eigenart einer Landbrücke gäbe, in der Linie Ost—West die einer Fähre. Er sieht darin bei dem zusammengeschrumpften Staatsbestand Dänemarks eine günstige Möglichkeit zu balancieren und so seine Unabhängigkeit zu erhalten. Augenblicklich überwiege offenbar die Neigung, sich nach Ost—West zu orientieren. Immerhin hat Dänemark bei einer einseitigen Orientierung damals nach Frankreich hin die üblen Erfahrungen von 1801 und 1807 gemacht, die ihm die Flotte und beinahe auch Kopenhagen gekostet hätten. Die Jahre unmittelbar vor dem Weltkrieg waren auch deutlich genug von einer Politik diktiert, die Neutralität wahren wollte, aber wenn es nicht mehr möglich war, den Rückhalt an Deutschland suchte. Darüber gibt Alnors Buch interessante Aufschlüsse, besonders über die Lütken-Moltkeschen Verhandlungen.

Jetzt liegen die Dinge wesentlich anders, weil weder der deutsche Süden noch der skandinavische Norden erhebliche Macht entfalten können; aber das verdient doch als das Bleibende festgehalten zu werden: die Linie Ost-West, die Fähranlage Dänemarks, um mit Kjellén zu sprechen, ist zugleich eine Bedrohung der Selbständigkeit des Nordens und eine Gefahr für Deutschland. In der Linie Süd-Nord liegt eine derartige Gefahr nicht, sondern das beiderseitige Interesse der eigenen Selbstbehauptung und Sicherheit. Die Linie Süd-Nord ist daran interessiert, daß eine Rivalität Ost-West nicht auf ihre Kosten ausgetragen wird. Es ist die Mitte, die ihre Ruhelage nicht gestört haben will. Für europäische Politik sollte dieser Gesichtspunkt maßgebend sein, wenn auch der Charakter der Doppellage Dänemarks bleibt, Fähre und Brücke, denn natürlich kann und wird die Fährstellung nicht aufgegeben werden. Ein interessanter Versuch, diese Ruhelage zu sichern, war das Nord- und Ostseeabkommen, das Deutschland auf der einen Seite mit England-Dänemark, auf der anderen Seite mit Rußland-Dänemark schloß. Alnor S. 66—87.

Man muß auch darauf seine Aufmerksamkeit lenken, daß der Norden sich erst in neuerer und neuester Zeit in 3 Teile getrennt hat. Dänemark verlor 1814 Norwegen an Schweden. 1905 treten Schweden und Norwegen frei auseinander. Das sieht auf den ersten Blick wie eine Schwächung des Nordens aus, braucht es aber nicht zu bleiben, wenn das bald nach diesen Lösungen einsetzende Bestreben, nun als drei freie Völker und Staaten wieder zusammenzutreten zu lebendigem Austausch aller geistigen und wirtschaftlichen Kräfte und womöglich auch zu gemeinsamem Handeln, Erfolg hat.

Wie in dieser Linie wohl allerhand erreicht, aber doch nichts Entscheidendes geschehen ist, füllt ein überaus fesselndes Kapitel in Alnors Handbuch S. 441 — 475. Man darf dem wohl hinzufügen, daß neuerdings die Stimmen sich wieder mehrten, die in dieser Linie weiter wollen, daß auch von politischer Seite kurz vor Neujahr 1930 Schritte in dieser Richtung versucht wurden. Dabei gibt es kaum einen politischen Kopf in Skandinavien, der einem solchen Zusammengehen ein anderes Ziel zu stecken wagte, als das der gemeinsamen Wahrung der Neutralität.

Das würde aber auch etwas bedeuten, wenn es von einem Selbstbewußtsein wie etwa bei der Schweiz getragen würde.

Die Rolle Schleswigs

In ganz eigenartiger Weise sind diese Bestrebungen mit dem Problem Schleswig verknüpft. Dänemark hat bis 64 und darüber hinaus dem Skandinavismus seinen Sinn und sein Ziel geben wollen in der Sicherung der skandinavischen Südgrenze, die man an der Eider oder am Danewirke sah. Daran scheiterte diese Bewegung aber, weil man namentlich in Schweden erkannte, daß diese Grenze national kein Recht hatte, und Dänemark verlor wegen seiner Halsstarrigkeit ganz Schleswig.

Neuerdings, seit dem Versailler Diktat, hat Dänemark wiederum und mit mehr Glück Skandinavien solidarisch für die neue Grenze haftbar zu machen versucht. Man scheint sich tatsächlich nicht mehr gegen eine solche Solidarität zu sträuben, die jetzt unbedenklicher und berechtigter erscheint als damals. Man hat in allerhand unverbindlichen Kundgebungen diese Solidarität zum Ausdruck gebracht, aber hat sich doch gehütet, ihr einen rechtsverbindlichen Ausdruck zu geben.

Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß man sich dazu verleiten läßt; man würde sich sonst in einen allzuscharfen Widerspruch zu den Anschauungen setzen, die man noch während des Weltkrieges vertrat, und würde aus dem Auge verlieren, daß der Angelpunkt des Skandinavismus nirgends anders liegen kann als beim dänisch-schwedischen Sund bzw. an den Meeresstraßen.

Bei den verschiedenen Friedensbemühungen, die von Stockholm ausgingen, hütete man sich durchweg, die Frage Nordschleswig überhaupt mit hineinzuziehen. Wenn man es aber tat, dann machte man von schwedischer Seite geltend, daß die Frage direkt zwischen Deutschland und Dänemark zu lösen sei, daß ihr Kern offenbar in der Gewährung kulturellen Selbstbestimmungsrechts an die dänische Bevölkerung läge, und daß, wenn eine Veränderung der Staatsgrenze sich nötig mache, diese erst nach einer Abstimmung nach kleinsten Verwaltungseinheiten (Gemeinden) bestimmt werden dürfe.

Man kann sich nicht gut vorstellen, daß diese gewichtigen Stimmen aus Schweden und zum Teil Norwegen auf die Dauer stumm gemacht sein sollten, nachdem Versailles doch deutlich genug demonstriert hat, wie hier nicht nur die rohe, sondern auch die hinterhältige Gewalt — Bruch des Vorfriedensvertrages — gesiegt hat. Inzwischen hat allerdings der Völkerbund mit seinem Siegel den neu geschaffenen chaotischen Zustand vorläufig sanktioniert, aber doch auch nicht mehr als vorläufig, und Skandinavien, das dem Völkerbund angehört und schon peinlich gemerkt hat, wie schwer die kleinen Mächte hier ihre Auffassung von Recht durchsetzen können, sollte sich wohl hüten, die eigene Stellung noch weiter zu schwächen, indem es jetzt nach Versailles in der Frage Nordschleswig laxeren Auffassungen nachgibt als während des Krieges.

Es ist Alnors Verdienst, daß er klar heraushebt, wie Dänemarks Neutralitätswille und der Wille zur Selbstbehauptung zusammenfallen, zwei Seiten derselben

Grundhaltung sind. Es ist auch durchaus überzeugend nachgewiesen, wie die neue Verbindung zwischen Nordsee und Ostsee durch den Kaiser-Wilhelm Kanal es Dänemark ermöglicht, diese Haltung erfolgreich zu behaupten.

Überaus interessant zur Beleuchtung der Plebiszitfrage sind auch die Darstellungen der Vorgänge beim Verkauf der dänisch-westindischen Inseln und die Entscheidung über die Aalandsinseln. Amerika wünschte nicht die Volksabstimmung auf den Inseln, und in Dänemark vertrat man von konservativer Seite die Ansicht, daß umgekehrt Dänemark abstimmen müßte, ob es die Inseln aus seinem Staat lösen wollte. Offiziell fand dann 1916 eine Abstimmung in Dänemark statt. (S. 362—399.) In der Frage der Aalandsinseln machte Finnland geltend, daß sie ihm gehörten in Anbetracht des geographischen und wirtschaftlichen Zusammenhangs dieser Inseln mit Finnland, ferner in Anbetracht gemeinschaftlichen geschichtlichen Schicksals und mit Rücksicht auf Finnlands strategische Bedürfnisse. Dagegen sei selbstverständlich kulturelle Autonomie zu gewähren. Der Völkerbund entscheidet dann zu Gunsten Finnlands und erklärt: „In internationalen Verträgen ist das Recht, über das nationale Territorium zu verfügen, ein wesentliches Attribut der Souveränität jedes Staates.“ 28. Okt. 1920. (Alnor S. 605/6). So sehr schwanken die Meinungen und Entscheidungen hinsichtlich der Anwendbarkeit des Plebiszitgedankens, während der Grundsatz, daß einer besonderen Volksgruppe innerhalb eines Staates kulturelle Autonomie zu gewähren sei, sich durchsetzt.

Die deutsche Vorkriegspolitik

Alnors Buch hat in Dänemark zunächst eine sehr ungnädige Aufnahme gefunden, ja, man hat höchst gereizt versucht, die historische Zuverlässigkeit in Frage zu stellen und Alnor zu einem verbohrten Chauvinisten zu stempeln, hat aber wenig Glück damit gehabt, schon weil zuerst Professor Scheel, nachher Professor Petersen und Landesbibliothekar Pauls die Herausgabe mit ihrem Namen decken, auch für Alnor öffentlich eingetreten sind.

Man hat umgekehrt allen Grund, hervorzuheben, daß Alnor peinlich bemüht gewesen ist, den dänischen Gesichtspunkten und der seelischen Stellungnahme des dänischen Volkes gerecht zu werden. Er gibt rund die Fehler deutscher Grenzpolitik zu, wie er sie bereits vor dem Weltkriege bekämpft hat — dafür bemerkenswert auch Alnors kl. Buch „Johannes Schmidt-Wodder“, im selben Verlag Wachholtz, Neumünster, 1929 erschienen. Er ehrt in ritterlicher Weise die im Kriege gefallenen Nordschleswiger. Er würdigt durchaus den dänischen Neutralitätswillen und die Maßnahmen, ihm Respekt zu schaffen, als eine Leistung, die sich gegen lebhafte Widerstände und viele Versuchungen zu wehren hatte. Er läßt dabei tief hineinschauen in einen Kampf der Geister und Leidenschaften, der neben dem gigantischen Waffenkampf hergeht. Clemenceau, Brandes, Archer und viele andere erscheinen auf den Plan. — An Deutschlands und des deutschen Volkes Haltung treten vor allem folgende Züge klar in Erscheinung. Die Grenzpolitik Preußens vor dem Kriege ist von falschen und undurchführbaren Prinzipien beherrscht, bringt nicht den nötigen Re-

spekt vor fremdem Volkstum auf und läßt sich zu sehr von dänischer Propaganda reizen. Sie folgt damit verhängnisvollen Prinzipien, die diese Zeit fast in allen Völkern und Staaten beherrschen, aber wie die Weltkonstellation ist, rechnet die Welt Preußen als Verbrechen an, was sie selbst viel rücksichtsloser betreibt. In Nordschleswig selbst entsteht unter den Deutschen eine Gegenbewegung, die zielbewußt diese verhängnisvolle Politik bekämpft. Während der Kriegsjahre ringt sich in leitenden Regierungskreisen die Überzeugung durch, daß nach dem Kriege ein grundsätzlich anderer Kurs einzuschlagen sei. Man müht sich, das schon während des Krieges zu praktizieren, sieht aber zunächst von entscheidenden Maßnahmen ab. Durchweg beschämend und verhängnisvoll ist bei diesen Vorgängen die Haltung deutscher Parlamentarier und die Vertrauensseligkeit, die sie dem als Volksführer bedeutenden, als Politiker ränkevollen parlamentarischen Vertreter der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs, H. P. Hanssen, entgegenbringt. In der auswärtigen Politik Dänemark gegenüber hat man dagegen eine gradlinige, verständige Politik verfolgt, die Dänemarks Neutralität und Selbstbehauptungswillen absolut respektiert und allmählich ein freundschaftliches Verhältnis erstrebt. Nord- und Ostseeabkommen, Moltke-Lütkensche Verhandlungen und Optantenvertrag, der mit der Außenpolitik zusammenhängt, bezeichnen hier die Hauptetappen. Nur wenn eigene Existenz bedroht war und Dänemark sich nicht mehr imstande fühlte, die eigene Neutralität zu wahren, war man entschlossen und mußte man es sein, an Dänemark die Frage zu stellen, ob Freund oder Feind, und dementsprechend zu handeln, und Dänemark wußte, daß man so fragen würde. Die Frage, die zu Beginn des Weltkrieges an Dänemark wirklich gestellt wurde, war dann nicht „Freund oder Feind?“ sondern die andere, die vorhergehen mußte: „Kannst und willst du deine Neutralität wirksam vertreten?“ unter Zugrundelegung ganz bestimmter Vorschläge. Die Antwort und Dänemarks weiteres Verhalten enthoben Deutschland der Notwendigkeit, die erste Frage zu stellen.

Die Weltlage und vor allem die europäische Lage hat sich seitdem grundlegend umgestaltet. Deutschland hat keine nennenswerten Machtmittel mehr, muß eine zurückhaltende Politik treiben, kann als Macht nicht entscheidend ins Weltgeschehen eingreifen. Was aber unbedingt bleibt und bleiben muß, ist der Wille zur Selbstbehauptung, und das kann im Norden nicht anders sein. Dieser Wille in Nord und Süd wird stets darüber wachen müssen, daß die Fährstraße, die durch Dänemark führt, nicht der Selbständigkeit und der Freiheit der Staaten zur Gefahr wird. Nicht auf dem Völkerbund, sondern auf dem Verantwortlichkeitsgefühl im skandinavischen Norden und deutschen Süden steht hier die Hoffnung.

Alnors Buch zwingt zu ernstlicher Vertiefung in eine für Deutschland nach verschiedenen Seiten hin wichtige Frage. Es ist eine Fundgrube für den, der ins innerste Gewebe der unmittelbar hinter uns liegenden Ereignisse sehen möchte und ein Musterbeispiel für die Zusammenhänge und das Wechselspiel von geopolitischen Interessen und volkpsychologischen Tendenzen, die überall in der Geschichte bald zusammengehen, bald sich kreuzen,

H. REICHARD:

*Geographie und Rechtsgeschichte I*Das Stadtrecht von Goslar als Beispiel geojuristischer
Zusammenhänge

Als die politische Geographie und darauf aufbauend die Geopolitik den Weg zu der Erkenntnis gebahnt hatten, daß die Geschichte eines Volkes eng mit dem Grund und Boden, auf dem es lebt, verbunden ist, da dämmerte es auch in den anderen Zweigen unserer Wissenschaft, daß sie durch die geographischen Gegebenheiten in einem nicht geringen Grade beeinflusst würden. Nur ganz allmählich verschaffte sich diese Auffassung genügend Geltung, um sie ernsthaft an Hand wissenschaftlicher Untersuchungen nachprüfen zu können. Man ist heute der Ansicht, daß jedes einzelne Gebiet unserer Wissenschaft seine geographische Begründung und Erklärung findet, wenn man erst einmal die neue Methode eingeführt hat. Es mag ganz dahingestellt bleiben, ob dieser Satz in seiner Allgemeinheit haltbar ist. Denn wir würden damit eine Behauptung aufstellen, die bisher noch niemand nachgeprüft hat, und die sich mangels genügender Vorarbeiten noch lange nicht bestätigen lassen wird.

So wollen wir uns für unsere Untersuchung auf ein Gebiet beschränken, in dem wir schon die ersten Ansätze zu einer Behandlung auf geographischer Grundlage sehen, und zwar auf das Gebiet der Rechtswissenschaft. Wenn man von den allerersten Versuchen absieht, wie Friedrichs von Thudichums Anregungen¹⁾, so bedeutet Mercks Aufsatz²⁾ eigentlich den Auftakt dazu, die künftige Forschung der Rechtswissenschaft auf geographisch-kartographische Grundlage zu stellen; darauf fußend, erhebt er die Forderung nach einer „geschichtlichen Rechtsgeographie“³⁾. Mehr von allgemeinen Gesichtspunkten sind die Werke von Eckert⁴⁾ und Thiessen⁵⁾ geleitet; grade letzterer ist es, der die geographische Methode auf alle Geisteswissenschaften für anwendbar erklärt.

Die Rechtswissenschaft ist trotz ihrer Stellung als Fachgebiet ein ausgedehntes Feld, und wir sind noch weit davon entfernt, Mercks Forderung erfüllt zu sehen. Dazu bedarf es umfangreicher und mühsamer Vorarbeiten, die erst Stück für Stück zusammengetragen werden müssen, bevor wir von einer „geographischen Rechtswissenschaft“ sprechen können. Um zum Ziele zu kommen, müssen wir erst einmal ganz beschränkte Einzelgebiete untersuchen und uns an ihnen für die neue Methode schulen, die uns die politische Wissenschaft beschert hat.

Das dankbarste Gebiet, an das wir mit unserem geographischen Rüstzeug herantreten können, ist zweifellos die Rechtsgeschichte. Wie wir von der politisch-geschichtlichen Geographie zur Geopolitik gekommen sind, so müssen wir erst über die rechtsgeschichtliche Geographie uns den Weg zur „Geojurisprudenz“ suchen. Erst wenn wir das Gewordene in seinem geschichtlichen Werdegange geographisch erforscht haben, werden wir fähig sein, das Gegenwärtige und Zukünftige nach dieser Richtung hin zu verstehen und die Zwangsläufigkeiten vorauszusehen, die dadurch notwendigerweise gegeben sind.

Allgemeines zur Geographie der mittelalterlichen, deutschen Stadtrechte

Verfasser hat in einer größeren Arbeit*) aus dem Gebiete der Rechtsgeschichte die mittelalterlichen deutschen Stadtrechte zum Gegenstande der Untersuchung gewählt. Er ist dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß die Ausbreitung der Stadtrechte nach ganz besonderen, hauptsächlich nach geographisch bestimmten Gesetzen vor sich gegangen sein muß und daß die Entwicklung der „Oberhöfe“ bzw. der Mutterstädte sich sicherlich geographisch erklären läßt. Das Ergebnis der Arbeit war, daß sie den Ausgangspunkt vollauf bestätigte. Natürlich dürfen wir, um nicht der Gefahr der Einseitigkeit zu verfallen, nicht übersehen, daß für die Ausbreitung eines Stadtrechts auch vielfach andere Gründe maßgebend waren, als gerade geographische. So wurde in vielen Städten, die von Haus aus nach Magdeburger Recht lebten, das magdeburgische Familiengüterrecht und das damit zusammenhängende Erbrecht ausgeschlossen, einmal, weil die meisten der flandrischen und niederländischen Kolonisten in dieser Beziehung an ihrem alten Rechte nicht rütteln wollten, zum andern, weil die flämisch-niederländische Gütergemeinschaft besser als das sächsisch-magdeburgische Geraderecht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der in Frage kommenden Städte anzuwenden war⁶⁾. Diese Erscheinung begegnet uns nicht selten. So bildeten Minden, das zu Dortmund, Hannover, das zu Dortmund und zum Teil zu Braunschweig gehörte⁷⁾, Hildesheim, das ein unabhängiges Stadtrecht hatte, Hameln und Münden bezüglich des ehelichen Güterrechts eine eigene Gruppe⁸⁾. Der Grund hierfür ist gleichfalls in völkischen Erscheinungen zu suchen. Diese Tatsache beweist uns, daß die angeführten Städte einen starken Kolonistenzustrom aus den gleichen Gebieten gehabt haben

*) Vgl. auch: „Die deutschen Stadtrechte des Mittelalters in ihrer geographischen, politischen und wirtschaftlichen Begründung“, Verlag Heymann, Berlin 1930.

müssen. Gerade in den Dingen des Familienrechts hat der deutsch-germanische tief eingewurzelte Familiensinn die geographischen und politischen Schranken durchbrochen. An diesem Punkte spüren wir bereits die Grenzen, die unserer Untersuchung gesetzt sind. Es gibt Dinge, die über alle wissenschaftliche Erklärung erhaben sind. Wir müssen sie als solche hinnehmen, ohne uns weitere Rechenschaft über sie ablegen zu können. Es sei aber noch ein entgegengesetztes Beispiel genannt. Als Memel gegründet wurde, beabsichtigte man der Stadt Dortmunder Recht zu geben, da in ihr eine große Anzahl von Dortmunder Einwanderern ansäßig war⁹⁾. Hier waren aber die geographischen Verhältnisse stärker als die völkischen Gesichtspunkte, und so ward Memel schließlich als Hansestadt mit Lübischem Rechte ausgestattet.

Die großen Züge, die der Entwicklung und Ausbreitung der verschiedenen Stadtrechtskreise zugrunde liegen, sind aber durchweg geographisch bestimmt, wie unten an einem besonders interessanten Beispiele dargetan werden soll. Bevor darauf eingegangen werden kann, müssen noch zwei Fragen untersucht werden, die für die Arbeit von grundlegender Bedeutung sind. Es muß zunächst einmal geprüft werden, wie außer den geographischen noch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auf die Ausbreitung der Stadtrechte gewirkt haben, und ferner bedarf es einer genauen Abgrenzung dessen, was im folgenden unter „Rechtskreisen“ verstanden werden soll.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch politische und wirtschaftliche Kräfte die Gestaltung der einzelnen Stadtrechtskreise beeinflußt haben. Auf den ersten Blick mag diese Feststellung den Glauben erwecken, als würde unser Ergebnis doch auf recht schwankendem, unsicherem Boden beruhen, wenn solch unberechenbare Kräfte wie Wirtschaft und Politik so bedeutungsvoll für die zu schildernde Entwicklung gewesen sind. Dabei müssen wir aber bedenken, daß diese beiden Mächte letzten Endes selbst wieder auf geographische Umstände und Bedingungen zurückzuführen sind; wir müssen uns vergegenwärtigen, daß die Geschichte des Rechts, der Wirtschaft und der Politik nach unserer heutigen wissenschaftlichen Überzeugung ihre letzte Wurzel im Grund und Boden hat, auf dem sie erwachsen ist, so daß wohl die rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Linien sich zu überschneiden vermögen, letzten Endes aber auf der gleichen Grundlage beruhen, nämlich der naturgegebenen Bodengestaltung des Mutterlandes. Im Verlauf unserer Untersuchung werden wir oft genug die Beobachtung machen, daß ein Rechtskreis sich über die politischen Grenzen seines eigentlichen Gebietes hinaus aus-

dehnt, oder daß innerhalb eines politischen Gebietes sich mehrere Rechtsmittelpunkte durchgesetzt haben. Daß sich die Grenzen eines Rechtskreises mit den politischen decken, gehörte damals zu den Seltenheiten. Hier berühren sich politisch-geschichtliche und rechtsgeschichtliche Geographie, oder Geopolitik und Geojurisprudenz.

Wir haben uns noch kurz mit dem Begriffe des „Rechtskreises“ auseinanderzusetzen. Die rechtsgeschichtliche Forschung macht einen Unterschied, ob eine Stadt mit dem Rechte einer anderen bewidmet war, wie Breslau das Recht von Magdeburg übernahm, oder ob eine Stadt eine andere nur als Oberhof anerkannte, im übrigen aber ein eigenes Stadtrecht entwickelte. Diese Unterscheidung ist für die vorliegende Untersuchung gefallen. Rein äußerlich besteht sie zweifellos, doch konnte ihr in einer Arbeit, die über die inneren Gründe von Rechtsercheinungen und deren Entwicklung Rechenschaft geben will, kein Gewicht beigelegt werden. Der Rechtsgeist, der von einem Zentrum ausging, beherrschte eine Stadt, die sein Recht übernommen hatte, genau so wie eine andere, die es nur als Oberhof anerkannte, oder eine dritte, die ihr Recht nur mittelbar von ihm empfangen hatte. Es sind deshalb „Rechtskreise“ unterschieden und nach dem entsprechenden Rechtsmittelpunkte benannt worden. Die Bezeichnung „Mutterrecht“ ist aber im folgenden als mißverständlich überhaupt ausgeschaltet worden.

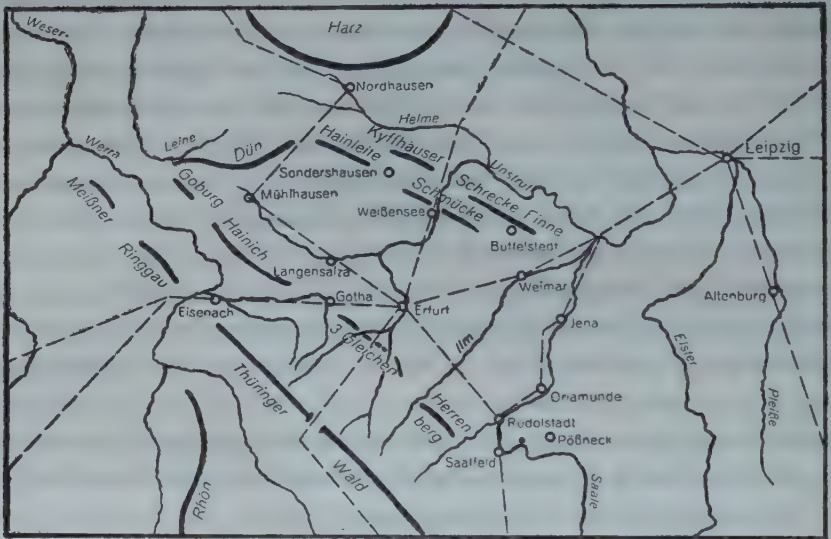
Nachdem wir davon ausgegangen waren, daß die geographischen Besonderheiten des deutschen Landes auch das Rechtsleben in seiner Entwicklung und seinen Eigentümlichkeiten mitbestimmt haben, soll an dem Beispiele des Goslarer Rechtskreises gezeigt werden, wie fruchtbar und aufschlußreich die neue Methode ist.

Geojuristische Folgen der Zersplitterung Thüringens

Thüringen wird vielfach für die geographische Kernlandschaft Deutschlands gehalten. Dieses Land hätte dann geschichtlich eine ganz andere Rolle spielen müssen, nicht nur politisch, sondern auch rechtlich. Wir werden sehen, warum dies nicht der Fall gewesen ist. Das Gebiet des Thüringer Stammes, das zur Frankenzeit im Osten von der Saale-Elster-Unstrutlinie begrenzt war, im Südwesten vom Thüringer Wald, hatte vor seiner Unterwerfung und Zerschlagung durch die Franken (531) eine bedeutende Machtstellung inne, ja es lag auf der Grenzwacht gegen die Slawen und schien eine große Aufgabe für den Vorstoß der deutschen Kultur nach Osten vor sich zu haben; es

reichte im Süden bis zur Donau, im Osten bis an die Elbe und im Norden bis fast an die Nordsee¹⁰⁾ — da kamen die Franken und zerschlugen alles. Das Ergebnis war ein kleines Rumpfgebiet ohne Zukunft; seit dann die Ernestiner in sinnloser Weise Teilung auf Teilung vornahmen, ist aus einer geschlossenen geographischen Landschaft ein Wirrwarr von politischen Gebieten geworden, bis der Umsturz von 1918 Manches wieder gutmachte.

Thüringens Zentrum ist das sog. „thüringer Becken“ (s. Karte 1), dessen innere Grenze im Osten die Ilm, im Norden die Gebirgszüge der Schmücke,



Hainleite und Dün, im Südwesten die Kette des Coburg, Hainich, Krahnberg, Seeburg, der drei Gleichen und der Rheinsberge bilden. Im Südwesten finden wir den Meißner, Ringgau und den Thüringerwald als Außenbollwerke vorgelagert, denen im Nordosten Kyffhäuser, Schrecke und Finne und im Osten die Saale entsprechen. Da wo die alten Handelswege über die natürlichen Pässe zusammenlaufen, liegt Erfurt, eine uralte Gründung, die bald ein bedeutender Umschlagplatz für den fränkisch-slawischen Handel wurde. Am Ausgange des Mittelalters führten nicht weniger als sechs große Handelswege durch Erfurt (vgl. die Karte 1), das somit zum Knotenpunkte der großen Straßen von Köln und Frankfurt über Leipzig nach dem Osten und von Hamburg nach Nürnberg und Augsburg geworden war¹¹⁾. So sollten wir Erfurt auch als einen Mittelpunkt im Rechtsleben des Mittelalters und der beginnenden

den Neuzeit erwarten. Dies hat aber eine Macht verhindert, die in kluger Erkenntnis der zentralen Lage Erfurts diese Stadt schon früh mit Beschlag belegte: die Kirche. Zwar mußte das von Bonifatius gegründete Bistum (741) bald wieder aufgegeben werden, weil man es zu sehr in das Kampfgebiet zwischen Germanen und Slawen gelegt hatte¹²); aber da die Kirche diese Stadt nicht aus den Händen geben wollte, wurde sie zu Mainz geschlagen. Der Erfolg war, daß Erfurt damit zum dauernden Zankapfel zwischen der Kirche und dem Landgrafen von Thüringen und den Wettinern als deren Nachfolgern wurde¹³), bis 1483 ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen der Stadt und den Wettinern zustande kam. Daß Erfurt bis dahin zwischen Mainz und Wettin stand, hat vielleicht das eine gute gehabt, daß es mit Rücksicht auf seine zentrale Lage eine selbständige Entwicklung nehmen konnte, die schließlich zur Gründung der Universität im Jahre 1378 führte. So hat sich Erfurt auch ein eigenes Stadtrecht geschaffen, die „Willkür der stat zu Erforte“ von 1306¹⁴).

Dem übrigen Land war aber der natürliche Mittelpunkt genommen. Der Schwerpunkt verlegte sich damit ganz von selbst an die Flanken. So ist es gekommen, daß Nordhausen im Norden am Passe zwischen Dün und Hainleite und Eisenach im Schutze der Wartburg zwischen Thüringerwald und Ringgau die Rolle Erfurts übernahmen und Jahrzehnte hindurch angesehene Oberhöfe gewesen sind. Eisenach, wo sich die großen Handelsstraßen Köln—Leipzig und Frankfurt—Leipzig trafen, wurde denn auch Oberhof für sämtliche Städte des Landgrafen von Thüringen¹⁵). Nordhausen andererseits liegt zentral in der Senke zwischen Harz, Hainleite und Kyffhäuser und war so bestimmt, eine wichtige Vermittlerrolle zu spielen, wie wir nachher sehen werden; es beherrschte die Wege nach dem Harz, die Straße nach dem Eichsfeld und nach Goslar; deshalb seine bedeutende Oberhofstellung¹⁶), die uns aber erst ganz verständlich wird, wenn wir den geistigen Mittelpunkt erklärt haben, dem Nordhausen sowie Eisenach angehörten.

Goslar als Rechtsmittelpunkt

Dieser Rechtsmittelpunkt, von dem die rechtliche Befruchtung Thüringens ausgegangen war, ist Goslar. Das überrascht zunächst, wo doch Goslar völlig außerhalb des Thüringer Beckens liegt. Wir werden aber sehen, wie das kam. Goslar verdankt seine Entstehung weniger strategisch-militärischen Gesichtspunkten als den Edelmetallfunden unter Otto dem Großen¹⁷). Doch hat sich

die Anlage militärisch bewährt und als Gegenpol zu Halberstadt durchgesetzt. Hier war seit 804 ein Bischofssitz entstanden; mit allen Mitteln versuchten die Bischöfe, ihren Sprengel auszudehnen, bis sie mit dem kaiserlichen Goslar in Konflikt gerieten. Dabei stand Halberstadt der Vorteil einer günstigeren geographischen Lage zur Seite. Von hier liefen die Straßen nach Magdeburg, das selbst geistlich war, nach Braunschweig und nach Halle, aber auch nach dem Rhein, und dieser Weg führte über Goslar. Doch dank Goslars Reichtum durch den Silberbergbau und seiner Stellung gegenüber Halberstadt hat die Stadt sich behaupten können und wurde von Heinrich III. zur Residenz gemacht. Auf das tragische Schicksal Goslars als des Anlasses des Kampfes zwischen Friedrich Barbarossa und Heinrich dem Löwen braucht hier nicht näher eingegangen zu werden¹⁸⁾. Später ist Goslar Reichsstadt geworden, doch war die Glanzzeit bereits vorübergegangen.

Literaturverzeichnis

- ¹⁾ F. v. Thudichum, historisch-statistische Grundkarten (1892) im Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichte und Altertumsvereins 1900, S. 66 ff., 170 ff. — ²⁾ Merck, Wege und Ziele der geschichtlichen Rechtsgeographie. — ³⁾ Gegen diesen Ausdruck wendet sich M. Langhans-Ratzburg in der Zeitschr. f. Geop. 28, Heft 1 und ersetzt ihn durch „geographische Rechtswissenschaft“, m. E. zu Recht. — ⁴⁾ Eckert, die Kartenwissenschaft, 1925. — ⁵⁾ Thiessen, Eingrenzung der Geographie, in Petermanns geogr. Mitteilungen 1927, S. 1—9. — ⁶⁾ Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 654. — ⁷⁾ Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen I, S. 545. — ⁸⁾ Schröder, a. a. O., S. 659, Anm. 44. — ⁹⁾ Stobbe, a. a. O., S. 543, Anm. 56; Voigt, Preußische Geschichte III, S. 73. — ¹⁰⁾ Putzger, Historischer Atlas S. 50. — ¹¹⁾ Putzger, Historischer Schulatlas 1929, S. 76, 77. — ¹²⁾ A. v. Hoffmann, Das deutsche Land und die deutsche Geschichte 1923, S. 126, 127. — ¹³⁾ v. Hoffmann, a. a. O., S. 159. — ¹⁴⁾ Gengler, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters S. 107. — ¹⁵⁾ Stobbe, a. a. O., S. 546. — ¹⁶⁾ Schröder, a. a. O., S. 658. — ¹⁷⁾ v. Hoffmann, a. a. O., S. 211. — ¹⁸⁾ v. Hoffmann, a. a. O., S. 216.

(Fortsetzung in Heft 12.)

WILHELM GROTKOPP:
Der Hawley-Smoot Zolltarif
Schutzzoll und Prosperität

„In vier Fünftel der Zeit seit der Präsidentschaft Washingtons haben die Regierungen der USA. eine Hochschutzzollpolitik geführt. Während dieser Zeit haben wir eine Prosperität erlebt, wie sie die Geschichte für kein Land berichtet, eine Prosperität, die allen anderen Ländern als ein Wunder und ein Vorbild gilt. Ohne Zweifel befinden wir uns augenblicklich in einer gewissen finanziellen Depression, die auf Ursachen zurückzuführen ist, die ich hier nicht erörtern will, die auch nicht hierher gehören. Aber ich stelle hier die Behauptung auf, und ich bitte die Herren Senatoren, sich später auf diese Behauptung zu berufen, daß wir spätestens 30 Tage nach Annahme dieses Zolltarifes finanziell und wirtschaftlich einen Aufschwung erleben und daß wir in Amerika innerhalb eines Jahres den alten Stand der Prosperität wieder erreicht haben werden.“ Mit diesen in ihrem prophetischen Teil bisher durch die Wirklichkeit allerdings keineswegs bestätigten Worten schloß der Senator Watson am 13. Juni 1930, als im Senat mit 44 zu 42 Stimmen der Hawley-Smoot Zolltarif angenommen und sein Inkrafttreten somit gesichert wurde, seine Rede zur Begründung dieses Zolltarifes.

Diese Worte lassen deutlich erkennen, warum sich wiederum in den USA. für einen ausgesprochenen Hochschutzzolltarif, obgleich doch weltwirtschaftliche Momente eher einen Abbau als eine Erhöhung der bestehenden Sätze als notwendig erscheinen lassen, eine Mehrheit fand. Der Aufschwung Amerikas ist verbunden mit seiner insbesondere seit 1860 geführten Hochschutzzollpolitik. In wieweit ein kausales Verhältnis zwischen diesen beiden Momenten besteht, ist exakt schwer zu beantworten. Aber ein berechtigter Kern liegt einer dahingehenden Behauptung zugrunde. Es stand um 1860 der amerikanischen Wirtschaft ein Markt in einer Größe und vor allem mit einer Entwicklungsmöglichkeit zur Verfügung wie keinem anderen Lande. Ist es erstaunlich, daß die Amerikaner diesen Markt ihrer eigenen Landwirtschaft und ihrer eigenen Industrie reserviert haben wollten, daß ferner, durch Zölle gegen auswärtige Konkurrenz geschützt, auf der Basis der bestehenden Produktionsvoraussetzungen und der Nachfrage sehr schnell hier eine Industrie entstand, die heute vielleicht die konkurrenzfähigste der Welt ist? Und zwar konnten auf diesem Markt wie auf keinem anderen nationalen die Gedanken der Arbeitsteilung, der Auswahl des natürlichen Standortes verwirklicht werden. Wenn

auch durch diese Hochschutzzollpolitik die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung aufs empfindlichste gestört wurde, innerhalb dieses großen Marktes wurde der Gedanke der Arbeitsteilung verwirklicht, z. B., was meistens in seiner Bedeutung zu wenig gewürdigt wird, die Landwirtschaft des Ostens der des Westens, die Industrie von Philadelphia der von Pittsburg weitgehend geopfert, damit zumindestens innerhalb der USA. die Waren dort hergestellt werden, wo die günstigsten Standortverhältnisse bestehen. So hat sich die amerikanische Landwirtschaft, die amerikanische Industrie und vor allem der amerikanische Markt entwickelt, ein Markt, der bei weitem der kaufkräftigste ist. Beträgt doch der Inlandsabsatz in den USA. pro Kopf der Bevölkerung 2865 RM. während von den europäischen Ländern Großbritannien mit einem Satz von 1062 RM. an der Spitze steht, Deutschland nach den Niederlanden mit 864 an dritter Stelle folgt. Der amerikanische Export macht dagegen nur 7 % der heimischen Produktion aus, während die deutsche Exportquote 20, die englische 25 %, die anderer Länder sogar mehr als 50 % beträgt. Dieser Markt mit den gewaltigen Absatzmöglichkeiten ist geworden zur Zeit einer Hochschutzzollpolitik. Für die Amerikaner besteht nicht nur für die Vergangenheit ein kausales Verhältnis zwischen diesen beiden Momenten, sie halten auch für die Zukunft eine Hochschutzzollpolitik für notwendig, um der heimischen Wirtschaft diesen kaufkräftigen Markt im vollen Umfange zu erhalten.

Für den Durchschnittsamerikaner besagt es noch nichts, daß doch immerhin eine in der jetzigen Wirtschaftskrisis besonders deutlich zum Ausdruck kommende Änderung der weltwirtschaftlichen Stellung der USA. eingetreten ist, daß heute die amerikanische Industrie und die Landwirtschaft unter anderen Bedingungen arbeiten, für sie eine Schutzzollpolitik nicht mehr ein Segen zu sein braucht, sondern sehr leicht eine Belastung werden kann. Einige Kreise beobachten diese Änderung, wie die Finanzwelt und die Exportindustrie, wie Young, Morgan, Sloan und Ford, wie vor allem die Kreise der Wissenschaft, die an Hand der Zahlungsbilanz das Anormale, das Ungesunde der weltwirtschaftlichen Situation der USA. ersehen. Wir haben an dieser Stelle im Oktober- und im Novemberheft des vorigen Jahres die Zahlungsbilanz einer genauen Analyse unterzogen, nachgewiesen, wie anormal die heutige weltwirtschaftliche Stellung der USA. ist, die auf dem Wege des Kapitalexportes ihren Warenexport finanzieren, die die Zinsen für das investierte Kapital in den fremden Ländern neu investieren müssen, weil sie eben durch ihre Zollpolitik die Zahlung in Form des Warenimportes nicht zulassen und weil die Zahlung in Form von Touristenausgaben nicht ausreichend ist. Die Kreise der Wissenschaft und der internationalen Finanzwelt fordern deswegen ja auch eine gewisse Revision der amerikanischen Schutzzollpolitik, wollen den amerikanischen Markt bis zu einem gewissen Grade für Waren anderer Länder öffnen, aber sie stehen mit ihren Protesten allein auf weiter Flur, sind heute noch einflußlos, werden allerdings im Laufe der Zeit an Einfluß gewinnen.

Der Durchschnittsamerikaner würdigt diese Stellungnahme der internationalen Finanzwelt unter einem anderen Gesichtspunkt. Er erinnert sich, daß vor dem

Kriege die amerikanische Nähmaschinenindustrie sich in anderen Ländern niederließ, weil zollpolitische Verhältnisse einen Export dorthin unmöglich machten, daß dann von diesen Filialfabriken aus Nähmaschinen nach den USA. exportiert werden konnten, weil in den anderen Ländern mit niedrigeren Lohnkosten gearbeitet werden konnte, daß schließlich Zölle gegen diese Nähmaschinen eingeführt werden mußten. Dasselbe befürchten sie heute für die Automobilindustrie und für andere Zweige. Watson befaßte sich in seiner oben zitierten Rede mit dieser Frage, führte dabei u. a. folgendes aus: „Nachdem die großen Automobilproduzenten zu Reichtum gekommen sind, benutzen sie den in diesem Lande erworbenen Reichtum, um in anderen Ländern Fabriken zu errichten, wo die Arbeiter mit Löhnen abgefunden werden können, die sich auf ein Viertel bis auf die Hälfte der amerikanischen belaufen. Sie verlangen Freihandel für diese Artikel, damit sie auf unserem Markte mit den Produkten aus ihren ausländischen Fabriken konkurrieren können. Sie wollen also den Reichtum, den sie in den Vereinigten Staaten erworben haben, dazu benutzen, um die Bedingungen zu beseitigen, die den Erwerb des Reichtums ermöglichten.“ Eine eigenartige Erklärung der freihändlerischen Einstellung eines Ford, aber eine Deutung, der eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt. In Amerika, dessen Bevölkerung internationale Bindungen und Verpflichtungen wie auch weltwirtschaftliche Vorteile nie hoch eingeschätzt hat, dessen Bevölkerung immer stolz war, von den Ereignissen der Außenwelt unberührt bleiben zu können, wird sich eine Argumentation international eingestellter Kreise zugunsten einer freihändlerischen Politik zur Zeit noch gegen die freihändlerische Politik auswirken.

Der Kritik der Finanzwelt kommt nicht die Bedeutung zu, die man ihr in Europa im allgemeinen zumißt. Bedeutsamer sind schon die vor allem von demokratischer Seite im Kampfe gegen den Zolltarif vertretenen Argumente, daß durch den neuen Zolltarif wichtige Konsumgüter wesentlich verteuert werden, und zwar Lebensmittel, Kleidung und Schuhe, daß ferner durch die neuen Zölle auf Holz, Zement und Ziegel die Baukosten wesentlich erhöht werden, daß der Zolltarif keine ausreichende Unterstützung für die Landwirtschaft bedeute.

Der neue Zolltarif

Die Frontstellung im Kampfe um den neuen amerikanischen Zolltarif ist vor allem dadurch charakterisiert, daß die Landwirtschaft das Rückgrat der Hochschutzzollfront bildete. Wie in den anderen hochkapitalistischen Industriestaaten ist auch in den USA. mit der Entwicklung vom Lebensmittelexporteur zum Lebensmittelimporteure die Landwirtschaft aus dem freihändlerischen Lager in das hochschutzzöllnerische hinübergeschwenkt. Freihändlerisch waren die amerikanischen Farmer, solange für sie das Exportgeschäft von entscheidender Bedeutung war, d. h. bis kurz vor dem Kriege. Hochschutzzöllnerisch sind sie seit dem Kriege, seitdem für immer mehr Agrarerzeugnisse aus der Export- eine Importbasis geworden ist, seitdem insbesondere aus billiger produzierenden Agrarländern Produkte

importiert werden und somit auf dem amerikanischen Markt der Preis gedrückt werden kann. Andererseits ist das Interesse der Industrie an einer Hochschutzzollpolitik in demselben Maße zurückgegangen, wie ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber der europäischen Industrie und ihr Export gestiegen sind. Es ist selbstverständlich, daß die amerikanische Industrie, wenn sie höhere Zölle bekommen kann, sie nicht ablehnt, daß sie Zollerhöhungen anmeldet, wenn eine Zolltarifrevision vorbereitet wird, denn diesen erhöhten Marktschutz nimmt jeder gern in Kauf. Aber viel bezeichnender für die Lage der Industrie ist, daß sie die Forderungen mit weit weniger Energie vertreten hat als die Landwirtschaft, teilweise sogar der Zolltarifrevision sehr gleichgültig gegenüber stand. Dies gilt noch nicht in demselben Maße für die Arbeiter, die eingefangen von dem Glauben, daß hohe Zölle als Schutz der amerikanischen Löhne gegen die niedrigeren europäischen nötig seien, die Hochschutzzollfront stets gestärkt und vor allem die Opposition der Konsumenten geschwächt haben, denn was nützen von den Demokraten vertretene Konsumentengesichtspunkte, wenn die Arbeiter als die breiteste Schicht der Konsumenten eine entgegengesetzte Politik führen?

Bei dieser Änderung der Frontstellung entspricht der Titel des Gesetzes, der von früheren Zolltarifen übernommen wurde, nicht mehr ganz den Verhältnissen. Dieser Titel lautet: „An Act to provide revenue, to regulate commerce with foreign countries, to encourage the industries of the United States, to protect American labor and for other purposes.“ Es ist jetzt im wesentlichen ein Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft, die durch ihre Demonstration auf dem republikanischen Parteitag in Kansas City vor zwei Jahren diese Revision verlangte, dann den Gang der Verhandlungen und den endgültigen Charakter des Zolltarifes weitgehend bestimmt hat. Was ist nun erreicht?

Kurz seien zunächst einige Daten über den Gang der Verhandlungen angegeben. Am 3. Dezember 1928 begannen die Vorverhandlungen der republikanischen Mitglieder des Ways and Means Committee, am 7. Januar 1929 die offiziellen Verhandlungen des Ways and Means Committee, vom 9.—28. Mai verhandelte das Plenum des Hauses, am 29. Mai erhielt der Ausschuß des Senates, das Finance Committee, den Entwurf und beriet hierüber bis zum 18. Juli. Bis zum 22. August hielten die republikanischen Mitglieder des Ausschusses Sonderberatungen ab. Der Senat begann mit den Beratungen am 4. September, unterbrach sie am 22. November, nahm sie am 2. Dezember wieder auf, schloß sie am 24. März 1930 ab, hatte dabei 1253 Änderungsvorschläge am Entwurf des Hauses beschlossen. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich Haus und Senat auf einen Kompromißentwurf, der am 13. Juni im Senat mit 44 gegen 42 und einen Tag später im Haus mit 222 gegen 153 Stimmen angenommen, vom Präsidenten unterzeichnet wurde und somit am 17. Juni 1930 an Stelle des seit dem 3. 10. 1922 in Kraft befindlich gewesenen Fordney-McCumber Zolltarif trat.

Es ist oft versucht worden, den Grad des Protektionismus zahlenmäßig auszudrücken. Doch befriedigt haben derartige Versuche noch nie, werden sie auch nie,

weil das Problem der Meßbarkeit des Protektionismus unlösbar ist. Wir wollen deswegen von den vielen genannten Zahlen, wie, daß die Zahl der Zollpositionen von 2830 auf 3218 erhöht wurde, daß 887 Zollpositionen erhöht, 235 ermäßigt wurden, daß die durchschnittliche Zollbelastung gut 40% betragen wird, daß die Zolleinnahmen wahrscheinlich von 522 auf 630 Mill. Dollar steigen werden, daß von den Zollerhöhungen eine Wareneinfuhr von 250 bis 350 Mill. Dollar betroffen wird, in unseren Betrachtungen nicht ausgehen, ihnen keine größere Bedeutung beimessen. Wir wollen zurückgreifen auf das, was wir an dieser Stelle früher über die amerikanische Zollpolitik ausgeführt haben. In einem Artikel über die Industriezölle im Märzheft 1929 wurde ausgeführt, daß der Zolltarif des Jahres 1922 für Industrieprodukte absolute Schutzzölle festlege, d. h. so hohe Zölle, daß ein Import immer nur zur Ergänzung als Ausnahmeerscheinung möglich ist, daß auf dem amerikanischen Markte ausländische Erzeugnisse nicht billiger angeboten werden können als amerikanische. An diesem Grundsatz ist bei der Zolltarifrevision festgehalten worden. Es war nur zu prüfen, ob infolge technischer oder anderer Momente die Konkurrenzverhältnisse sich eventuell so geändert haben, daß eine Erhöhung oder eine Ermäßigung möglich sei. Eine Ermäßigung würde somit nur inneramerikanische und keine weltwirtschaftliche Bedeutung haben, denn durch die Zollermäßigung soll kein erhöhter Import ermöglicht werden. Dies trifft auch für alle Zollermäßigungen zu, wie auf Rasierklingen, Indigo, Aluminium usw. Weltwirtschaftlich bedeutsam sind dagegen die Zollerhöhungen, denn sie sollen einen infolge der veränderten Konkurrenzverhältnisse an sich möglichen Import verhindern. Diese Zollerhöhungen beziehen sich einmal auf Qualitätserzeugnisse, für die ja stets die amerikanische Industrie der europäischen unterlegen gewesen ist. Die wichtigsten Änderungen sind für Qualitätserzeugnisse der Textilindustrie für Instrumente, Meßapparate und für Uhren getroffen worden. Prinzipiell bedeutsamer als diese Änderungen sind aber die für einige Artikel des täglichen Bedarfes und der Massenproduktion, wie vor allem für Schuhe. Daß Schuhe nicht mehr zollfrei ins Land kommen, sondern mit 20% zu verzollen sind, ist wohl die prinzipiell wichtigste Änderung der Industriezölle, denn bisher konnte man den amerikanischen Konsumenten diese wichtige Konzession der Zollfreiheit für Schuhe machen, weil die amerikanische Schuhindustrie ihre Erzeugnisse nach dem Grundsatz der Massenproduktion billiger herstellen konnte als die europäische, während jetzt diese Methode der Massenproduktion von einem europäischen Lande, nämlich der Tschechoslowakai, noch wirksamer angewandt wird als von den USA., deswegen ein Schutz der amerikanischen Industrie gegen die tschechische für gerechtfertigt angesehen wurde. Ähnliches gilt für die Zollerhöhungen auf gewöhnliche Ton- und Porzellanwaren, für die Zollerhöhungen auf Filzhüte u. a. Andere Zollerhöhungen auf Industrieerzeugnisse kommen noch hinzu, doch das Entscheidende ist, daß in bezug auf die wichtigsten Positionen keine Änderungen vorgenommen wurden, weil der bestehende Schutz als ausreichend angesehen wurde, um der heimischen Industrie den amerikanischen Markt zu schützen. Dies gilt z. B. für fast alle Er-

zeugnisse der Metallindustrie im weitesten Sinne des Wortes, wie vor allem für Roheisen, Baustahl, Eisenbahnschienen, ferner für sehr viele Erzeugnisse der chemischen Industrie, wie vor allem Kohlenteerprodukte, für fast alle Textilgewebearten. Auch blieb für viele Erzeugnisse die Zollfreiheit bestehen, wie für landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel, Holzschliff, Zellulose und vor allem für Rohmaterialien.

Die amerikanische Industrie ist auf zollpolitischem Gebiet saturiert, auch bei kommenden Zolltarifrevisionen werden einige Wünsche vorgebracht werden, aber im allgemeinen wird künftig wie auch diesmal die Industrie zufrieden sein, wenn sie den bestehenden Schutz behaupten kann, wird sie sogar Zollermäßigungen zustimmen, weil diese infolge der erhöhten Konkurrenzfähigkeit der Industrie doch keine Importsteigerungen zur Folge haben werden. Die am Export nach den USA. interessierte europäische Fertigwarenindustrie wird sich mit diesem Zustand abfinden, zufrieden sein müssen, wenn sie ihren Export nach den USA. in dem durch die Kaufkraftsteigerung ermöglichten Ausmaß erhöhen kann.

An Zollerhöhungen interessiert war vor allem bei dieser Zolltarifrevision und wird auch künftig die Landwirtschaft sein. Sie ist das Sorgenkind der amerikanischen Wirtschaft, hat von den Vorteilen der Prosperität am wenigsten zu spüren bekommen, befindet sich seit 1920 in einer Krisis, die sich zwar nicht für alle Gebiete und alle Zweige gleich stark auswirkt, aber doch insgesamt ein großes Hemmnis bedeutet. Sie führt die Krisis vor allem darauf zurück, daß infolge der Konkurrenz billiger produzierender Agrarexportländer auf dem amerikanischen Markt kein ausreichender Preis für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse erzielt wird. Sie will Zollerhöhungen, um den Markt und den Preis gegen diese Konkurrenz zu sichern. Sie hat diese Zollerhöhungen weitgehend durchsetzen können. Erhöht wurden wiederum die Zölle auf Zucker und auf Wolle, obgleich nach wissenschaftlichen Gutachten bei Zollfreiheit für Wolle und bei einem halb so hohen Zuckerzoll wie dem jetzt beschlossenen beide Zweige gut bestehen würden, obgleich durch diese Zollerhöhungen unrentable Betriebe künstlich großgezüchtet werden und diese Zollerhöhungen für die Konsumenten eine starke Belastung bedeuten. Sie hat wesentliche Zollerhöhungen, oft Verdoppelung, ja Vervierfachung der alten Zollsätze, für sämtliche Erzeugnisse der Viehwirtschaft, für Gemüse und Obst und für subtropische Erzeugnisse durchgesetzt. Doch unerfüllt blieben die Wünsche der Landwirtschaft in bezug auf die Erzeugnisse, für die Exportbasis besteht, wie z. B. Weizen, Baumwolle und Tabak. Die teilweise bewilligten Zollerhöhungen sind zwar von einem gewissen Wert, aber beeinflussen die Preisgestaltung auf dem amerikanischen Markte nur in geringem Umfange, da eben bei dem starken Exportüberschuß der Weltmarktpreis den inneramerikanischen bestimmt. Für diese Erzeugnisse wollten die amerikanischen Farmer das deutsche System des Einfuhrscheines in etwas modifizierter Form angewandt sehen, doch dieses Projekt, der Debenture-Plan, wurde abgelehnt. Diese Frage bleibt zunächst offen, wird sicherlich in nächster Zeit wieder aktuell werden.

Proteste des Auslandes

Die USA. haben also trotz ihrer starken und immer mehr zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung an einer Politik festgehalten, die zu einer weiteren Abschließung gegenüber anderen Ländern führen muß und wird. Sie glauben, auf die Interessen und auf die Forderungen anderer Länder keine Rücksicht nehmen zu brauchen. An Protesten seitens der anderen Länder hat es nicht gefehlt. Sie haben fast alle protestiert, etwa 40 an der Zahl, die Agrarexportländer des amerikanischen Kontinentes und die europäischen Industrieexportländer insbesondere. Nach Annahme des Zolltarifes sind diese Proteste wieder laut geworden. Kanada hat als erster Staat ernst gemacht mit seinen Drohungen, es ist eine Zolltarifrevision durchgeführt worden, die als Gegenmaßnahme gegen die erhöhte Verzollung kanadischer Agrarerzeugnisse durch die USA. die amerikanische Fertigwarenausfuhr nach Kanada wesentlich benachteiligen wird. Zu ähnlichen Maßnahmen griffen Cuba, Mexiko, Argentinien, Uruguay, Australien und Neuseeland. In Europa hat Frankreich die Führung in dieser Abwehraktion, wie Frankreich ja schon seit Jahren einen heftigen, aber hundertprozentig erfolglosen Kleinkrieg gegen die amerikanische Zollpolitik führt. In der Schweiz wird offen zu einem Boykott amerikanischer Waren aufgefordert, in Italien ist wie in Frankreich eine sofortige Erhöhung der Zölle auf ausgesprochen amerikanische Erzeugnisse vorgenommen worden, in Belgien wird ein enges Zusammengehen mit Frankreich, Italien und Spanien verlangt, in Spanien die Kündigung des Handelsvertrages mit den USA. gefordert, in Skandinavien der Gedanke erörtert, durch Einführung der Meistbenachteiligungsklausel Amerika auf den Boden zu zwingen. Die protestierenden sind die Länder, die von den amerikanischen Zollerhöhungen am schärfsten betroffen werden, während andere Länder dieser Frage des Kampfes gleichgültig gegenüberstehen, weil sie von den Zollerhöhungen kaum betroffen werden bzw. amerikanisches Kapital dringend benötigen, bzw. auf den sich von Frankreich abwendenden amerikanischen Touristenstrom spekulieren. Doch wenig Hoffnungen machen sich die Bekämpfer der amerikanischen Zollpolitik in bezug auf den Erfolg ihrer Aktion. Amerika ist an sich schwer zu treffen, verfügt außerdem über eine Waffe, die es rücksichtslos anzuwenden gewillt ist: Es werden Zollerhöhungen vorgenommen bzw. Einfuhrverbote erlassen, falls irgendwo amerikanische Waren nicht als meistbegünstigte behandelt werden. Die Kämpfer wollen sich deswegen zunächst mit einer bescheidenen Aktion begnügen, sie wollen gemäß den Flexibilitätsbestimmungen eine Ermäßigung der Sätze um 50% für die Waren verlangen, die nach ihrer Meinung zu hoch verzollt werden, umfangreiche Wunschlisten sind zu diesem Zweck der Tariff Commission eingereicht worden. Sie übersehen, daß auch die Tariff Commission an dem oben gekennzeichneten Prinzip des absoluten Zolles nicht rütteln darf, also an sich keine Möglichkeiten eines erhöhten Importes geben kann, daß zweitens derartige Untersuchungen und Verhandlungen sich endlos hinziehen.

Es stehen den anderen Mächten leider kaum Machtmittel zur Verfügung, um den amerikanischen Protektionismus zu bekämpfen und zu mildern. Der amerikanische Protektionismus muß in Kauf genommen, bei allen weltwirtschaftlichen Maßnahmen in Rechnung gestellt werden. Man sollte aber nicht mit Zollerhöhungen auf die amerikanischen Zollerhöhungen antworten, die Welt, was leider zu befürchten ist, nicht mit einer neuen Hochschutzzollwelle beglücken. Man sollte vielmehr in Europa aus dieser Tatsache, daß der einst für das Expansionsstreben Europas so wichtig gewesene Markt der USA. fast verschlossen ist, den wichtigen Schluß ziehen, daß Europa sich von diesem Interessengebiet abwenden, sich auf sich selbst besinnen, sich fragen soll, welche Möglichkeiten Europa als Ausgleich für den amerikanischen Markt bietet. Europa bietet große Möglichkeiten, hat vor allem die Aufgabe der Entwicklung des Ostens und Südostens zu lösen, ferner die der wirtschaftlichen Kooperation der Industriestaaten. Dies haben viele europäische Politiker erkannt, versammelte doch bezeichnenderweise Briand die europäischen Politiker zum ersten Paneuropafrühstück zu einem Zeitpunkt, als die Annahme des neuen amerikanischen Zolltarifes schon gesichert erschien. Doch die Annahme zögerte sich dann noch um gut ein halbes Jahr hinaus. Als die Frage der Annahme wieder aktuell war, wurde Briands Europa Memorandum veröffentlicht. Dies ist nicht nur ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen. Vielmehr sind offenkundig Briands europäische Pläne weitgehend von dem Wunsche diktiert, in einer europäischen Zusammenarbeit einen Schutz gegen die von Amerika drohenden Gefahren zu schaffen, durch einen Abbau der europäischen Handelshemmnisse in Europa einen Markt zu schaffen, der für die europäische Wirtschaft ähnliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet wie der amerikanische für die amerikanische Wirtschaft.

ALFRED MARCUS:

Ivar Kreuger und die Russen

Der Kampf um den Zündholzmarkt

Die Funktion der Gruppe Kreuger & Toll als Geldgeber einer Reihe von Staaten hat in letzter Zeit gewissen Wandlungen unterlegen; insofern nämlich, als der Kreis der Kreugerschen Schuldnerklientel Veränderungen erfahren hat, welche nicht nur für den internationalen Geldmarkt, sondern darüber hinaus auch in Beziehungen, die sehr stark ins Politische hineinzuspielen vermögen, von Bedeutung sein können. Frankreich steht im Begriff, seine Zündholzanzleihe zurückzuzahlen, dagegen ist es den Schweden gelungen, Litauen und Danzig in den Kreis ihrer Schuldnerstaaten hineinzubeziehen, und wenn man diese Vorgänge an Hand der Landkarte zu werten sucht, so ergibt sich hieraus ein außerordentlich interessantes Bild:

Sämtliche Staaten, die im Westen an Rußland grenzen, sind heute Schuldner von Kreuger & Toll. Wenn wir sie im einzelnen nennen, so handelt es sich um Estland, Lettland, Polen und Rumänien. Unmittelbar dahinter liegen Litauen und der Freistaat Danzig, Ungarn und Jugoslawien; auch Griechenland kann in diesem Zusammenhange immer noch miterwähnt werden, ganz zu schweigen von Deutschland, welches ja die größte Kreuger-Anleihe, die bisher zu verzeichnen gewesen ist, aufgenommen hat. Man könnte freilich sagen, daß dieser Gürtel von Kreugerschen Schuldnerstaaten, der sich um die russische Westgrenze legt, an seinem nördlichen Ende nicht geschlossen sei, weil Finnland eine Zündholz-anleihe nach Art der anderen Staaten bisher nicht aufgenommen hat. Das wäre richtig, aber doch nur bedingt. Denn Kreuger & Toll haben auch in Finnland sehr ausgedehnte Interessen, und soviel ist sicher, daß diese mit der an sich aus ganz natürlichen Gründen nicht gerade russenfreundlichen Politik des finnischen Staates weitgehend parallel laufen. Die Gruppe Kreuger & Toll hat von den Staaten, welche unmittelbar im Westen an Rußland grenzen, also von Estland, Lettland, Polen und Rumänien, einen Betrag von rund 175 Mill. Skr. zu fordern. Diese Summe ist in ihrer Bedeutung für den internationalen Geldmarkt vielleicht nicht so hoch einzuschätzen als für die Rußland-Politik des Schwedentrusts. Von einer solchen müssen wir heute unbedingt sprechen, wenn wir der Dynamik eines Gebildes, wie es die Gruppe Kreuger & Toll darstellt, einigermaßen gerecht werden wollen.

Diese Rußland-Politik hat ihre Wurzeln in der Tatsache, daß die Russen der stärkste Konkurrent der Svenska Tändsticks AB auf dem internationalen Zündholzmarkt sind, und daß sie das Bestreben haben, dies auch zu bleiben, nachdem ihnen ihr wichtigster Exportmarkt, der deutsche Markt, durch die Neuordnung unserer Zündholzwirtschaft versperrt worden ist. Diese Neuordnung liegt erst wenige Monate zurück, und dennoch macht sie sich im internationalen Zündholzgeschäft bereits sehr stark bemerkbar. Es ist in jüngster Zeit mehrfach darüber berichtet worden, in welcher Weise die Russen den Versuch dazu machen, sich Ventile für ihren Zündholzexport zu schaffen, der ihnen durch die deutsche Einfuhrsperre in unerträglichem Maße beschränkt zu werden droht. Sie haben nach Belgien ihr Angriffsziel gerichtet, sie haben auch ihre Tätigkeit im überseeischen Geschäft merklich verstärkt, und das sind Vorgänge, welche die Beziehungen der Russen zu den Schweden nicht gerade angenehmer gestalten können. Es eröffnen sich auch von diesem Standpunkt aus Perspektiven, welche sehr deutlich ins Politische weisen.

Ivar Kreuger als Gläubiger sämtlicher Randstaaten im Westen Rußlands hat ein dringendes Interesse daran, daß der gegenwärtige territoriale und politische Status in den fraglichen Gebieten unbedingt erhalten bleibe. In seiner Eigenschaft als größter Zündholzindustrieller der Welt hat er ein weiteres Interesse daran, den russischen Wettbewerb in irgendeinem Sinne zu überwinden — mit anderen Worten, die Gruppe Kreuger & Toll stellt heute einen der schärfsten Gegner russischer Politik und Wirtschaftspolitik dar. Für uns in Deutschland ist diese Tatsache ebenfalls von nicht unerheblicher Bedeutung. Denn Deutschland liegt wie ein stützender Pfeiler hinter dem Gürtel der Kreugerschen Schuldnerstaaten, welche die Westgrenze Rußlands bilden. Es liegt auf der Hand, daß auch diese Konstellation nicht ohne politische Folgen zu bleiben vermag, wenn wir uns auch darüber klar sein müssen, daß diese heute nicht einmal in großen Zügen angedeutet werden können.

Es ist nun außerordentlich interessant, daß die Ablösung Frankreichs aus dem Kreise der Kreugerschen Schuldnerklientel in eine Richtung weist, in der wir einen anderen großen Antagonisten der Kreugerschen Finanzpolitik zu finden vermögen, nämlich das Bankhaus Morgan und die Amerikaner überhaupt. Morgan und Kreuger sind bei den Haager Verhandlungen über den Youngplan in gewissem Sinne als Gegner aufgetreten. Kreuger hat bei diesem „Kampf im Dunkeln“ zweifellos den Kürzeren gezogen, soweit es sich um seine angestrebte Priorität für die deutsche Zündholzanzleihe gehandelt hat, und die ziemlich plötzlich kommende Rückzahlung der französischen Kreuger-Anleihe ist doch wohl ein Vorgang, welcher nur möglich wurde durch die Morgansche Finanzhilfe, die den Wiederaufbau der französischen Wirtschaft erleichtert hat, die aber andererseits zu einer Schmälerung des Kreugerschen Einflusses in der internationalen Wirtschaft führen muß. Denn wenn auch die Rückzahlung der französischen Schuld in Höhe von 75 Mill. Dollars an Kreuger zu Bedingungen vor sich geht, welche finanziell für ihn einen Gewinn erbringen, wenn sie ihm auch die Durchführung der deutschen Anleihetransaktion wesentlich erleichtern dürfte — es bleibt die Tatsache bestehen, daß der Kreugersche Einfluß in der europäischen Zündholzwirtschaft und in der europäischen Wirtschaft überhaupt durch den vorzeitigen Austritt Frankreichs aus dem Kreise seiner Schuldnerstaaten eine Schwächung erfährt, die man nicht unterschätzen darf. Andererseits kann man natürlich sagen, daß die Eingliederung Deutschlands in diesen Kreis und sozusagen sein Austausch gegen Frankreich, rein territorial betrachtet, eine wesentliche Stärkung der antirussischen Front der Gruppe Kreuger & Toll

darstellt. Diese ist heute in einer Weise kompakt geworden, die noch vor wenigen Jahren nicht denkbar gewesen wäre.

Die Konkurrenten vor der Entscheidung

Aber die Dinge können nicht nur vom rein europäischen Standpunkt aus betrachtet werden. Die asiatischen Grenzen Rußlands weisen ebenfalls auf Gebiete, in denen der Kampf mit Kreuger & Toll um das Zündholzgeschäft längst entbrannt ist. Indien ist ein Markt, dessen portugiesische Häfen Goa, Diu usw. von den Russen sehr geschickt als Einfallspforten ihres Zündholzgeschäftes ausgenutzt worden sind. Das gleiche gilt für den portugiesischen Hafen Macao im chinesischen Geschäft. Denn wenn auch Kreuger & Toll in Portugal selbst eine monopolähnliche Stellung einnehmen, so haben sie auf die portugiesischen Kolonien und überseeischen Häfen doch keinen Einfluß, und diese Tatsache hat sich für Kreuger & Toll in den letzten Jahren oft genug bemerkbar gemacht. Der Kampf um die asiatischen Märkte wird jedenfalls von beiden Seiten gegenwärtig mit steigender Erbitterung geführt, und von den Russen um so mehr, weil die Hälfte ihrer Zündholzausfuhr, die bisher nach Deutschland ging, jetzt andere Wege finden muß, zumal die russische Zündholzproduktion für den Export nach dem Fünfjahresplan eine wesentliche Erhöhung erfahren soll. Die Reibungsflächen zwischen den beiden Gegnern haben sich also auch in Asien vergrößert. Die Gesamtsituation ist heute derart, daß die Dinge allmählich entscheidungsreif werden. Den beiden einander bekämpfenden Gruppen bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie machen ihren Frieden miteinander oder aber die Formen ihres Kampfes werden immer schärfer und nehmen eine Gestalt an, welche bereits als politisch angesehen werden muß. Man kann nun nicht sagen, daß Möglichkeiten einer Verständigung überhaupt nicht vorhanden wären. Ivar Kreuger hätte sie gerne herbeigeführt. Auch die Russen haben wohl im Prinzip gar nichts dagegen, auf Grund einer entsprechenden Abfindung auf ihr internationales Zündholzgeschäft und sogar auf das in Rußland selbst durch Hergabe einer Konzession zu verzichten. Es handelt sich nur um die Höhe dieser Abfindung, und in dieser Beziehung weichen die beiderseitigen Standpunkte heute noch unüberbrückbar weit voneinander ab. Kreuger hat den Russen bereits des öfteren Angebote zu machen versucht, welche in der Form auf die Gewährung einer Anleihe, in der Sache auf einen Abkauf des Zündholzgeschäftes hinausliefen. Wenn wir recht unterrichtet sind, dachte er hierbei an Summen, welche ungefähr die Höhe der deutschen Zündholz-

anleihe erreichten. Wir glauben aber sagen zu können, daß die Russen auf diese Angebote bisher in keiner Weise reagiert haben, nicht etwa nur deshalb, weil sie ihnen als zu niedrig erschienen, sondern auch aus dem Grunde, weil sie ihre Stellung im internationalen Zündholzgeschäft bis vor kurzer Zeit noch für sehr ausbaufähig gehalten haben. In dieser Beziehung dürften sie heute sehr enttäuscht sein. Eine Forcierung des russischen Zündholzexports kann als wenig wahrscheinlich gelten, sie wird wohl auch auf russischer Seite nicht mehr hierfür gehalten. Andererseits ist es verständlich, daß man die immerhin erreichte Position so teuer wie möglich verkaufen will. Kreuger seinerseits rechnet aber damit, daß die Zeit für ihn insofern arbeitet, als der Geldbedarf der Russen steigt und als sie infolgedessen immer mehr dazu geneigt sein werden, auf ein Arrangement mit ihm einzugehen. Es ist heute noch nicht zu übersehen, ob und an welchem Punkte sich die beiderseitigen Interessen schließlich schneiden werden. Wird ein solcher Schnittpunkt aber nicht gefunden, so geht der Kampf weiter, und man muß sagen, daß die Chancen Kreugers in ihm augenblicklich doch wohl größer zu sein scheinen als die der Russen. Gewiß können diese bei ihren Kalkulationen Methoden anwenden, welche sich ein auf Rentabilität gestelltes Unternehmen, wie die Svenska Tändsticks AB, auf die Dauer nicht zu leisten vermag. Aber es handelt sich ja für Kreuger offenbar doch nicht mehr nur um die Wirtschaftlichkeit bestimmter Teile seines Zündholzgeschäftes, sondern vielmehr um Vorgänge auf dem Gebiet der internationalen Finanzpolitik, welche seinen Zündholzinteressen gegenüber seit einiger Zeit das Übergewicht erlangt haben und für deren Dirigierung in seinem Sinne es ihm wichtiger sein dürfte, mit allen Mitteln eine klare Entscheidung des russischen Problems herbeizuführen, als die Dinge in der Schwebe zu belassen.

Berichtigungen zu Heft 9, Aufsatz Keuth „Frankreichs Stellung im Saargebiet“: Seite 718, 18. Zeile von oben statt „die lothringische Eisenerzeugung“ muß es heißen „die lothringische Kohlenerzeugung“ — Seite 719, letzte Zeile statt „die französischen Minderheiten“ muß es heißen „die französischen Mehrheiten“.

Die Schriftleitung.

Der Seeverkehr wichtiger Länder 1913, 1927 bis 1929 II

(Die mit *) bezeichneten Zahlen stammen nicht aus amtlichen Quellen)

| Jahre | Insgesamt im Mittel von Ein- und Ausgang | | überhaupt im Mittel von Ein- und Ausgang | | Davon im Auslandsverkehr | | | |
|-----------------------------|--|------------------|---|------------------|--------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | eigene Flagge | fremde Flagge | eigene Flagge | fremde Flagge | mit Ladung angekommen | | abgegangen | |
| | | | | | eigene Flagge | fremde Flagge | eigene Flagge | fremde Flagge |
| | | | | | | | | |
| in 1 000 Registertons netto | | | | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| Rußland | | | | | | | | |
| 1912 ¹⁾ | . | . | 1817 | 10308 | 1236 | 4231 | 1519 | 9135 |
| 1925/26 | . | . | 361 | 4869 | . | . | . | . |
| Leningrad | | | | | | | | |
| 1912 ¹⁾ | . | . | 196 | 1836 | 144 | 1514 | 186 | 1418 |
| 1925/26 | . | . | 137 | 451 | . | . | . | . |
| Odessa | | | | | | | | |
| 1912 ¹⁾ | . | . | 36 | 617 | 23 | 168 | 19 | 598 |
| 1925/26 | . | . | 77 | 326 | . | . | . | . |
| Türkei | | | | | | | | |
| 1927 ²⁾ | 5371 | 6493 | . | . | . | . | . | . |
| 1928 ²⁾ | 6490 | 5769 | . | . | . | . | . | . |
| Konstantinopel | | | | | | | | |
| 1927 ²⁾ | 1745 | 5151 | . | . | . | . | . | . |
| 1928 ²⁾ | 2232 | 4334 | . | . | . | . | . | . |
| Ägypten | | | | | | | | |
| 1913 | 2455 | 3459 | 2243 | 3153 | 5030 | | 3563 | |
| 1927 ³⁾ | 274 | 29337 | 163 | 28863 | 28435 | | 27080 | |
| 1928 ³⁾ | 369 | 31067 | 154 | 30361 | 29839 | | 28697 | |
| Port Said | | | | | | | | |
| 1913 | 802 | 876 | 666 | 721 | 1361 | | 772 | |
| 1927 ³⁾ | 16142 | | 15879 | | . | | . | |
| 1928 ³⁾ | 75 | 16843 | 47 | 16592 | 16386 | | 15815 | |
| Südafrikanische Union | | | | | | | | |
| 1913 | . | . | 4211 | 1105 | 4088 | 1102 | 3814 | 1011 |
| 1927 | 11253 | 3683 | 3900 | 1359 | 3482 | 1254 | 3782 | 1311 |
| 1928 | 11415 | 3565 | 3906 | 1296 | 3457 | 1156 | 3790 | 1244 |
| 1929 | 11527 | 3985 | 3793 | 1447 | 3322 | 1287 | 3652 | 1366 |
| Kapstadt | | | | | | | | |
| 1913 | 3963 | | . | . | . | . | . | . |
| 1927 | 3364 | 996 | 1934 | 595 | . | . | . | . |
| 1928 | 3358 | 968 | 1900 | 577 | . | . | . | . |
| 1929 | 3078 | 1068 | 1632 | 586 | . | . | . | . |

¹⁾ 1912 einschließlich des Verkehrs zwischen russischen Häfen an verschiedenen Meeren. — ²⁾ Es ist nicht zu ermitteln, ob die Angaben sich auf Brutto- oder Nettotonnage beziehen. — ³⁾ Einschließlich der Schiffe, die auf der Durchreise die ägyptischen Häfen zu Handelszwecken aufgesucht haben

| Jahre | Insgesamt im Mittel von Ein- und Ausgang | | überhaupt im Mittel von Ein- und Ausgang | | Davon im Auslandsverkehr | | | |
|-------------------------------|--|------------------|---|------------------|--------------------------|------------------|--------------------------|------------------|
| | eigene Flagge | fremde Flagge | eigene Flagge | fremde Flagge | angekommen | | mit Ladung abgegangen | |
| | | | | | eigene Flagge | fremde Flagge | eigene Flagge | fremde Flagge |
| | | | | | | | | |
| in 1000 Registertons netto | | | | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| Britisch-Indien ¹⁾ | | | | | | | | |
| 1913/14 | . | . | 6492 | 2138 | 4923 | 1813 | 6236 | 1955 |
| 1927/28 | . | . | 6246 | 2483 | 5388 | 2218 | 5598 | 2268 |
| 1928/29 | . | . | 6682 | 2700 | 5725 | 2470 | 5929 | 2466 |
| 1929*) | 8520 | | . | . | . | . | . | . |
| Bombay ¹⁾ | | | | | | | | |
| 1913/14 | . | . | 1370 | 731 | 1224 | 768 | 1219 | 599 |
| 1927/28 | . | . | 1547 | 709 | 1622 | 844 | 1181 | 508 |
| 1928*) | 2186 | | . | . | . | . | . | . |
| 1929*) | 2491 | | . | . | . | . | . | . |
| Singapore ¹⁾ | | | | | | | | |
| 1913 | . | . | 8627 | | . | . | . | . |
| 1925*) | 12001 | | . | . | . | . | . | . |
| China | | | | | | | | |
| 1913 | 9952 | 36715 | 2330 | 12246 | . | . | . | . |
| 1927 | 10818 | 47287 | . | . | . | . | . | . |
| 1928 | 18261 | 58054 | . | . | . | . | . | . |
| Schanghai | | | | | | | | |
| 1912 | 1604 | 7717 | . | . | . | . | . | . |
| 1927 | 15075 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1928 | 3158 | 14135 | . | . | . | . | . | . |
| 1929*) | 17898 | . | . | . | . | . | . | . |
| Hongkong | | | | | | | | |
| 1913 | . | . | 12700 | . | 11612 | . | 11363 | . |
| 1927 | 8480 | 11303 | 16897 | . | . | . | . | . |
| 1928 | 8781 | 13661 | 8770 | 10050 | . | . | . | . |
| 1929 | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Japan ²⁾ | | | | | | | | |
| 1913 | . | . | 12619 | 12190 | . | . | . | . |
| 1927 | . | . | 33006 | 16556 | . | . | . | . |
| 1928 | . | . | 34630 | 17416 | . | . | . | . |
| 1929 | . | . | 36938 | 18354 | . | . | . | . |
| Yokohama ²⁾ | | | | | | | | |
| 1913 | . | . | 1821 | 2622 | . | . | . | . |
| 1928 | . | . | 10295 | . | . | . | . | . |
| 1929 | . | . | 10307 | . | . | . | . | . |
| Kobe ²⁾ | | | | | | | | |
| 1913 | . | . | 3262 | 3677 | . | . | . | . |
| 1928 | . | . | 14393 | . | . | . | . | . |
| 1929 | . | . | 14737 | . | . | . | . | . |

¹⁾ Nur Schiffe europäischer Bauart. Berichtsjahre endigen am 31. März — ²⁾ Nur Schiffe europäischer Bauart

(Fortsetzung in Heft 12.)

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST:

Literaturbericht aus Europa und Afrika

Mitteilungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig 1929—1930. 50. Band. Herausg. von **Dr. K. Krause.** 118 Seiten mit 29 Abbildungen und einer Klappkarte. Ferdinand Hirt & Sohn, Leipzig 1930. Preis RM. 5.—.

Inhalt: **H. Schmitthenner**, Der Wuteischan, eine Reise auf den heiligen Berg des Windes in Nordchina. — **K. Kietz**, Der Tanganjikasee und seine Randlandschaften.

J. Sölch: **Die Ostalpen.** (Jedermanns Bücherei. Abtlg. Erdkunde. Herausg. von **K. Krause** und **R. Reichard.**) 116 Seiten. 32 Abbildungen und 17 Karten. Ferdinand Hirt, Breslau 1930. Preis RM. 3.50.

Nach einer Übersicht über das Gesamtgebiet werden in Einzelabschnitten behandelt: Die nördlichen Kalkalpen. — Die nördliche Längsflucht. — Die Zentralalpen. — Die südliche Längsflucht. — Die südlichen Kalkalpen. „Die Ostalpen und der österreichische Staat“ und „Die Geschichte der Kenntnis der Ostalpen“ beschließen das Büchlein, das — in großer Liebe zum Land geschrieben — die Zusammenhänge zwischen Landschaft und ihren Bewohnern in besonders glücklicher, den hervorragenden Kenner von Land und Leuten verratender Weise herausarbeitet.

Schultheß' Europäischer Geschichtskalender für 1929. Herausg. von **U. Thürauf.** Neue Folge. 45. Jahrg. 586 Seiten. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1930. Preis RM. 32.—.

Mit vorliegendem neuen Band des historisch-politischen Jahrbuches begrüßen wir einen alten Bekannten (vgl. Geopolitik 1930, S. 335). Wir benutzen gern die Gelegenheit, noch einmal unsere Leser auf diesen Kalender aufmerksam zu machen, den wir als ein ebenso unerläßliches wie zuverlässiges Rüstzeug für Historiker und Politiker erachten und wertschätzen.

P. Herre: **Weltgeschichte am Mittelmeer.** (Sammlung „Museum der Weltgeschichte“;

herausg. von **Dr. P. Herre**). 435 Seiten Text, Literaturverzeichnis, Register; 264 Abbildungen. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H., Wildpark-Potsdam 1930. Preis RM. 36.30.

Man könnte dieses hervorragende Werk auch eine Geopolitik des Mittelmeerraumes nennen. Es werden die Geschehnisse des Mittelmeeres und seiner angrenzenden Räume im historischen Wechsel der Jahrhunderte untersucht, dargestellt und immer wieder in der Beziehung zwischen Politik und Raum deutlich werdende Grundtendenzen herausgearbeitet, ohne daß allerdings diese Tendenzen des Genaueren geographische Erklärung finden. Das Werden und Vergehen oder Ermatten der Völker, denen das Mittelmeer der große Anreger auf kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet wurde, steht im Vordergrund der Betrachtung. Aber auch abseits wohnende Völker greifen in die Geschichte des Mittelmeeres ein und suchen in Erkenntnis seiner zentralen Bedeutung für die jeweils bekannte Welt sich dort Machtpositionen zu sichern. Denn noch in jedem Kampf der Völker um die Weltherrschaft — und gerade auch, nachdem die antike mittelmeerische Welt dem mittelalterlichen und dem neuzeitlichen Weltbilde wich — spielt der Mittelmeerraum eine bedeutungsvolle geopolitische Rolle.

Des Besonderen sei auf die vorzügliche und reichhaltige Ausstattung mit Bildern und Kartenskizzen des klar und anschaulich geschriebenen Werkes hingewiesen.

E. G. Jacob, **Daniel Defoe**, **Essay on Project** (1697). Eine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Studie. Kölner Anglistische Arbeiten. Herausgegeben von **H. Schöffler.** 142 Seiten. Verlag von B. Tauchnitz, Leipzig 1929.

Eine sehr gediegene Untersuchung über die politischen Projekte jenes seltsamen Mannes, der

meist nur als Robinson bekannt ist. Wenngleich die Schrift in erster Linie für Wirtschafts- und Sozialhistoriker bestimmt ist, so hat es doch auch für den Geopolitiker vielfache Reize, den politischen Gedanken jenes unruhigen Geistes zu folgen, dessen Essays schon Werner Sombart als eine sehr wichtige Quelle für den Anbruch der Weltepoche des Kapitalismus bezeichnete.

H. Michael: Bismarck, England und Europa.

Forschungen zur mittelalterlichen und neueren Geschichte. 5. Band. Eine Studie zur Geschichte Bismarcks und der Reichsgründung. 446 Seiten. Verlag der Münchener Brücke. München 1930.

Diese gründliche und klar gegliederte Studie stellt insofern ein Novum der Forschung des deutsch-französischen Konfliktes in der Epoche zwischen 1866 und 1870 dar, als sie den östlichen Brennpunkt der europäischen Interessen, die Probleme des damaligen türkischen Reiches, in die Betrachtung der Politik Bismarcks einordnet. Diese Schau läßt England im politischen System Bismarcks an wesentlicher Stelle erscheinen. Trotz der nach dem Grundsatz der „no-intervention“ geübten englischen Politik, weiß Bismarck, England als bedeutungsvollen Faktor zur Erreichung seines Zieles, nämlich der Errichtung des Deutschen Reiches, zu benutzen. — Die geopolitische Lehre der Untersuchung liegt in dem historischen Geschehen selber: mit Nationalbewußter- und Einigerwerden der deutschen Stämme gelangt auch erst Bismarck zu seiner politisch führenden Stellung unter den Mächten Europas, und nur seine Genialität vermag die Gefahren, die dem Deutschen Reich aus seiner Mittellage drohen, zu kompensieren.

J. Ziekursch: Das Zeitalter Wilhelms II. Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreiches. III. Band. 489 Seiten. Frankfurter Societäts-Druckerei. Frankfurt a. M. 1930. Preis RM. 14.—.

Die Jahre 1890—1918, die Regierungszeit Wilhelms II., füllen die Verfallszeit des kaiserlichen Reiches. Vom Sturze Bismarcks an verfolgt Ziekursch im vorliegenden Schlußband seiner politischen Geschichte des neuen Deutschen Reiches Deutschlands außenpolitische Schicksale und

innenpolitische Wandlung, die aus der Katastrophe des verlorenen Krieges zur Republik mit neuen Hoffnungen führte.

M. H. Boehm: Die deutschen Grenzlande.

Zweite vermehrte Auflage. 329 Seiten, ausführlicher Literaturnachweis, Orts- und Personenverzeichnis, 25 Karten, 50 Abbildungen. Reimar Hobbing, Berlin 1930. Preis RM. 15.—.

Im Aufbau klar, in der Darstellung umfassend und instruktiv, ist das Werk ein vorzügliches, mit akademischer Gewissenhaftigkeit, aber auch nicht ohne Temperament gearbeitetes Handbuch der historischen Schicksale und politischen Probleme unserer deutschen Grenzlande. Der Behandlung der Einzelgebiete — nach Himmelsrichtungen wieder in Gruppen zusammengefaßt — geht ein Kapitel „Grenzland und Grenzvolk“ voraus und folgen Betrachtungen über „Das mitteleuropäische Vorfeld“ (den ostwärts vorgeschobenen Raum deutscher Streusiedlungen zwischen unseren Grenzlanden und den Außengrenzen Mitteleuropas) und über „Grenzdeutsch und Großdeutsch“. Dies zusammenfassende Schlußkapitel gibt einen Ausblick auf die Möglichkeiten deutscher Zukunftsgestaltung.

Teilprobleme des ostdeutschen Grenzraumes behandeln folgende drei Arbeiten:

1. Deutschlands blutende Grenzen. Autorisierte Übersetzung des Werkes: René Martel, „Les Frontières Orientales de l'Allemagne“ von W. Scheuermann. 173 Seiten mit 6 Karten. Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O. 1930. Preis RM. 2.85.

Ein Franzose, Professor an der Pariser Sorbonne, untersucht streng objektiv die Verhältnisse der heutigen deutschen Ostgrenze. Auf Grund eindeutiger Feststellungen fordert er Revision des Korridors, weil durch ihn Deutschland Unrecht getan und wirtschaftliche Schädigung zugefügt wurde und der europäische Friede gefährdet sei.

2. Oberschlesien, das Land unterm Kreuz.

40 Seiten statistische Diagramme mit verbindendem Text über die das wirtschaftliche und kulturelle Leben vernichtenden Folgen der Versailler Grenzziehung. Herausgegeben vom Presse-, Statistischen- und Verkehrsamt der Provinzialverwaltung von Oberschlesien in Ver-

bindung mit dem Oberschlesischen Verkehrsverband e. V., Ratibor.

3. Die bayrische Ostmark, ein bedrohtes Grenzgebiet. Auf Grund amtlichen Materials zusammengestellt im Bayrischen Staatsministerium des Innern. 91 Seiten mit reichem statistischem Material. Gedruckt im Staatsministerium des Innern, München 1930.

Das behandelte Gebiet umfaßt die an der bayrisch-tschechoslowakischen Grenze gelegenen Teile der bayrischen Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern. I. Abschnitt: Das bayrische Ostgrenzgebiet im Lichte der Statistik. II. Abschnitt: Die wirtschaftliche Not der bayrischen Ostgrenzgebietes eine Kriegsfolge. III. Abschnitt: Wege zur Behebung der Not im bayrischen Ostgrenzgebiet. Als Hauptursache der Not wird die Zerreißung bisher bestandener Wirtschaftsbeziehungen zur alten Donaumonarchie durch das Streben der jungen tschechoslowakischen Republik nach weitgehender Selbständigkeit innerhalb des mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes nachgewiesen.

B. Scheichelbauer: Die nationalpolitische Entwicklung in Kärnten. Zur 10-Jahr-Feier der Volksabstimmung. 40 Seiten mit einer Karte. Verlag Arthur Kollitsch, Klagenfurt 1930.

Verfasser skizziert den erfolgreichen Abwehrkampf der heimattreuen Kärntner, Slovenen wie Deutschen gegen die maßlosen und unbegründeten Ansprüche Südserbien.

H. Anger: Die Deutschen in Sibirien. Reise durch die deutschen Dörfer Westsibiriens. (Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas; veröffentlicht mit Unterstützung der Deutschen Akademie.) 103 Seiten mit 44 Abbildungen und 7 Karten. Ost-Europa-Verlag, Berlin 1930. Preis RM. 4.80.

Verfasser schildert die Erlebnisse und Ergebnisse einer Forschungsreise durch die deutschen Siedlungen Sibiriens, die er 1926 mit Unterstützung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unternahm. Im Anfang wird eine Übersicht der deutschen Siedlungen in Sibirien zur Zeit der Volkszählung vom 17. Dezember 1926 geboten.

E. R. Curtius und A. Bergsträsser: Frankreich. 1. Band: Kultur, 195 Seiten; 2. Band:

Staat und Wirtschaft, 324 Seiten. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1930. Preis RM. 20.—.

In gemeinsamer Arbeit zweier Wissenschaftler, die sich schon früher durch Behandlung von Spezialfragen des Gesamtthemas „Frankreich“ einen Namen gemacht haben, entstand hier eine umfassende Darstellung französischer Kultur, Staats- und Wirtschaftsorganisation, wie sie bislang dem deutschen Leser nicht vorlag, aber im Maße der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung Frankreichs für Deutschland und Europa immer dringender wurde. Curtius, der den 1. Band bearbeitete, entwickelt nach einer Definition des französischen Kulturbegriffes aus den natürlichen und geschichtlichen Grundlagen die einzelnen Kultur-elemente (Literatur und geistiges Leben, Religion, Unterrichts-wesen), deren Wesenszüge er im Schlußkapitel noch einmal zusammenfaßt. Dem modernen Paris widmet Curtius einen eigenen Abschnitt als dem — neben dem antiken Rom — einzigen Beispiel dafür, „daß die politische Hauptstadt eines großen Staates der Mittelpunkt seines gesamten nationalen und geistigen Lebens geworden ist und daß sie darüber hinaus für die ganze bewohnte Welt die Bedeutung des kosmopolitischen Kultur-zentrums erlangt hat“. Diese zentrale Bedeutung von Paris erklärt Curtius aber nicht aus seiner geographischen Lage, sondern aus dem historischen Faktum, daß von Paris ein einheitliches und kontinuierliches politisches und kulturelles Wollen ausging, das erst in lang-samer und verwickelter Entfaltung Landschaft und Menschen von sich abhängig machte und formte.

In gleicher historischer Grundanschauung nimmt Bergsträsser zu den Problemen des Staates und der Wirtschaft Stellung, wenn er seine Ausführungen mit dem Abschnitt „Geschichte und Gegenwart“ beginnt. Es folgen die Kapitel „Staat und Bürgertum“, „Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft“, „Die konservative Demokratie“, „Die Staatsverwaltung“, „Elsaß-Lothringen“ (das geopolitisch außerordentlich klar erfaßt und geschildert wird), „Das Heer“,

„Wirtschafts- und Finanzpolitik“ und „Frankreich als Großmacht“. Dieses letzte, aus den Ergebnissen der Untersuchung von Staat und Wirtschaft die Bilanz ziehende, zusammenfassende Kapitel stellt noch einmal als wesentlichste Erkenntnis französischer Eigenart den Vorrang politischer vor wirtschaftlichen Erwägungen heraus. „Ob revolutionären oder konservativen Ursprungs, haben sie eine nationale Prägung und tragen gemeinsam das nationale Bewußtsein.“ Und zwar ist das politische Ziel, Sicherung des historisch Erreichten: die *sécurité*.

Dem hervorragenden Standwerk ist von Herzen weiteste Verbreitung zu wünschen.

Frankreich, Land, Volk, Wirtschaft und Staat. Auslandkundliche Vorträge der Technischen Hochschule Stuttgart, herausgegeben von Prof. Dr. E. Wunderlich. 57 Seiten. Verlag Fleischhauer & Spohn, Stuttgart 1930.

Der rührige Geograph der Technischen Hochschule in Stuttgart hat sich mit der Herausgabe dieses Buches ein neues Verdienst erworben. Die Schrift bringt klare und sachkundige Aufsätze von Schrepfer (Land und Leute in Frankreich), Dietrich (Die französische Wirtschaft und ihre Probleme) und Vogel (Frankreich als Großmacht). Als erste Einführung in die Problematik des französischen Lebensraumes, des Volkes und Staates kann vorliegende Schrift warm empfohlen werden.

Das geistige Leben der Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart. Herausgegeben von Dr. V. Zalozieckyj. Deutschtum und Ausland. Studien zum Auslandsdeutschtum und zur Auslandskultur herausgegeben von G. Schreiber. Heft 28/29; 219 Seiten. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W. 1930. Preis RM. 8.25

Ein Sammelwerk, an dessen umfassenden und in sich geschlossenen Teil nur beste Kenner des Landes und der Materie wirkten, so die Professoren Dorošenko, Mirčuk, Antonovyč und die Universitäts-Dozenten Zalozieckyj, Bileckyj sowie Dr. Kuzila. Ein geschichtlicher Überblick und eine geistesgeschichtliche Einleitung bereiten auf den Hauptteil vor, der unter historischen Gesichtspunkten gegliedert wurde: Mittelalter (10.—16. Jahrh.) — Neuzeit (16.—18. Jahrh.) — Das 19. Jahrhundert und die Gegenwart. In den beiden ersten Kapiteln erfahren das geistig-religiöse Leben, das Schrifttum und die Kunst gesonderte Behandlung; im III. Kapitel tritt neben Kunst und Literatur die Darstellung des ukrainischen Theaters, der ukrainischen Wissenschaft und der ukrainischen Volkskunde. Der Kern der Probleme ist die Auseinandersetzung östlich-byzantinischer Kulturformen mit den Einflüssen des abendländischen Geistes, der seit der Zeit des Barock um Geltung rang.

Ukraine und die kirchliche Union. Die Kirche und das östliche Christentum. Herausgegeben von der katholischen Emigrantenfürsorge, Berlin. 133 Seiten mit 1 Porträt und 2 Karten. Kommissionsverlag Germania, Berlin 1930. Preis RM. 2.50.

Eine Sammlung von Beiträgen von Werhun, Mirtčuk, Zalozieckyj und Kuziela, zu denen Erzbischof Graf Scheptyčkyj die Einleitung schrieb und die das osteuropäische Unionsproblem mit Rom zum Thema haben. Graf Scheptyčkyj und die Ukraine haben das Verdienst, in dieser Bewegung eine führende Rolle zu spielen.

Hinweis an die Leser:

In diesem Heft geben Ihnen mehrere Verlage Kenntnis von Neuerscheinungen, die gerade für Geopolitik-Leser wichtig sind. So wird es für Sie sehr interessant sein, die Prospekte des Amalthea-Verlages, Wien, des Verlages Wilhelm Braumüller, Wien, des Columbus-Verlages, Berlin, C. L. Hirschfeld Verlag, Leipzig, von B. G. Teubner, Leipzig, und die Anzeigen von F. A. Brockhaus, Leipzig, und Ernst Rowohlt, Berlin, sorgfältig durchzusehen.

Kurt Vowinkel Verlag G. m. b. H.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Alleestraße 18 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinkel Verlag G. m. b. H., Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Geese, Berlin SW 68

„Hier ist, unter tausend unnützen und gleichgültigen Büchern, ein notwendiges Buch“



urteilt eine der größten Tageszeitungen Deutschlands über:

COLIN ROSS, Die Welt auf der Waage. Der Querschnitt von 20 Jahren Weltreise. [Geh. M. 3.25, Leinen M. 4.—.

Dies ist ein im besten und tiefsten Sinne deutsches Buch... Dieser ehemalige Ingenieur... ist uns zum Pfadfinder durch das Chaos der Unwertung aller politisch-geographischen Werte geworden. Sein neues Buch bildet einen vorläufigen Abschluß, gibt das zusammenfassende Ergebnis seiner bisherigen Reisen — ein Weltbild von heute. Damit steht es in der Literatur unserer Zeit einzig da... Überraschend ist, mit welcher Sicherheit Colin Ross die oft verborgenen Kristallisationspunkte findet...

WEITERE NEUERSCHEINUNGEN:

S. A. ANDRÉE, Dem Pol entgegen. Der einzig autorisierte Originalbericht mit den unveröffentlichten Tagebüchern, den Berichten der Auffindungsexpeditionen und sämtlichen Bildern. Eins der spannendsten und ergreifendsten Dokumente der Entdeckungsgeschichte! Erscheint Ende November. Ganzleinen etwa M. 15.—

WILLIAM BEEBE, Im Dschungel der Fasanen. Mit 51 Abb. Geh. M. 7.—, Leinen M. 9.—.

In Ceylon, Kaschmir, Birma, in den Bergen des Himalaja, auf den Malaisischen Inseln, im wilden Borneo hat Beebe den seltenen Fasanen Asiens nachgestellt. Auch in diesem Buch staunt man wieder, mit welchem Temperament, welcher Naturliebe, welch goldenem Humor und welch geradezu meisterhafter Formvollendung dieser Naturforscher schreibt. Sein Buch handelt nicht nur von Fasanen, sondern ist fast eine allgemeine Naturkunde der bereisten Gebiete geworden.

ERIC MJÖBERG, In der Wildnis des tropischen Urwaldes. Abenteuer und Schilderungen aus Niederländisch-Indien. Mit 67 Abb. und 1 Karte. Geh. M. 6.50, Leinen M. 8.—.

Ob er vom indischen Nashorn, von zierlichen Affen berichtet oder von dem harmlosen Gespenstertier, ob er zusieht, wie die fliegende Schlange den fliegenden Frosch verfolgt, ob er das 100jährige Geheimnis der Trilobiten entschleiert oder den stolzen Argus beim Liebesspiel belauscht, ob er dem Fisch nachstellt, der mit dem Schwanz atmet und auf Bäume klettert, ob er uns dem gefährlichsten Tier der Erde, der bis zu 4 Meter langen giftigen und angriffslustigen Königskobra, gegenüberstellt, oder ob er die Geschichte erzählt von dem Python, der sich zu Tode fraß — stets sind seine Schilderungen von ursprünglicher Frische und Wirklichkeitstiefe und von verstehender Heiterkeit, so daß man auch die heimtückischen und gefährlichen Bewohner des Urwaldes fast liebgewinnt, sie verstehen lernt als Vollstrecker des ewigen Gesetzes vom Werden und Vergehen.

FRIDTJOF NANSEN, Durch den Kaukasus zur Wolga. Mit 42 Abb. und 4 Karten. Geheftet M. 8.50, Leinen M. 10.—.

Das letzte Werk des großen Forschers und Menschenfreundes. Nach Beendigung des Hilfswerkes für die armenischen Flüchtlinge kehrt er auf Urwegen in seine Heimat Norwegen zurück. Seine Forschungen haben den damals 66jährigen auch auf dieser letzten Reise nicht verlassen. Auf neue beweist er seine einzigartige Fähigkeit, einen Raum und seine Bewohner in ihren Beziehungen zueinander als Ganzes zu sehen. Keine trockene Reisebeschreibung „Wir brachen um vier Uhr auf und erreichten um zwölf Uhr...“, sondern die lebendig empfundene Landschaft und ihr Einfluß auf den Menschen, die abenteuerliche, kampferfüllte Geschichte der wilden Bergvölker und das Heute in den südlichen Sowjetrepubliken bilden eine unlösliche Einheit und machen das Buch zusammen mit den prächtigen Bildern zu einem Vorbild moderner Reiseschilderung.

COLIN ROSS, Der Unvollendete Kontinent. Mit 104 Abb. u. 1 Karte. Geh. M. 6.30, Leinen M. 8.—.

Die Untersuchung des Problems Australien bildet gegenwärtig vielleicht die Hauptaufgabe weltpolitischer Forschung. „Der Unvollendete Kontinent“, gesehen mit den Augen von Colin Ross und zergliedert in seiner malerischen, lebendigen, reizvollen, immer den Kern der Sache treffenden Schilderung, ist viel mehr als eine Reisebeschreibung. Es ist ein Werk, das über Australien nicht nur berichtet, sondern das diesen Erdteil in unserem politischen Blickpunkt rückt und damit seine enge Verflechtung in die wirtschaftlichen und politischen Fragen der übrigen Welt aufdeckt.

C. LEONARD WOOLLEY, Ur und die Sintflut. Sieben Jahre Ausgrabungen in Chaldäa, der Heimat Abrahams. Mit 92 Abb., einer Karte und einem Plan von Ur. Geh. M. 6.50, Leinen M. 8.—.

Diese Ausgrabungen haben eine vollständige Umwälzung unserer Kenntnis von den Anfängen menschlicher Kultur gebracht. Bisher nahm man an, daß Ägypten das älteste Kulturland der Welt sei. Aber als Ägypten noch weit davon entfernt war, etwa 3500 v. Chr., bestand in Ur schon viele Jahrhunderte alte Kultur. Dann wurde der Beweis erbracht, daß die Sintflut der biblischen Geschichte ein historisches Ereignis ist. Die dramatische Erzählung der Ausgrabungen wird von einer Fülle von Bildern der wertvollen Fundstücke begleitet, deren Schönheit an die Schätze aus dem Grab Tut-ench-Amuns erinnert.

F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG

Neue Rowohlt-Bücher

Ernst von Salomon

Die Geächteten

6.—10. Tausend
Geheftet M 5.— · Leinenband M 8.—

Arnolt Bronnen

Roßbach

6.—10. Tausend
Kartonierte M 3.— · Leinenband M 5,50

Ernest Hemingway

In einem andern Land

Roman · 1.—5. Tausend
Deutsch von Annemarie Horschitz
Umschlagzeichnung: Fritz Heinsheimer
Geheftet M 4,50 · Leinenband M 7,50

Floyd Gibbons

Der rote Napoleon

4.—5. Tausend
Mit einer Umschlagzeichnung von Theo Matejko
Kartonierte M 6,50

Josef Kastein

Sabbatai Zewi

Der Messias von Ismir
1.—4. Tausend · Mit 12 Kupfertiefdrucktafeln
Geheftet M 6,50 · Leinenband M 10.—

Carl Ludwig Schleich

Besonnte Vergangenheit

Lebenserinnerungen (1859—1919)
Ungekürzte Sonderausgabe mit
10 Kupfertiefdrucken
Gesamtauflage: 355. Tausend · Leinenband M 2,85

Hermann Wendel

Danton

1.—5. Tausend · Mit 19 Abbildungstafeln
Geheftet M 8.— · Leinenband M 12.—

Alfred Polgar

Bei dieser Gelegenheit

1.—5. Tausend
Geheftet M 5.— · Leinenband M 8.—

Jean Martet

Der Tiger

(Weitere Unterhaltungen Clemenceaus mit
seinem Sekretär Jean Martet)
1.—4. Tausend · Deutsch von Paul Mayer
Geheftet M 3,80 · Leinenband M 6.—

Annette Kolb

Kleine Fanfare

1.—4. Tausend · Mit 16 Abbildungstafeln
Einbandzeichnung: Olaf Gulbransson
Geheftet M 6,50 · Leinenband M 9,50

Robert Musil

Der Mann ohne Eigenschaften

Roman · 1.—5. Tausend
Einbandzeichnung: E. R. Weiß · 1075 Seiten
Geheftet M 12.— · Leinenband M 16.—

Emil Ludwig

Napoleon

Ungekürzte Sonderausgabe
mit 20 Abbildungstafeln
Deutsche Gesamtauflage: 189. Tausend
Leinenband M 3,75

In jeder guten Buchhandlung vorrätig
